Nr. 238. 17. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1900 unter Nr. 7971. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 12. Oktober 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Quittung.

Im Monat September gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 1. Kreis 300,—. 2. Kreis 500,—. 4. Kreis Ost 1000,— (darunter Lesekluß Freies Wort 16,—, Rauchklub Decimalwage 10,—, von den Tischlern der Werkstatt Kümmel, Frankfurter Allee 117a, 20,—, Hülsenbeck u. Kroll 10,—, gesammelt durch Haberland 7,60, Laubenkolonie Kiautschou 7,50, Ueberschuß der Kranzspende von Pintsch 21,—, desgleichen vom 155. Stadtbezirk 7,30, Tischlerei Schüdekopf u. Heine 10,—). 4. Kreis Südost 1000,— (darunter von den Arbeitern der Firma Willing u. Violet 5,10). 5. Kreis 300,— (darunter Kranzüberschuß der 1. Abt. f. L. 17,35). 6. Kreis Moabit 600,— (darunter amerik. Auktion von Bodenlegern der Firma Mittag 2.—). 6. Kreis Rosenthaler Vorstadt u. Gesundbr. 1000,—) darunter Putzerkolonne Ahl, Bau Pätsch 9,05, Bierproz. Formstecher, Anklamerstr. 34 12,90). 6. Kreis Wedding und Oranienburger Vorstadt 1500,— (darunter durch Körsten: von den Metallarbeitern Berlins 50,—, von den Maurern 20,—, von den Töpfern 20,—, von der Verwaltung des Gewerkschaftshauses 50,—; Kranzspende der Gießereiarbeiter von Ludwig Löwe 11,75, für Selterwasser —,30, C. T. 3,—). 6. Kreis Schönhauser Vorstadt 1000,— (darunter Auktion bei Kaasch, Weißenburgerstraße, 8,30, Ueberschuß der Kranzspende von Hartung, Moabit 6,85, Ueberschuß der Kranzspende der Former und Gießerei-Arbeiter von Hartung, Prenzlauer Allee 15,30, bei Dierke über den See gefahren 2,30, A. B. Mister 1,—.) Berlin diverse Beiträge: An Stelle eines Kranzes für L. von sämtlichen Arbeitern der Möbelfabrik v. G. Klug, Waschauerstr. 13 57,50. Ueberschs. der Kranzspende f. L. von den Arbeitern der Firma König, Kücken u. Co. 18,85. A. B. 50,—. P. S. 50,—. Ueberschuß einer Kranzsp. d. A. B. 3,10. Bierprozente v. Neubau Oranienstr., 2. Rate 12,—. Sechs Hutmacher, Königstr. 25 10,—. Jule, Ritterstr. 85 24,60. Ueberschuß der Sechserkasse der Buchdruckerei von Paß u. Garleb durch Ebel 12,70. Z. W. C. 12,—. Dr. L. Ar. 50,—. Drei Skatbrüder im 6. Kreise —,80. Cigarrenfabrik von R. Schulz, Friedrichsfelderstraße 21, 5,—. Chamissoplatz, Salomonstraße 7,50. Möbelfabrik Groschkus, Ueberschuß der Kranzspende für W. L., 2,—. Rote Einsegnung, Strelitzerstr. 44, 3,—. Kranzüberschuß von Rösemann u. Kühnemann 4,30. Ueberschuß der Kranzspende für W. L. v. d. Möbelpolierern d. Firma G. Klug 9,20. F., Calbe 1,—. M. in Gorkau —,50. Rote Buchbinder, Grünstr., 5,—. Werkabteilung v. M. Bading 20,—. Gesangverein „Tonblüte" 4,—. Bleisteg 1,—. Von den Mitgliedern des Verbands Deutscher Buchdrucker im „Vorwärts" 150,—. Von Mitgliedern der U.-Dr. 5,90. Gracchus 3,—. J. M. 2,—. Bern 50,—. Bremen, von den Parteigenossen durch U. 300,—. Dortmund, ges. von roten Frauen bei einer Kindtaufe Nordstr., 7,—. Ebersbach i. S., ein Gemaßregelter von Wünsches Erben —,50. Erfurt, Wahlkr. Erf.-Schleus.-Ziegenr. 25,—. Elbing, vom Allgem. Arbeiterverein durch den Vertr. König 30,—. Falkenberg (Oberschl.) 2,—. Fürstenwalde a. d. Sp., Wahlkreis Frankfurt-Lebus 50,—. Gießen, E. K. (August-September) 20,—. Görlitz, von den Parteigenossen, durch Ritter 50,—. Hastedt b. Bremen, von Parteigenossen 10,—. Hagen i. W., vom socialdemokratischen Verein von Hagen und Umgegend 30,—. Hamburg, im Monat September in der Expedition des „Echo" eingegangen 197,45. Hamburg, Getränke-Ueberschuß, durch R. Hagemann 27,25. Haßfurt, L. Richter 3,—. Jena, 3. weimarscher Wahlkreis 30,—. Leipzig, R. R., 4. Quartal 1,50. Lübzin in Pommern, kranker Genosse B. L. 1,50. Lahr, Altvater 5,—. Leipzig, roter Holzwurm H. M. 3,—. München, Waldläufer Juli—September 15,—. Memel, von den Parteigenossen 30,—. Oranienburg, von Lederarbeitern durch Br. 5,—. Ronsdorf, allgemeiner Arbeiterverein 3. Quartal 25,—. St. Ludwig i. Elsaß, J. M. 5,—. Torgau, Wahlkreis Torgau-Liebenwerda 10,—. Velbert, durch J. M. 50,—. Württemberg 50,—. Witten F. K. 5,—.

In der Quittung in Nr. 211 des „Vorwärts" vom 11. September d. J. muß es unter den diversen Berliner Beiträgen nicht heißen Ueberschuß einer Dampferpartie von G. Hoffmann, sondern von H. Hoffmann; ferner muß es in der gleichen Quittung nicht heißen Bramfels, sondern Braunfels, Kr. Wetzlar.

Berlin, den 8. Oktober 1900.

Für den Parteivorstand: A. Gerisch, Kreuzbergstraße 30.

Die Durchführung der Arbeiterschutz-Gesetze in Preußen.

Die erhoffte Besserung der Lage für unsre Arbeiterklasse trat im Gefolge der Prosperitätsperiode nicht ein, die ihren Höhepunkt im Jahre 1899 erreicht hatte; aus den amtlichen Berichten unsrer Gewerberäte haben wir dies in einem vorangegangenen Artikel (Nr. 236) nachgewiesen. Leider ergeben die Berichte auch wenig Erfreuliches über die Durchführung der Arbeiterschutz-Gesetze.

Der Arbeitszeit erwachsener Arbeiter

wird seitens der Aufsichtsbeamten wenig Aufmerksamkeit geschenkt, da, von verschwindenden Bruchteilen abgesehen, die Ausdehnung der Arbeitszeit für erwachsene Männer nicht begrenzt wird; trotzdem konstatieren die Aufsichtsbeamten an zahlreichen Stellen des Berichts, daß durch Ueberstunden und Feierschichten die Arbeitszeit übermäßig ausgedehnt wurde, Fälle von 14—15stündiger Arbeitszeit können durch Angaben aus den Berichten belegt werden. So wird aus Ostpreußen gemeldet, daß die Arbeiter in den Schneidemühlen auf dem Lande meist 13, auch 14 Stunden, und in Mahlmühlen noch länger beschäftigt sind, in der Provinz Posen wurden die Arbeiter in den Holzschneide- und Mahlmühlen bis zu 14stündiger Arbeitszeit gezwungen. In einer Zinkhütte im Regierungsbezirk Arnsberg wurden auf Wunsch der Arbeiter (!!) die 24stündigen Arbeitsschichten beibehalten. Diese Arbeitsschichten sind nicht gleichbedeutend mit Arbeitszeit bei Schichtwechsel. Für die Brenner in den Ziegeleien im Regierungsbezirk Kassel ist 24stündige Arbeitszeit beim Schichtwechsel üblich. Als Beispiel einer außerordentlich langen Arbeitszeit erwähnt der Bericht aus dem Regierungsbezirk Wiesbaden, daß in einer Zuckerfabrik aus den vorgelegten Lohnlisten festgestellt wurde, daß die Arbeiter im „Zuckerhaus" täglich 18 Stunden arbeiteten; zwei Arbeiter hatten sogar in einer Woche 118 beziehungsweise 112 Stunden gearbeitet!

Noch ist leider die Zahl der Unternehmer klein, welche ihr Interesse in einer kurzen, aber gut ausgenutzten Arbeitszeit sehen, bei der das Material geschont und die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter nicht zerstört wird. Aus der Fabrikinspektion Berlin-Charlottenburg wird in dieser Hinsicht berichtet: „Daß aber die Ausdehnung der Arbeitszeit im allgemeinen keinen dauernden Vorteil bringt, hat die bekannte Stahlfedernfabrik von Heintze und Blanckertz von neuem erfahren. Im Jahre 1892 wurde berichtet, daß u. a. diese Firma mit der achtstündigen Arbeitszeit dieselbe Arbeitsmenge erzielt hatte, wie früher mit wesentlich längerer Arbeit. Zur Erledigung dringender Aufträge und im Einvernehmen mit dem Arbeiterausschusse wurde jetzt nochmals ein Versuch mit längerer Arbeitszeit gemacht. Zu Anfang wurde auch ein entsprechender Erfolg erzielt. Dieser ging aber trotz des guten Willens der Arbeiter bald zurück und nach Verlauf von 14 Tagen war die Produktion wieder auf diejenige der achtstündigen Schicht herabgesunken." Leider lassen sich nicht viele weitere Beispiele der achtstündigen Arbeitszeit anführen. In einem Betriebe der chemischen Großindustrie in Frankfurt a. M. mit Tag- und Nachtbetrieb sind drei achtstündige Schichten eingeführt. In der chemischen Fabrik Griesheim-Elektron wird bei der Herstellung von Dinitroprodukten in der heißen Jahreszeit in zwei achtstündigen Schichten gearbeitet, während von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 6 Uhr die Arbeit ruht. An außerordentlich heißen Tagen wird sie ganz eingestellt. Der Gewerberat für den Regierungsbezirk Trier berichtet: „Bemerkenswert ist die seit zwei Jahren in einer großen Fabrik eingeführte achtstündige Arbeitszeit in dreischichtigem Betriebe. Arbeitsleistung und Verdienst hat sich dabei gegenüber der früheren zehnstündigen Schicht nicht gemindert und namentlich die verheirateten Arbeiter empfinden den Zuwachs an arbeitsfreier Zeit als eine große Wohlthat."

Die Versuche mit der „englischen Arbeitszeit", d. h. einer durch Pausen fast gar nicht unterbrochenen Arbeitszeit mehren sich. Da man dabei starke Ueberanstrengung mit bedenklichen Folgen für die körperliche Widerstandsfähigkeit der Arbeiter beobachtet haben will, würde sich eine Untersuchung des Reichs-Gesundheitsamts über diese Art der Einteilung der Arbeitszeit empfehlen. Daß dieselbe in Orten, wo die Arbeiter gezwungen sind in großer Entfernung von der Arbeitsstätte zu wohnen, vielfach bevorzugt wird, ist wohl begreiflich, doch scheint die Gesundheit der Arbeiter hierbei schweren Schaden zu leiden.

Die Arbeitszeit der Arbeiterinnen.

In 1755 Anlagen konstatierten die Aufsichtsbeamten Zuwiderhandlungen gegen die Schutzgesetze und Verordnungen betr. die Beschäftigung der Arbeiterinnen. Selbstverständlich ist die Zahl der Anlagen, in denen diese Gesetzesbestimmungen nicht beobachtet wurden, bedeutend größer; wird doch nur ein Bruchteil der Anlagen von den Aufsichtsbeamten besucht und von diesen wieder nur ein geringer Prozentsatz mehr als einmal im Jahre, endlich können unmöglich bei den Besuchen alle Uebertretungen des Gesetzes festgestellt werden. Desto bedenklicher ist es, daß die konstatierten Gesetzesverletzungen nur zum geringsten Teile geahndet werden, nicht einmal 10 Prozent der Fälle fanden eine Sühne, den 1755 angeführten Fällen stehen bloß 168 bestrafte Personen gegenüber! Und wie milde sind diese Strafen! So wurde der Inhaber einer Berliner Konfektions-Werkstatt dreimal wegen unzulässiger Beschäftigung von Arbeiterinnen am Sonnabend verurteilt. Die Strafe betrug in allen Fällen **30 Mark**, obwohl es sich die beiden letzten Male um 26 und 20 Arbeiterinnen handelte. Der Gewerberat für den Regierungsbezirk Trier äußert sich über die Praxis der Gerichte folgendermaßen: „Obwohl die Betriebsinhaber (einiger Emaillier- und Blechwarenfabriken) schon öfter wegen gesetzwidriger Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern und von Arbeiterinnen bestraft sind, werden immer wieder Uebertretungen festgestellt, da das Strafmaß zu niedrig ist, um abschreckend zu wirken".

Diese Klagen kehren in allen Fabrikinspektoren-Berichten wieder, man muß daher die Hoffnung aufgeben, daß unser Richterstand an socialpolitischem Verständniß gewinnt. Es bleiben nur zwei Wege zur Besserung übrig, zwei Wege, die freilich die Posadowsky und Breseld nicht beschreiten werden: erhebliche Erhöhung der Strafbestimmungen der Gewerbe-Ordnung und Veröffentlichung aller Uebertreter der Arbeiterschutzbestimmungen in den Inspektorenberichten, wie dies in England seit langem mit großem Erfolge geschieht. Auch eine Veröffentlichung der Namen der berufsmäßigen Mißachter der Arbeiterschutz-Bestimmungen in den Amtsblättern würde recht erzieherisch wirken. Es würde sich dann zeigen, daß die öffentliche Kennzeichnung der Gesetzesverletzer viel wirksamer ist als die Verurteilung zu Strafen, die den Kosten eines halbwegs anständigen Fabrikantenfrühstücks nicht gleichkommen.

In den 1755 Anlagen wurden 1392 Zuwiderhandlungen gegen die gesetzlichen Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, über Anzeigen und Aushänge, 740 über die Dauer der Beschäftigung, 86 über die Mittagspause, 1038 über die Arbeit an Sonnabenden und Vorabenden der Festtage, 85 über Nachtarbeit, 2 über Beschäftigung von Wöchnerinnen, 131 über den Ausschluß von der Beschäftigung, 104 sonstige Uebertretungen der Verordnungen betreffend die Beschäftigung der Arbeiterinnen festgestellt.

Um so bedenklicher müssen die vorstehenden Zahlen erscheinen, als mit weitgehendster Rücksicht auf die Wünsche der Unternehmer Bewilligungen zur Nichteinhaltung der gesetzlichen Schutzbestimmungen gemacht wurden. So wurde Ueberarbeit an den ersten 5 Wochentagen 867 Betrieben zum Teil mehrfach gestattet und zwar in 568 Fällen um 1 Stunde, in 225 1—1½ und in 683 Fällen um 2 Stunden pro Tag und zwar im ganzen für 18 290 Betriebstage, für 56 353 Arbeiterinnen und insgesamt für 1 211 317½ Stunden. Bloß 45 Anträge auf Bewilligung von Ueberarbeit der Arbeiterinnen an den ersten 5 Wochentagen wurden zurückgewiesen, also von je 100 geforderten Bewilligungen wurden fast 97 genehmigt! Man sieht, daß es die preußische Bureaukratie an liebevollem Entgegenkommen dem (Unternehmer-) Publikum gegenüber nicht fehlen läßt.

3117 Arbeiterinnen mußten auf den früheren Schluß an Sonnabendnachmittagen verzichten infolge behördlicher Bewilligung, und zwar in 15 Betrieben an 1—4, in 13 Betrieben an 5—12 und in 104 Betrieben an 13 und mehr Sonnabenden. Die Bewilligungen wurden in 60 Fällen für eine Ueberstunde, in 127 Fällen für zwei Stunden und in 134 Fällen für drei Stunden erteilt. Je länger die geforderte Arbeitszeitverlängerung war, desto leichter scheint fast die Bewilligung erteilt zu sein. Es wäre interessant zu erfahren, wie viel Fälle von Arbeitszeitverlängerungs-Bewilligungen auf die einzelnen Betriebe gekommen sind und ob dieselben Betriebe in jedem Jahre die Forderung stellen, die Arbeitszeitbestimmungen nicht zu beachten, und ob endlich Firmen, die wegen Uebertretung dieser Gesetzesbestimmungen bestraft sind, ohne Schwierigkeit Arbeitszeitverlängerungen gewährt werden. An 14 Stellen erwähnen die Aufsichtsbeamten Fälle von Nachtarbeit der Frauen. In Memel wurden in drei Fällen dieser Art je **3** Mark Geldstrafe verhängt. Bei einem Buchdruckereibesitzer, der schon öfter bei der Beschäftigung von Arbeiterinnen an Sonnabenden nach 5½ Uhr betroffen und eindringlich unter Androhung von Strafen gewarnt war, wurden trotzdem bei einer nächtlichen Revision von einem Sonnabend zum Sonntag vier Arbeiterinnen in Thätigkeit gefunden. Das (westpreußische) Gericht verurteilte den Inhaber zu 10 M. und den Betriebsleiter zu 3 M. Strafe, „weil nicht angenommen werden könne, daß schon jetzt das Publikum mit den Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung vertraut sei und weil die Beschäftigung doch lediglich im Interesse der Arbeiter selbst gelegen habe." Der Name des Richters, der dieses Urteil gefällt hat, verdiente in weitesten Kreisen bekannt zu werden. Herr v. Stumm würde dem Mann eine Empfehlung für eine Anstellung im Reichsamt des Innern kaum versagen wollen.

Schutzlosigkeit jugendlicher Arbeiter.

Noch weniger als die Bestimmungen über die Beschäftigung der Arbeiterinnen wurden die zum Schutze der jugendlichen Arbeiter erlassenen von den Unternehmern beachtet. In 5104 Anlagen wurden Zuwiderhandlungen dieser Art ermittelt und zwar in 4442 Fällen gegen die Bestimmungen betreffend die Arbeitsbücher, in 3173 Fällen betreffend die Anzeigen, Verzeichnisse und Aushänge, in 271 Fällen wurden übertreten die Bestimmungen über den Ausschluß von Kindern von der Beschäftigung; unberücksichtigt blieben die Bestimmungen über die Dauer der Beschäftigung von Kindern in 360 und über die Beschäftigung von jungen Leuten in 710 Fällen; 1316 mal wurde festgestellt, daß die Pausen zu kurz waren, 83 mal, daß nachts, 134 mal, daß Sonntags gearbeitet wurde, 77 mal wurden jugendliche Arbeiter und Kinder bei Beschäftigung angetroffen, die laut bundesrätlicher Verordnungen jugendlichen Arbeitern untersagt ist, in 146 Fällen fehlten vorgeschriebene ärztliche Zeugnisse, ferner wurden 166 andre hierher gehörige Uebertretungen festgestellt, insgesamt waren es 10 878, denen 783 deswegen bestrafte Personen gegenüberstanden. Diese Nebeneinanderstellung entbindet von jeder Kritik! Würdig stehen neben den Gerichten so manche Verwaltungsbeamte; wird doch aus dem Regierungsbezirk Frankfurt a. O. gemeldet, daß in einer Glashütte 4 schulpflichtige Kinder mit schriftlicher Erlaubnis des Orts-Schulinspektors und des Amtsvorstehers und in einer Ziegelei ein schulpflichtiger Knabe mit schriftlicher Erlaubnis des Amtsvorstehers beschäftigt wurden.

Ungeeignete Arbeit für jugendliche Arbeiter, wie Bedienung und Heizung von Dampfkesseln, übermäßige Beschäftigung in Ziegeleien und Zuckerfabriken, dann Bearbeitung von Blechplatten mit der Kreissäge, endlich in Betrieben mit erheblichen Unfallsgefahren wurde mehrfach von den Aufsichtsbeamten festgestellt.

Die Beschäftigung von Kindern (unter 14 Jahren) wird an 24 Stellen und die von schulpflichtigen Kindern an 22 Stellen in den Berichten erwähnt.

Waldersee hat

— eine Rede gehalten, das ist die neueste Kunde, die wir vom Weltgeneralissimus erhalten.

Sonst erfahren wir nur Unbeglaubigtes über die Bestrafung der „Schuldigen" durch den chinesischen Kaiser, während die Berichterstatter zur Abwechselung die Kaiserin von China sterben lassen.

Amerika hat, wie nunmehr offiziell gemeldet wird, die französische Note abgelehnt.

Wann wird sich die deutsche Regierung entschließen, die deutschen Truppen aus China zurückzuberufen, um endlich dies blutige, kostspielige und schädliche Abenteuer zu beendigen? Los von China!

* * *

Die Rache.

Die „Kölnische Zeitung" schreit in ihrem civilisierten Gewissen wieder nach Blut, viel Blut. Sie schreibt zu den widersprechenden Meldungen über die Bestrafung der Anstifter der Chinawirren: Nachdem der deutsche Vorschlag (nämlich die weise Note Bülows) allenthalben angenommen worden, sei es Sache der diplomatischen Vertreter, zu prüfen, ob die namhaft gemachten Personen, die wirklich allein Schuldigen seien, ob die ihnen zugedachte Strafe ausreiche und auch wirklich vollzogen werde. Das Blatt führt zahlreiche Namen auf, deren Träger unter den zu Bestrafenden nicht genannt seien, deren Bestrafung aber gefordert werden müsse. Uebrigens habe auch der amerikanische Gesandte in Peking, Conger, ein Dutzend hochstehende Mandarinen als weitere Schuldige angegeben.

Es ist auffallend, daß das blutgierige Organ der deutschen Khalinesen nicht auch die europäischen, insbesondere die deutschen Anstifter der Chinawirren bei Namen nennt und zur Verantwortung ziehen will.

Aus Peking wird berichtet: Ein kaiserliches Edikt ist erschienen. Dasselbe befiehlt die sofortige Hinrichtung Kangjis, Tschao-shu-tschiaos und eines andern, an dem Ausbruch der Boxerbewegung beteiligten hohen Beamten, verbannt den Prinzen Tuan zur Arbeit an den Poststraßen in Kaschgarien und verurteilt den Prinzen Jih und den Herzog Tsailan zu lebenslänglichem Gefängnis.

Die Ablehnung der französischen Note.

Die Note, in welcher die Ansichten der amerikanischen Regierung über die verschiedenen Punkte der französischen Note auseinandergesetzt werden, ist dem Sekretär der französischen Botschaft Thiébault zugestellt worden. Ueber ihre Haltung bezüglich der Bestrafung der chinesischen Führer hat sich die Regierung schon erklärt. Die Aufrechterhaltung des Waffeneinfuhrverbots ist die Regierung nicht in der Lage, zu einer notwendigen Vorbedingung der weiteren Verhandlungen zu machen. Den Vorschlägen betreffend billige Entschädigungen und ständige Wachen für die Gesandtschaften wird bereitwillig zugestimmt werden, dagegen ist die Regierung nicht bereit, so weit zu gehen, die Schleifung der Takuforts zu einer unumgänglichen Bedingung zu machen.

Der Weltgeneralissimus redet!

Feldmarschall Graf Waldersee hat am 27. September den Oberbefehl über die verbündeten Truppen in Petschili übernommen; bei der Befehlsübernahme äußerte er sich, wie folgt:

„Es erfüllt mein Herz mit Stolz und hoher Freude, daß ich an die Spitze so ausgezeichneter Truppen gestellt bin, die schon rühmliche Beweise ihres Heldenmuts gegeben haben. Wohl wissend, daß ich mit einer schwierigen Aufgabe betraut bin, habe ich doch die feste Ueberzeugung, daß es mir schnell und sicher gelingen wird, mit Hilfe dieser bewährten Truppen das mir gesetzte Ziel zu erreichen, jetzt, da diese Truppen unter einem einzigen Führer vereinigt sind."

Was das „ihm gesetzte Ziel" sei, darüber hat sich der Redner weislich ausgeschwiegen.

Eine neue Boxer-„Jagd".

Der Abmarsch der Expedition nach Paotingfu ist auf Freitag festgesetzt; das Expeditionscorps wird 7000 Mann stark und aus Deutschen, Engländern, Franzosen und Italienern zusammengesetzt sein.

Vorher wird Graf Waldersee natürlich eine Parade über die vereinigten Kulturtruppen abhalten, unter denen sowohl die Japaner wie die Russen fehlen.

Krieg den Palästen!

In China spielt man dem Gottesgnadentum übel mit. Den „Times" wird aus Peking vom 4. d. Mts. gemeldet: Gestern haben britische und italienische Truppen den Sommerpalast besetzt und die Chinesen verdrängt, welche mit Erlaubnis der Russen, aber ohne vorherige Anfrage bei den andren Mächten, nach dem Palast zurückgekehrt waren. Die Deutschen haben den Palast der Kaiserin-Witwe besetzt, welchen die **Russen, nachdem sie ihn geplündert,** den Chinesen wieder eingeräumt hatten.

Opfer der Weltpolitik.

Der „Nowoje Wremja" wird aus Wladiwostok vom 1. d. M. gemeldet, daß die Zahl der Typhuserkrankungen unter den russischen Truppen in der Mandschurei gestiegen sei.

Die französische Regierung hat dem Staatsrat ein Dekret zugesandt betreffs Eröffnung eines Nachtragskredits von 39 Millionen Franks zur Deckung der durch die China-Expedition verursachten Kosten. Mit den bereits bewilligten Krediten beläuft sich die Totalsumme der Ausgaben für China auf **68 Millionen Franks.** Die geforderten Kredite genügen bis Ende dieses Jahres.

Der Weg der Kultur.

In einem bei seiner Familie in Remagen eingetroffenen Briefe eines in Tientsin befindlichen Soldaten erzählt der Briefschreiber, auf der ganzen Strecke Taku—Tientsin seien **alle Dörfer niedergebrannt** und von den Chinesen verlassen worden. Massenweise liegen Menschen und Thierleichen umher. **Sämtliche gefangenen Boxer werden ausnahmslos erschossen. Der Peiho schwimmt voller Leichen.**

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Oktober.

Der Jahrestag des Boerenkriegs.

Am 11. Oktober ist es gerade ein Jahr, daß infolge der schroff ablehnenden Antwort der englischen Regierung auf das Ultimatum der Transvaalregierung für die beiden Staaten der Kriegszustand eintrat.

Die Vorgeschichte des Kriegs ist bekannt. Nachdem Cecil Rhodes, der Diamantenkönig von Kimberley, bereits 1894 durch allerhand Intriguen, bei denen das Gold eine große Rolle spielte, u. a. durch einen Petitionssturm um Erteilung des Wahlrechts an die Uitlanders, eine Revolution in Transvaal anzuzetteln versucht hatte, deren Hauptzweck in der Besitzergreifung der Goldminen von Johannesburg bestand, ließ er 1895 seine Kreatur Jameson an der Spitze von 800 Mann Truppen der Chartered-Compagnie im geheimen Einverständnis mit dem englischen Kolonialminister Chamberlain mitten im tiefsten Frieden in Transvaal einfallen, um die Transvaalregierung zu stürzen. Dieser Putsch nahm bekanntlich ein klägliches Ende. Bei Krügersdorp wurde Jameson mit seiner Truppe von Cronje eingeschlossen und zur Ergebung gezwungen.

Die Intriguen Cecil Rhodes' und Chamberlains waren damit nicht zu Ende. Die englischen Aktionäre der Johannesburger Gold-Bergwerke entfalteten die intensivste Agitation, die Börsenpresse arbeitete mit Hochdruck, um das englische Volk in eine boerenfeindliche Stimmung hineinzuhetzen. Die Frage der Wahl- und Schulreform wurde immer lebhafter erörtert und die Transvaalregierung als allen Reformvorschlägen feindlich dargestellt. Die Transvaalregierung wies das englische Drängen auf Reformen mit dem Hinweis zurück, daß England keinerlei Souveränetätsrechte über Transvaal besitze. Das Verhältnis zwischen den beiden Regierungen verschärfte sich immer mehr.

Am 10. September 1899 faßte Chamberlain seine Forderungen an die Transvaalregierung noch einmal in einer Depesche an dieselbe zusammen, in der Gewährung des Wahlrechts an die Ausländer, städtische Selbstverwaltung für Johannesburg, Einführung des englischen Unterrichts in allen Schulen und Schleifung der Forts von Johannesburg gefordert wurde. Am 9. Oktober sah sich die Transvaalregierung infolge der drohenden Rüstungen Englands genötigt, ein Ultimatum an die englische Regierung zu richten, in dem gefordert wurde, daß England seine Truppen von der Transvaalgrenze zurückziehe, überhaupt unverzüglich seine Rüstungen einstelle, widrigenfalls Transvaal sich genötigt sehe, das Verhalten Englands als formelle Kriegserklärung anzusehen. England lehnte diese Forderungen schroff ab: der Krieg war unvermeidlich.

Der energische Vorstoß der Boerenabteilungen, die nicht aus Guerillabanden, sondern aus modern bewaffneten, kriegsgeübten, mit einer zahlreichen und vorzüglichen Artillerie ausgerüsteten Heerhaufen bestanden, bewies England, daß man die Aktionskraft der beiden Boerenrepubliken bedeutend unterschätzt hatte. Die Engländer erlitten Niederlage auf Niederlage, bis es endlich England durch die Konzentrierung von fast einer Viertelmillion Soldaten auf dem Kriegsschauplatz und die geschickten Operationen des Oberkommandierenden Lord Roberts gelang, dem Kriege eine andre Wendung zu geben. Die militärische Seite dieser Wendung haben wir bereits früher beleuchtet. Betont sei auch an dieser Stelle nur wieder, daß die Niederlage der Boeren nicht auf die Unfähigkeit der Miliz, die ergriffene Offensive konsequent und energisch durchzuführen, sondern in der Hauptsache auf die ungeheure numerische Uebermacht der Engländer zurückzuführen ist.

Nach einjähriger Dauer ist der ruhmlose Eroberungskrieg zwar zu Ungunsten der Boerenfreistaaten entschieden, aber noch immer nicht völlig beendet. Zwar hat Krüger mit Tausenden von Boeren flüchtend die Grenze überschritten, zwar wagen die noch Widerstand Leistenden schon längst keine Feldschlacht mehr, aber noch immer befinden sich im Süden und Norden, im Osten und Westen versprengte Haufen, die unter der Führung mutiger und geschickter Führer den Guerillakrieg auf unabsehbare Zeit fortzusetzen bereit scheinen. Wann dies Kesseltreiben, das gegen die Haufen der De Wett, Botha, Erasmus usw. schon seit Monaten im vollen Gange ist, mit der völligen Einkreisung beendet sein wird, ist nicht vorauszusagen.

Die beiden Boerenrepubliken sind der Länder- und Beutegier des alten kapitalistischen Raubstaats zum Opfer gefallen. Trotz Krüger-Telegramm, trotz des Zarenmanifestes und der Friedenskonferenz rührte sich keine Hand zu ihrer Rettung: die andren Mächte waren ja selbst zu sehr durch weltpolitische Eroberungsprojekte in Anspruch genommen.

Die Boeren haben ihre Unabhängigkeit trotz aller heldenhaften Freiheitskämpfe während eines halben Jahrhunderts nunmehr definitiv eingebüßt. England wird die ja bereits in aller Form annektierten Staaten nicht mehr aus seinen Fängen lassen. Der Golddurst der Minenaktionäre wird sich satt schlürfen können. Daß er nebenbei viele Tausende von Menschenleben und Milliarden an Kriegskosten verschluckt hat, kommt für Englands Imperialisten nicht in Frage.

Die verhängnisvollsten Folgen des frivolen Raubkriegs für England werden sich allerdings erst später bemerkbar machen. Schwerlich wird sich England, das in Südafrika eine starke Invasionsarmee zu unterhalten gezwungen sein wird, auf die Dauer der Umgestaltung der Wehrverfassung, der Schaffung einer großen stehenden Armee entziehen können.

Neben dem Wassermilitarismus wird dann der Landmilitarismus am Marke des englischen Volks zehren. Eine solche Vermilitarisierung kann aber unmöglich ohne Einfluß auf die inneren, die socialen Verhältnisse des Landes sein.

Man hat prophezeit, daß der Sieg der englischen Waffen in Englang eine Aera brutalsten Jingoismus und wildester kapitalistischer Hausse hervorrufen werde. Die englischen Parlamentswahlen haben dieser Prophezeiung recht gegeben. Die konservativ-unionistische Partei kann sich des glänzendsten Erfolgs rühmen, der Imperialismus hat über die manchesterlich-liberale Opposition obgesiegt. Sache der englischen Arbeiter, die ja jetzt schon den Kern der gegen den Krieg protestierenden Kreise bildeten, wird es nunmehr sein, gleich der kontinentalen Arbeiterschaft den Pardon nicht kennenden Kampf gegen Imperialismus, Jingoismus und Militarismus zu führen.

Auch die deutsche Bourgeoispresse widmet den Boeren tiefempfundene Beileidsartikel, die sie mit Schmähungen gegen das „perfide Albion" würzt. Leider nur blickt in dieser Entrüstung über Englands Landgier der Aerger zu deutlich hindurch, daß nicht Deutschland diesen fetten Bissen schlucken durfte. Wir gestatten uns ein wenig konsequenter zu sein; unser Verdammungsurteil gilt nicht nur dem englischen Imperialismus, sondern der kapitalistischen Kolonialpolitik überhaupt. Auch wir haben unser Transvaal, nur liegt es in Ostasien. Daß bei uns die imperialistischen Bäume nicht in den Himmel wachsen, dafür wird allerdings gründlichst die Socialdemokratie sorgen. —

* * *

Deutsches Reich.

Die „wahrscheinliche Majestätsbeleidigung".

Unser Magdeburger Parteiblatt, dessen früherer Redacteur Schmidt wegen eines angeblich majestätsbeleidigenden Witzes zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde, ist abermals dem witzfeindlichen § 95 zum Opfer gefallen.

Der verantwortliche Redacteur der „Magdeb. Volksstimme", Genosse Haupt, ist wegen Majestätsbeleidigung von der Strafkammer des Magdeburger Landgerichts zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Abdruck einiger harmlosen Witze hatte dem Blatt wie in Erfurt und Halle, eine Anklage wegen Verstoßes gegen den § 95 des Strafgesetzbuchs eingebracht. Die Verurteilung ist gelinder ausgefallen, als in Erfurt, wo der Genosse Levy für denselben Witz zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde. Die beiden Witze, welche die Majestätsbeleidigung enthalten sollen, waren an und für sich recht harmlos. In beiden war keine Rede vom deutschen Kaiser. Die Staatsanwaltschaft bezog nun diese harmlosen Witze, die an versteckter Stelle des Blatts standen, auf politische Artikel des Blatts. In Verbindung mit diesen Artikeln, deduzierte die Staatsanwaltschaft, sei bei den inkriminierten Witzen der Thatbestand des Majestätsbeleidigungs-Paragraphen erfüllt. Genosse Haupt hatte sich deshalb Donnerstag vor dem hiesigen Landgericht zu verantworten. Die Verhandlung, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand, nahm folgenden Verlauf:

Als Zeuge war seitens der Verteidigung der Metteur Weiß und als Sachverständiger Chefredacteur Dr. Vollrath-Berlin geladen. Der Angeklagte erklärte, bei der Aufnahme der Witze habe ihm jede Beziehung auf den deutschen Kaiser fern gelegen. Sie sollten lediglich dazu dienen, die Brutalitäten mancher Kapitalisten zu brandmarken, die, wie das seiner Zeit der Reeder Schiff in Elsfleth gethan habe, ein frivoles Spiel mit Menschenleben treiben. Etwas anderes konnten sich auch die Leser nicht darunter denken, bei denen es wohl ausgeschlossen war, daß sie die Pointe der Witze auf den deutschen Kaiser bezogen.

Zeuge Weiß sollte näheres über die Herstellung der Zeitung, das sogenannte Umbrechen des fertigen Satzes, bekunden. Er erklärte, daß die Reihenfolge der Artikel in der Beilage, mit Ausnahme des Leitartikels, in damaliger Zeit ihm selbst überlassen blieb. Die bewußten Witze selbst seien acht Tage früher zur Druckerei gegeben worden, als Uebersatz bis zum 1. August stehen geblieben und dann veröffentlicht worden. Es sei reiner Zufall, daß sie gerade nach dem Artikel über die Hunnen ihren Platz erhalten haben.

Sachverständiger Vollrath erklärte, es bestehe keine einheitliche Praxis bei den Zeitungen über die Anordnung des Satzes. Vielfach sei es dem Metteur, mit Rücksicht auf das typographische Bild der Zeitung, überlassen, die Reihenfolge der einzelnen Artikel zu bestimmen. Als Zeuge vernommen, erklärt der Sachverständige, er wisse als Leser socialdemokratischer Zeitungen, daß das Beispiel des Reeders Schiff auch heute noch vielmals angezogen werde bei der Besprechung von Brutalitäten der Unternehmer.

Es werden nunmehr mehrere Artikel aus der „Volksstimme" verlesen. Darunter derjenige über die bekannte Rede in Bremerhaven, über die Hunnen und auf Antrag der Verteidigung ein Artikel aus Nr. 168 der „Volksstimme", der die Depesche des Generals Conger wiedergab, wonach die Gesandten noch am Leben sein sollten, sowie ein Artikel aus Nr. 174 der „Volksstimme", der eine Depesche der „Daily Mail" reproduzierte, nach welcher die Gesandten sich ebenfalls noch am Leben befinden sollten.

Damit ist die Beweisaufnahme beendet. Das Gericht beschließt, den Zeugen Weiß wegen Verdachts der Mitthäterschaft nicht zu vereidigen und dann erhält der Vertreter der Anklagebehörde das Wort zu seinem Plaidoyer.

Der Erste Staatsanwalt hielt die Möglichkeit, daß die vom Angeklagten gegebene Erklärung zutreffe, für gegeben, die Wahrscheinlichkeit spreche aber dagegen, daß der Angeklagte wirklich bei der Aufnahme der Witze nur an den Reeder Schiff gedacht habe. Dafür spreche auch der Umstand, daß der Angeklagte bei seiner verantwortlichen Vernehmung nichts vom Reeder Schiff gesagt habe. Man müsse die ganze Stellung der Socialdemokratie zur Chinafrage und die Beurteilung, welche die Bremerhavener Kaiserrede bei ihr gefunden habe, berücksichtigen. Im Hauptblatt werde von der schärfsten Lesart der Bremerhavener Kaiserrede gesprochen, in der Beilage derselben Nummer stehe ein Artikel über die Hunnen und unmittelbar an denselben schließen sich dann die Witze. Man könne es dahingestellt sein lassen, ob der Metteur selbständig die Reihenfolge der Artikel bestimme, wahrscheinlich sei das aber nicht. Da dem Angeklagten die Bezugnahme der Witze auf den Kaiser bewußt gewesen sein müsse, sei auch der Thatbestand der Majestätsbeleidigung erfüllt. Denn darüber bestehe kein Zweifel, daß eine Beleidigung des Kaisers vorhanden sei, sobald man die Witze auf ihn beziehe. Eine großmütige, edle Handlung des Kaisers werde verhöhnt und lächerlich gemacht, namentlich in dem ersten Witz mit der Stichmarke: Ein Menschenfreund. Beim zweiten Witz, über den Narren mit dem Thaler, seien vielleicht die Leiter der auswärtigen Politik gemeint gewesen. Dafür spreche die Pluralform. Aber da der Kaiser den Befehl zur Mobilisierung der Truppen gegeben habe, so sei er bei der Kritik der Leiter der auswärtigen Angelegenheiten mitgetroffen worden. (!!) Mithin enthalte auch der zweite Witz eine Majestätsbeleidigung. Zum Strafmaß übergehend, betont der Erste Staatsanwalt, daß es sich um eine sehr schwere Majestätsbeleidigung handle, die eine strenge Strafe notwendig mache. Er beantragt 9 Monate Gefängnis und Aberkennung der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Aemter. (Genosse Haupt ist Stadtverordneter.)

Verteidiger Rechtsanwalt Landsberg: Der Vertreter der Anklagebehörde stützte sich in seinem Plaidoyer darauf, der Kaiser habe die Truppen nach China geschickt, er habe die China-Expedition veranlaßt, mithin treffe auch jede Kritik der China-Expedition den deutschen Kaiser mit. Das ist aber nicht zulässig. Zunächst weiß man nicht, ob der Angeklagte bei jedem politischen Vorkommnisse als den Ueheber desselben den Kaiser betrachtet. Wahrscheinlich ist das nicht, aber selbst wenn es der Fall ist, kann man doch nicht jeden scharfen Ausfall auf die Chinapolitik auf den Kaiser beziehen. Der Angeklagte habe das Recht, die ihm gegnerischen Parteien zu bekämpfen und ihre Anschauungsweise über die China-Affaire als absurd hinzustellen. Diesen Zweck habe er mit der Veröffentlichung der Witze verfolgt. Der Begriff der Majestätsbeleidigung ist derselbe wie bei einfacher Beleidigung. Er setzt objektiv die Absicht der Beleidigung voraus. Darin liegt aber keine Ehrverletzung, daß man die politische Ansicht eines andren als unklug oder thöricht hinstellt. Deshalb enthält dieser Vorwurf, selbst wenn man den zweiten Witz auf den Kaiser bezieht, keine Majestätsbeleidigung. Eine solche ist aber auch nicht in dem Witze vom Menschenfreunde zu finden. Hält man die Aussage des Zeugen Weiß für richtig, so ergiebt sich klar, daß an die Bremerhavener Rede bei der Veröffentlichung des Witzes nicht gedacht sein kann, weil der Witz früher in die Druckerei gegeben wurde, ehe die Rede gehalten wurde. Er ist bloß später erschienen, weil er schon länger im Satze stand. Es ist aber auch unangebracht, aus solchen Aeußerlichkeiten wie die Stellung eines Artikels in der Zeitung so schwerwiegende Schlüsse zu ziehen wie der Erste Staatsanwalt. Ebensowenig kann man aus der Stellung der Socialdemokratie zur Chinafrage die Absicht der Majestätsbeleidigung schließen. Der Staatsanwalt hält es selbst für möglich, daß der Angeklagte bei jenem Witze hartherzige, brutale Kapitalisten wie den Reeder Schiff im Auge gehabt hat. Berücksichtigt man die Hast, mit welcher in Zeitungsredaktionen gearbeitet wird und die Behandlung, welche die Witze in der Redaktion und Druckerei nach den Aussagen des Zeugen Weiß erfahren, so ist es ausgeschlossen, daß eine Majestätsbeleidigung beabsichtigt war. Es wird deshalb Freisprechung beantragt.

In seiner Replik erklärt der Erste Staatsanwalt, daß mit mathematischer Sicherheit ein Beweis dafür, daß der Angeklagte den Kaiser gemeint hat, nicht zu erbringen ist, aber unter Berücksichtigung aller gegebenen Umstände spricht ein hoher Grad von Wahrscheinlichkeit dafür.

Der Verteidiger erklärt hierauf, wenn die einzelnen Momente nicht beweiskräftig genug sind, um den Angeklagten zu überführen, dann ist dieses die Gesamtheit der Momente ebensowenig. Außerdem wendet sich der Verteidiger noch dagegen, daß die Tendenz des Blatts als Beweis hier angezogen würde. Diese darf im Gerichtssaal überhaupt keine Berücksichtigung finden, da die Richter sonst auf die schiefe Bahn geraten, von ihrer eignen Parteistellung aus die Sache des Angeklagten zu beurteilen.

Der Gerichtshof fand in dem Witz von dem Menschenfreunde eine Majestätsbeleidigung und verurteilte den Angeklagten zu sechs Monaten Gefängnis. Die beantragte Aberkennung des Stadtverordneten-Mandats wurde abgelehnt, da der Angeklagte wegen Majestätsbeleidigung noch nicht vorbestraft ist. In dem zweiten Witz erblickte das Gericht keine Majestätsbeleidigung, weil sich nicht mit Sicherheit dessen Bezugnahme auf den Kaiser nachweisen läßt.

In diesem Prozeß sind vor allem zwei bemerkenswerte Anschauungen des Staatsanwalts zu beleuchten. Erstens hat der Staatsanwalt den Begriff der „wahrscheinlichen" Strafthat in die Rechtsprechung eingeführt; die Schuld braucht nicht nachgewiesen, sondern nur wahrscheinlich zu sein. Nach solcher Erweiterung des Schuldbegriffs wird es allerdings niemals mehr vorkommen dürfen, daß das Gericht einen Angeklagten freispricht. Denn

„wahrscheinlich" ist die Schuld jedes Angeklagten, sonst dürfte ja weder die Staatsanwaltschaft Anklage noch das Gericht das Hauptverfahren einleiten. Es ist eben die Aufgabe des Prozesses selbst, die Schuld mit mathematischer Sicherheit zu beweisen, die nach den Ergebnissen der Voruntersuchung „wahrscheinlich" war. Wahrscheinliche Schuld ist nach bisherigem Recht keine Schuld. Jetzt erfahren wir, daß auch eine Wahrscheinlichkeitsrechnung zu einer Verurteilung führen darf. Es bedarf keiner weiteren Darlegung, daß damit die Rechtsprechung überhaupt aufgelöst werden würde.

Die zweite seltsame Anschauung des Staatsanwalts läuft auf einen schweren staatsrechtlichen Irrtum hinaus. Er meinte nämlich, in einer Kritik der verantwortlichen Regierung sei der Monarch mitgetroffen, weil er ja an den Regierungsakten beteiligt sei. Damit wird die konstitutionelle Fiktion, die zwischen dem Monarchen und der Regierung unterscheidet, eine Fiktion, die eine Grundlage unsrer Verfassung ist, mit einem Schlage aufgehoben. Der Monarch wird durch solche Beweisführung zu einem Mitglied der verantwortlichen Regierung gemacht. Es ist also — objektiv gesprochen — dieser Versuch, in eine Kritik einer Regierungshandlung eine Kritik des Kaisers einzuschließen, eine verfassungswidrige Anschauung. Würde die Auffassung des Magdeburger Staatsanwalts Geltung finden, so würde jede schärfere Besprechung einer Regierungshandlung zugleich eine Majestätsbeleidigung sein, weil ja immer der Kaiser an der Aktion mitbeteiligt ist, und so würde die Regierung, ja das System selbst gegen jede energische Opposition gefeit sein. Damit erhielte die ganze Regierung den Charakter der Unverantwortlichkeit und wir hätten außer dem König von Gottes Gnaden noch einen Kanzler und Minister von Gottes Gnaden. Die Regierung erhielte von selbst den Schutz des Majestätsbeleidigungs-Paragraphen, ohne daß für sie ein ähnlicher Paragraph bestünde. Der russische Absolutismus wäre diesem Zustand gegenüber die Freiheit selber.

* * *

Aus Krefeld wird uns berichtet: Vor der hiesigen Strafkammer stand der sechzigjährige Schneider Rinkens, angeklagt wegen Majestätsbeleidigung. In einer Restauration machte ein pensionierter Postbeamter in Chinapolitik. Im Laufe der ziemlich erregten Debatte stieß Rinkens eine Beleidigung über Kaiser Wilhelm II. aus. Der Postbeamte brachte die Sache zur Anzeige und wurde Rinkens sofort verhaftet. Dem Kriminal-Kommissar, dem er vorgeführt wurde, fiel sofort sein erregtes Wesen auf, und wurde er deshalb auf seinen Geisteszustand beobachtet. Der Arzt gab vor Gericht sein Gutachten dahin ab, daß es seiner Ansicht nach wahrscheinlich sei, daß der Angeklagte nach Genuß von einigen Schnäpsen bei seiner schwächlichen Körperkonstitution sich in einem Geisteszustande befinde, der seine freie Willensmeinung ausschließe. Es wurde nachgewiesen, daß thatsächlich der Angeklagte an dem Tage vier Schnäpse getrunken hatte. Daraufhin beantragte der Staatsanwalt selbst die Freisprechung, welchem Antrage das Gericht auch stattgab.

Das Cäsarenfest.

Mit dem ganzen Schwung des römischen Hofpoetentums — wir haben als Schüler gelernt, die Kaiserzeit als Verfallszeit zu betrachten — ist am Donnerstag das Saalburgfest begangen worden. Kostümierte Schauspieler versetzten uns im Verein mit der läuffischen Muse des in Wiesbaden garnisonierenden Dichtmajors in die Epoche des kaiserlichen Roms.

An dem Eingang des Kastells empfing den Kaiser ein als römischer Präfekt verkleideter Schauspieler mit folgender Ansprache:

„Unter glückverheißenden Zeichen tritt ein, erlauchter Kaiser, mit Deiner hohen Gemahlin, in das auf Deinen Befehl erneuerte Kastell Saalburg! Nichts Schöneres, nichts Größeres, nichts Erwünschteres als Deine Ankunft konnte uns zu teil werden. Einen glücklichen Ausgang mögen alle Deine Unternehmungen zu Wasser und zu Lande haben, die Du zur Mehrung des Ruhms des Reichs planst.

Der allmächtige Gott möge Dein heiliges Haupt unversehrt bewahren, möge bewahren Deine Gemahlin Auguste Victoria, deren Name schon eine glückliche Vorbedeutung in sich schließt, und möge bewahren Deine Söhne und Dein Töchterchen, die unter dem Schutze Eurer Penaten die vortrefflichste Erziehung genießen. — Doch nicht wage ich, o Kaiser, Dich länger zurückzuhalten. Wir bitten Dich, sei überzeugt, daß Du nirgends auf dem Erdkreise treuere, Dir ergebenere Menschen finden kannst, als die Bewohner des Taunusgebiets."

Schöner hätte das ein alter römischer Hofpoet auch nicht machen können! Ein andrer Schauspieler sprach dann einen von Lauff gereimten Prolog, in dem es von Adlern, Eichen und Schwertern wimmelte.

Bei der Grundsteinlegung des Museums hielt der Kaiser folgende Ansprache:

„Der erste Gedanke am heutigen Tage greift zurück in wehmutsvollem Dank an meinen unvergeßlichen Vater, den Kaiser Friedrich III. Seiner Thatkraft, seinem schaffensfreudigen Wollen dankt die Saalburg ihre Wiedererstehung. Gleichwie im fernen Osten der Monarchie die gewaltige Ritterburg, die einst die deutsche Kultur in den Osten einpflanzte, auf sein Geheiß wieder neu erstand und nunmehr ihrer Vollendung entgegenschreitet, so ist auf den Höhen des reizenden Taunus dem Phönix gleich aus seiner Asche emporgestiegen das alte Römerkastell, ein Zeuge römischer Macht, ein Glied in der gewaltigen ehernen Kette, die Roms Legionen um das gewaltige Reich legten, und **die auf das Geheiß des einen römischen Imperators, des Cäsar Augustus, der Welt den Willen aufzwangen und die gesamte Welt der römischen Kultur eröffneten,** die befruchtend vor allem auf Germanien fiel. So weihe ich diesen Stein mit dem ersten Schlage der Erinnerung an Kaiser Friedrich III., mit dem zweiten Schlage der deutschen Jugend, den heranwachsenden Geschlechtern, die hier in dem neuerstandenen Museum **lernen mögen, was ein Weltreich bedeutet,** und zum dritten der Zukunft unsres deutschen Vaterlands, dem es beschieden sein möge, in künftigen Zeiten durch das einheitliche Zusammenwirken der Fürsten und Völker, ihrer Heere und ihrer Bürger, **so gewaltig, so fest geeint und so maßgebend zu werden, wie es einst das römische Weltreich war,** damit es auch in Zukunft dereinst heißen möge, wie in alter Zeit „civis Romanus sum", nunmehr: „Ich bin ein deutscher Bürger".

In der Rede kehrt die gegen die Chinesen vom Kaiser gebrauchte Wendung wieder, daß die römischen Legionen auf Geheiß ihres Kaisers die Welt „der Kultur eröffnet haben". Da nun bekanntlich das römische Weltreich unter den Schlägen der germanischen Barbaren zusammengebrochen, so würden sich aus unsrem Kulturöffnungsberuf höchst günstige Aussichten für die — Chinesen ergeben, sofern es nämlich zulässig wäre, diesen historischen Vergleich weiter auszuspinnen. In Wirklichkeit ist das römische Weltreich des Kaisertums keine Anspornung zur Weltpolitik sondern eine gewaltige Warnung. —

Die Einberufung des Reichstags soll — einem Berliner Blatt zufolge — zum 22. November erfolgen. Wirklich schon?

Die „Germania" erklärt entgegen der Behauptung, die Nichteinberufung des Reichstags im Juli d. J. sei im Einverständnis mit den Führern der großen Gruppen erfolgt,

„daß mit den Führern des Centrums über eine Einberufung des Reichstags aus Anlaß der chinesischen Wirren und der dadurch verursachten Ausgaben oder aus einem andren Anlasse nicht verhandelt worden ist, weder mündlich, noch schriftlich. Die Führer des Centrums würden, wie wir ebenso bestimmt erklären können, es sonst nicht unterlassen haben, sich mit allem Ernst und Nachdruck für die sofortige Berufung des Reichstags auszusprechen."

Es scheint, als ob es nun keiner gewesen sein will; denn auch die konservative Presse stellt fest,

„daß an denjenigen Stellen der konservativen Partei, die über das angebliche „Einvernehmen" unterrichtet sein müßten bezw. dabei mitzuwirken berufen gewesen wären, nichts von einem solchen Vorgange bekannt ist."

Das klingt allerdings sehr unbestimmt und läßt jede Möglichkeit zu. Die Nationalliberalen aber haben sich über die Beschuldigung überhaupt noch nicht geäußert. Unter allen Umständen ist die eine Thatsache nicht wegzuleugnen, daß Konservative, Centrum, Nationalliberale und — Freisinnige, statt mit aller Energie auf eine Einberufung des Reichstags hinzuwirken, durch ihre Presse dagegen Stimmung gemacht haben; sie wollten eben nicht entschieden Stellung nehmen. Die Abdankung des bürgerlichen Parlamentarismus ist durch diese elende Haltung vollzogen.

Ein westfälisches Blatt behauptet, der Kaiser habe sich gegen die Einberufung des Reichstags erklärt, die seine Regierung für zweckmäßig hielt. Das ist sicherlich wahrscheinlicher, als daß, wie die „Hamburger Nachrichten" boshaft versicherten, Fürst Hohenlohe die Schuld trage, der eine parlamentarische Sommersession unbequem gefunden habe. —

Konstitutionelle Selbsthilfe. Die „Freisinnige Zeitung", die ja anfangs sich auch gegen eine Einberufung des Reichstags erklärt hatte, meint — gegenüber unsrer gestrigen Notiz über konstitutionelle Selbsthilfe — eine Selbsteinberufung des Reichstags hieße „eine Verletzung der Verfassung mit einem offenen Verfassungsbruch" beantworten.

Es ist weit mit dem Freisinn gekommen, wenn er eine durchaus zulässige Demonstration gegen einen Verfassungsbruch selbst einen Verfassungsbruch nennt. Und wir nehmen zu Gunsten des Organs Eugen Richters an, daß es sich diese Behauptung ebenso wenig überlegt hat, wie seiner Zeit seine Opposition gegen die Einberufung des Parlaments.

Wenn die „Freisinnige Zeitung" nun der Socialdemokratie den Rat giebt, sie könne ja allein die Demonstration versuchen, so hat unsre Partei diese Pflicht bereits erfüllt — in Mainz. Ein konstitutioneller Protest des Reichstags gegen seine Ausschaltung kann natürlich nur durch den Reichstag selbst, nicht durch eine einzelne Fraktion erfolgen, die nur einen Bruchteil der Mitglieder umfaßt.

Wir sehen aber, daß wir den Freisinn richtig eingeschätzt haben — er weist es weit von sich, gegen eine zugestandenermaßen erfolgte Verfassungsverletzung sich zur Wehr zu setzen, wenn auch nur durch eine wirksame Demonstration. Kein Wunder, daß bei solcher diplomatischen Greisenhaftigkeit der Freisinn nirgends Achtung findet. —

Die Lübecker Streikverordnung wird nun auch die Gerichte in Hamburg beschäftigen. Genosse Molkenbuhr als verantwortlicher Redacteur des „Hamburger Echo" ist derselben That beschuldigt, die zu dem Verfahren gegen Genossen Huth in Brandenburg führte. Huth hatte die inkriminierte Notiz erst dem „Hamburger Echo" entnommen.

Aber zum Unterschied von dem Gericht in Brandenburg, das die Eröffnung des Hauptverfahrens mangels einer strafbaren Handlung ablehnte, hat das hamburgische Gericht das Hauptverfahren eröffnet und Termin zur Hauptverhandlung auf nächsten Montag angesetzt. Und während in Brandenburg das Amtsgericht über die Sache zu entscheiden hatte, wird die Verhandlung in Hamburg vor der Strafkammer stattfinden. Es könnte so unter Umständen eintreten, daß sowohl das Reichsgericht als auch das preußische Kammergericht über den Fall zu entscheiden hätte. —

Brotwucher. Auf dem in Köln von den Centrumsleuten veranstalteten „praktisch-socialen Kursus" klagte der Abgeordnete Herold über den „Niedergang der Landwirtschaft" und stellte folgende Forderungen auf:

„Als einen Preis, den der Landwirt für einige Rentabilität beanspruchen kann und der zugleich für den Konsumenten in keiner Weise drückend wirkt, können wir etwa **für den Weizen 20 M., für den Roggen 16 M.** für 100 Kilogramm annehmen. 1893—1899 betrug der Durchschnittspreis für Weizen 15,51 M., für Roggen 13 M., war also um 4,49 bezw. 3 M. **zu niedrig.** Bei der Annahme, daß die Zollerhöhung in ihrem ganzen Umfang preissteigernd wirkte, müßte also der Zoll von 3,50 M. um diese Beträge auf **7,99 M. für Weizen, 6,50 M. für Roggen** erhöht werden."

Glauben die Centrumsfrommen den Arbeitern, die noch immer ihrer Scheinheiligkeit Glauben schenkten, jede Brutalität bieten zu dürfen? —

Zuchthaus-Sehnsucht. Die „Kreuz-Zeitung" trauert ob der Entscheidung des Brandenburger Gerichts gegen den Senat von Lübeck, der das reichsgesetzliche Koalitionsrecht der Arbeiter auf einzelstaatlichem Vorordnungswege zu beseitigen beabsichtigte. Sie hofft noch auf günstigeren Entscheid der oberen Instanzen. Dabei betuert sie von neuem ihr Sehnen nach Zuchthausvorlagen für streikende Arbeiter:

„Besser wäre es allerdings, wenn dem Zweifel über die Bedeutung der Reichsgewerbe-Ordnung vom Reiche selbst ein Ende gemacht worden wäre und wenn ein Reichsgesetz durch positive Vorschriften die Handhabe zu einem Vorgehen im Sinne der Lübecker Verordnung darböte. Man sieht hieraus wiederum, welche schwere Verantwortung der Reichstag durch die Verscharrung der Zuchthausvorlage auf sich genommen hat."

Der viel geliebten Zuchthausvorlage widmet das Junkertum unwandelbare Treue und nie versiegende Hoffnung baldiger Wiederauferstehung. —

Haarsträubende Kolonialgreuel werden neuerdings aus Deutsch-Ostafrika berichtet. Und zwar richtet wieder Dr. Hans Wagner gegen den Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Generalmajor v. Liebert furchtbare Anschuldigungen. Herr Wagner erklärt sich bereit, vor Gericht den Beweis zu führen, daß in einem Dorfe allein 40 Menschen niedergeknallt worden seien, weil sie einige Rupien Steuern nicht bezahlen konnten, und daß der Hüttensteuer wegen ungefähr 2000 Menschen ihr Leben verloren hätten. Ferner behauptet Herr Wagner, das „Zukunftsprogramm" des Gouverneurs habe darin bestanden, daß er die einzelnen Handelsplätze der Kolonie zu Gunsten von Dar-es-Salaam habe absterben lassen wollen, indem er dem Karavanenverkehr nach diesen Plätzen polizeiliche Schwierigkeiten bereitet habe.

Generalmajor v. Liebert wird jedenfalls keinen Augenblick zögern, Herrn Dr. Wagners Behauptungen durch eine gerichtliche Klarstellung zu entkräften. —

Eine kleine Extra-Marinevorlage. Für den Umbau von sieben Küstenpanzerschiffen nach dem Muster der „Hagen" sollen im nächsten Marineetat erste Raten in Ansatz gebracht werden. Die Kosten hierfür würden **20 Millionen Mark** betragen. Der Plan eines Umbaues der Küstenpanzerschiffe ist in den Plänen zu den Flottengesetzen nicht vorgesehen worden, wächst also den Kosten aus diesen Gesetzen noch zu. —

Dem Verdienst seine Krone. München, den 11. Oktober. (Eigener Bericht.) Prinz Rupprecht von Bayern, der bei den letzten Manövern so arg in die Klemme geriet, ist nun doch, wie wir schon voraussagten, zum Generalmajor und Kommandeur einer in Bamberg für ihn gebildeten Infanteriebrigade ernannt worden. Bürgerliche Blätter versteigen sich zu der ungeheuerlichen Behauptung, man „habe sich maßgebenden Orts um so mehr zu der jetzt vollzogenen Beförderung entschlossen, als damit auch die in der Oeffentlichkeit verbreiteten Behauptungen über angebliche Manövervorkommnisse widerlegt werden".

Dem gegenüber sei festgestellt, daß der auch vom „Vorwärts" gebrachte Bericht über die Gefangennahme des Prinzen Rupprecht durch den Oberstlieutenant Gradinger (nicht durch Oberst Walther, wie anfänglich infolge eines Irrtums berichtet wurde) jedes Dementi ausschließt. Ein solches ist auch bisher, trotzdem auch bayrische und Münchener Blätter die Nachricht brachten, nicht erfolgt. —

Berichtigung. In unsrer gestrigen Korrespondenz aus Elsaß-Lothringen „Beiträge zum Kapitel der Kohlemot" ist die Dividende der Aktiengesellschaft Differingen-Dannenbaum mit Unrecht auf 50 Proz. beziffert worden. Dieselbe beträgt thatsächlich nur 5 Proz. Damit entfallen für diesen einen Fall die daran geknüpften Folgerungen. Offenbar ist unser Korrespondent durch einen Zeitungsdruckfehler zu seinem Irrtum veranlaßt worden. —

Wie Majestätsbeleidigungs-Prozesse entstehen, zeigte sich vor der zweiten Strafkammer am Berliner Landgericht II in recht bezeichnender Weise. Wegen dieses Delikts war die Witwe Amanda Hüller aus Birkenwerder angeklagt. Vor einiger Zeit wurde das falsche Gerücht verbreitet, daß in Kiel ein Attentat auf den Kaiser versucht worden sei. Das Gerücht drang auch nach Birkenwerder, und veranlaßte die Frauen, die sonst nichts zu thun hatten, auf der Straße in allen Tonarten das „Ereignis" zu besprechen. Die Angeklagte gehörte zu der Frauengruppe, welche auf der Straße die Sache durchhechelte. Bald darauf wurde sie von ihrer erbittertsten Feindin, einer Frau Fürst, wegen Majestätsbeleidigung angezeigt. Die Hauptverhandlung ergab aber, daß sich die Denunziantin erboten hatte, gegen Zahlung einer bestimmten Geldsumme die Anzeige zu unterlassen. Die übrigen Frauen, welche an dem Klatschstündchen teilgenommen hatten, waren in ihren Aussagen sehr unbestimmt, so daß den letzteren kein Gewicht beizulegen war und die Denunziantin fand in den Augen des Gerichtshofs keinen Glauben, weil sie erwiesenermaßen ihre Verschwiegenheit für Geld verkaufen wollte. Das Urteil lautete daher auf Freisprechung.

Ausland.

Ein Streikzwang-Gesetz.

Die Rede Millerands in Lens, die wir gestern im Auszuge wiedergegeben haben, wird in der bürgerlichen Presse Frankreichs und auch Deutschlands auf das lebhafteste besprochen. Die Erklärung Millerands, daß er nach wie vor durchdrungen sei von dem endlichen Sieg des Socialismus, ist diesen Blättern höchst unangenehm und sie suchen die erschreckten Bourgeois zu trösten, daß doch die Verwirklichung der socialistischen Gesellschaft wohl noch lange auf sich warten lassen werde. Größte Besorgnis aber bekunden sie vor dem von Millerand angekündigten Gesetzentwurf, der die Einführung obligatorischer Einigungsämter und Schiedsgerichte bezweckt.

Mit diesem Gesetzentwurf zugleich wird aber, wie wir der heutigen „Petite République" entnehmen, dem Parlament noch ein andrer unterbreitet werden, der den Zorn der bürgerlichen Presse noch viel mehr herausfordern wird: Millerand will nämlich nicht mehr und nicht weniger, als den Streik unter gewissen Voraussetzungen **obligatorisch** machen.

Wenn in einem oder in mehreren Betrieben Differenzen ausbrechen und die Arbeiter oder ein Teil derselben haben die Arbeit eingestellt, so hat sofort eine Zusammenkunft sämtlicher Arbeiter des oder der betreffenden Betriebe außerhalb der Fabriken stattzufinden. Es wird über den Fall beraten und darüber geheim abgestimmt, ob der Streik fortzusetzen oder wieder einzustellen sei. Erklärt die Mehrheit, es wird nicht gestreikt, so wird die Arbeit von sämtlichen Arbeitern wieder aufgenommen. Entscheidet sich die Mehrheit für den Streik, so wird nach dem Millerandschen Entwurf die **Einstellung der Arbeit obligatorisch für alle Arbeiter.** Sodann hätten die obligatorischen Einigungs- und Schiedsämter in Funktion zu treten.

Die Schiedsrichter sollen aus den Reihen der von Millerand geschaffenen Arbeitsräte genommen werden, zu diesen aber haben nur die Organisationen der Arbeiter und Unternehmer das Wahlrecht; die organisierten Arbeiter beeinflussen somit auch die Schiedsämter. Damit hätten die Arbeiter nicht nur die Garantie, daß ihre Sache vor den Einigungsämtern objektiv und energisch vertreten würde, sondern den Gewerkschaften wäre eine autoritative Stellung gegeben. Millerand hofft, daß durch das Obligatorium die Ausstände nicht mehr dazu dienen können, den Haß und die Uneinigkeit zwischen den Arbeitern selbst zu schüren. Es kann dann nicht mehr Streikende und Streikbrecher, kämpfende Arbeiter und „Arbeitswillige" geben, und die Polizei wird keinen Vorwand mehr haben, zum Schutze der Arbeitswilligen in die wirtschaftlichen Kämpfe eingreifen zu müssen. Die Staatsgewalt würde dann nur noch die Aufgabe haben, dem Willen der Mehrheit Geltung zu verschaffen.

Soweit das Projekt Millerands in großen Zügen. Ein ähnliches Projekt haben vor einigen Jahren schon Guesde, Sembat und Jaurès eingebracht.

Erst wenn der Entwurf vollständig bekannt sein wird, kann ein abschließendes Urteil über seine Bedeutung gefällt werden. Vorläufig ist gelassen abzuwarten, ob die Einzelheiten des Entwurfs seinem bisher bekannten allgemeinen Charakter entsprechen werden. Es wird zunächst Sache der französischen Arbeiterklasse sein, ihr Urteil über den Entwurf zu bilden. Soweit wir im Augenblick die Tragweite dieser Reform ermessen können, erscheint sie allerdings als **staatliche, gesetzliche Anerkennung des Streiks,** sowie als Uebertragung des Princips der Majorität, das in allen politischen Institutionen eines freien Landes Geltung hat, auf das wirtschaftliche Leben.

Welch ein Weg von der deutschen Zuchthausvorlage, die die Streiks unmöglich zu machen suchte, zu diesem französischen Streikzwang-Gesetz, das von Staats wegen alle Räder still stehen heischt, wenn es die Mehrheit der Arbeiter beschließt.

England.

Von den Wahlen. Von den 560 Abgeordneten, die bisher gewählt sind, gehören 356 der unionistischen, 129 der liberalen und 75 der irisch-nationalistischen Partei an. —

Frankreich.

Die demokratische Reformierung der Armee, die der jetzige Kriegsminister André begonnen hat und vollkommen durchzuführen willens zu sein scheint, versetzt die Nationalisten in hellsten Zorn. Namentlich hat sie das Dekret, demzufolge die dem Minister zu unterbreitenden Beförderungslisten der Offiziere außer dem Namen der neu Vorgeschlagenen auch die aller bei den vorherigen Beförderungen Uebergangenen enthalten sollen, wiederum arg verschnupft. André bezweckt aber mit dem Dekret etwas durchaus Berechtigtes, er will den verschiedenen eng zusammenhaltenden reaktionären und klerikalen Cliquen in der Armee die Mittel aus der Hand nehmen, diese ganz nach ihren Wünschen zusammenzusetzen und somit zu ihrem gefügigen Werkzeuge zu machen. Kein Wunder, daß die Nationalisten, die ja ganz unter reaktionärer und klerikaler Führung stehen, aufs höchste über diese methodisch von dem Kriegsminister durchgeführten radikalen Veränderungen entrüstet sind! Sie zetern, daß somit der Kriegsminister willkürlich die Beförderungen in der Armee regeln wird, daß dadurch die Verantwortung der Hierarchie in allen Graden einfach abgeschafft und die Disciplin somit heftig erschüttert wird.

Der Marineminister scheint in ähnlicher Weise reformierend vorgehen zu wollen. Er hat den Vice-Admirälen und den See-

präfekten durch Rundschreiben mitgeteilt, daß er beschlossen habe, die Verfügung des Kriegsministers über die Heiraten der Offiziere und deren Mitgift auch auf die Marine anzuwenden. —

Eine geheime Konferenz. Paris, 11. Oktober. Heute vormittag fand im Ministerium des Auswärtigen die erste Sitzung der internationalen Konferenz betreffend die Zucker-Ausfuhrvergütungen statt. Sowohl über die Beratungen wie über die Zahl und die Nationalität der Teilnehmer wird völliges Stillschweigen beobachtet. Man glaubt jedoch, daß sich an der Konferenz französische, deutsche und östreichische Delegierte beteiligen. Die Konferenz, die auf Veranlassung Frankreichs zusammengetreten sein soll, bezweckt, wie es heißt, einen neuen Gedankenaustausch über die Frage, ob sich Frankreich geneigt zeigt, in diesen Vorbesprechungen neue Zugeständnisse zu machen. Es soll eine neue Konferenz, ähnlich der vorjährigen in Brüssel einberufen werden. —

Afrika.

Im Transvaal haben in den letzten Tagen einige Plänkeleien stattgefunden. Lord Roberts meldet aus Pretoria vom 10. Oktober: Bei Kaapmuiden beim Uebergang über den Kaap-Fluß wurde gestern ein Eisenbahnzug zum Umstürzen gebracht; drei Mann wurden getötet, ein Offizier und 15 Mann verletzt, alle gehören zur 66. Batterie, außerdem wurden 60 Stück Vieh getötet. Als Kapitän Paget von der Schützenbrigade mit 18 Mann und zwei Ingenieur-Offizieren später an der Eisenbahnlinie vorgingen, um sich über den Schaden zu vergewissern, wurden sie von Boeren, die auf der Lauer lagen, beschossen. Kapitän Stewart von der Schützenbrigade, der die Schüsse hörte, eilte mit 40 Mann zur Hilfe. Die Verluste waren sehr schwer. Kapitän Steward und ein Mann wurden getötet, Kapitän Paget, ein andrer Offizier und fünf Mann schwer verletzt, ein Ingenieur-Offizier und 10 Mann gerieten in Gefangenschaft.

Dem „Reuterschen Bureau" wird aus Lydenburg vom 2. Oktober gemeldet: Die Boeren beschossen gestern morgen von 6 bis 7 Uhr das Lager Bullers bei Krügerspost; die britischen Truppen hatten nur wenig Verluste. Eine Abteilung von 200 Mann Kavallerie verließ das Lager, um die Kanonen der Boeren zu nehmen. Sie ritt 4 Stunden lang nach dem Hügel, wo die Boeren ihre Stellung inne hatten, doch als sie dort ankamen, fanden sie die Boeren und deren Kanonen nicht mehr vor.

Ueber die Abreise Krügers wird jetzt aus Loucenço Marques gemeldet, daß diese mit dem deutschen Dampfer „Kanzler" geschehen solle, um unliebsame Verwicklungen zu vermeiden, welche sich durch eine Ueberfahrt auf einem holländischen Kriegsschiff ergeben könnten. Nur Frau Eloff und einige hervorragende Boeren reisten mit dem letzten deutschen Dampfer ab. Es heißt, daß Frau Eloff eine Wohnung für Krüger in Brüssel einrichten werde. —

Partei-Nachrichten.

Die Leipziger Parteigenossen werden nunmehr ihre diffenkierende Stellung zu den Landtagswahlen aufgeben; ohne Widerspruch wurde in der Parteiversammlung, in der Bericht über den Parteitag gegeben wurde, dem beigetreten, daß nach dem Beschluß des Parteitags die Beteiligung an den nächsten Landtagswahlen ganz selbstverständlich sei.

Die Magdeburger Parteigenossen beschlossen auf Grund der Parteitagsbeschlüsse von der Wahl eines Vertrauensmanns abzusehen und die sämtlichen Parteigeschäfte dem socialdemokratischen Verein zu übertragen.

Der Saalbau zu Offenbach, der der dortigen Arbeiterschaft zum künftigen Heim dienen wird, geht seiner Vollendung entgegen und steht die feierliche Eröffnung desselben für Anfang November bevor.

Zu der von der badischen Landesorganisation gefaßten Resolution, die wir in der gestrigen Nummer bekannt geben, sendet Genosse Adolf Geck unserm Partei-Organ in Karlsruhe folgende Berichtigung:

„Die seitens des Vorstands der Landesorganisation, der Landtagsfraktion und Kontrollkommission gegen mich veröffentlichte Erklärung (Resolution) geht von einer total unwahren und erzwungenen Voraussetzung aus, indem sie mir folgende Behauptungen unterschiebt:

1. Das bei der Landtagswahl in Karlsruhe 1897 geschlossene Kompromiß habe in seiner Wirkung zur Korruption in der Partei geführt.
2. Auch in Durlach sei zwei Jahre später mit der bürgerlichen Opposition ein Kompromiß abgeschlossen worden, das ähnliche verderbliche Erscheinungen gezeitigt habe. Ferner hätten bei der Aufstellung der Kandidatur unlautere Mittel mitgewirkt.

Weder in meinem Flugblatt zum Mainzer Parteitag, noch in meinen mündlichen Erklärungen zu demselben in Mainz ist etwas Derartiges behauptet oder nur angedeutet worden. Zum Ueberfluß habe ich auch am Sonntag den in Karlsruhe anwesenden Parteigenossen der Konferenz die Versicherung gegeben, daß ich diese Vorwürfe, wie sie jetzt die Resolution unter 1 und 2 anführt, nicht erhoben habe und nicht erheben konnte oder wollte; die Gefahr einer Korruption ergäbe sich für mich aus der Druckverweigerung des Wahlaufrufs des Offenburger Wahlkomitees durch die Redaktion des „Volksfreund".

An den von mir behaupteten Thatsachen des Flugblatts und der mündlichen Begründung in Mainz halte ich im Namen der Wahrheit fest und bin bereit, jedem Genossen ein Flugblatt zur Information zuzusenden."

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Genosse Stücklen,** der Redacteur der Altenburger „Volkszeitung", ist wegen angeblicher Beleidigung des altenburgischen Ministeriums am Dienstag zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt worden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Stuccateure! Am Mittwoch trat die Kommission der Unternehmer sowie die Vertretung der Ausgesperrten resp. Ausständigen zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, die zu dem Ergebniß führte, daß die Arbeit bei folgenden Firmen zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen wird: Junkersdorf, Casparty, Jäckel, Schirmer, Gottheiner, Woitschach u. Brandt, Rödel und Jablonski.

Das Angebot, Accord zu arbeiten, wird von den Unternehmern zurückgezogen. Gesperrt bleiben die Firmen: Drechsler, Walg, Schubert u. Sammt, Hoffmann, Pichler, M. Dröse, Dammrich, Hänckа, Bachmann, Dieckmann, Hampel u. Voigt. Die Kollegen werden laut Beschluß vom Dienstagabend ersucht, unverzüglich Baudeputierte zu wählen. Dieselben haben sich am Freitagabend im Arbeitsnachweis einzufinden und die Sammellisten in Empfang zu nehmen.

Die Lohnkommission.

Die Direktion des Schiller-Theaters bittet uns um Aufnahme der folgenden Zuschrift: Mehrere Berliner Blätter enthalten die Mitteilung, daß die Direktion des Schiller-Theaters den Monatslohn der Bühnenarbeiter von 90 auf 100 M. erhöht habe und daß sie die Anordnung getroffen, daß jeder Arbeiter an jedem zwölften Tage einen gänzlich freien Tag habe. Diese Notiz ist insofern irrig, als es sich bei der Veränderung von 90 auf 100 M. um eine Erhöhung des Anfangslohns handelt. Ein Teil unsrer Arbeiter hat seit vielen Jahren einen Lohn von mehr als 100 M., wobei die Entschädigung für die Nachmittags-Vorstellungen nicht eingerechnet ist. Auch der Ruhetag ist bei uns seit einem Jahr probeweise eingeführt. Er wird jetzt, da er sich auch unter den besonderen Verhältnissen der Theaterarbeit als möglich erwiesen hat, zu einer dauernden Institution.

Die Agitations-Kommission der Maurer der Provinz Brandenburg (Centralverband der Maurer) beginnt am 14. Oktober d. J. mit der allgemeinen Herbst-Agitation. Es werden zu diesem Zweck in 115 Orten Versammlungen abgehalten. Verbunden mit dieser Agitation ist eine Umfrage unter den Maurern über die Wohnungsverhältnisse und die örtliche Arbeitsgelegenheit.

Deutsches Reich.

Mit der Gewerkschaftsfrage beschäftigte sich der christlich-sociale Parteitag in Wetzlar am 9. Oktober. Es sprachen dazu u. a. der Geschäftsführer des christlichen Ziegelgewerkvereins Ellerkamp (Lage in Lippe), Pfarrer Lic. Weber (M.-Gladbach) und Stöcker. Schließlich einigte man sich auf folgende Erklärung, die mit großer Mehrheit angenommen wurde: 1. Hinsichtlich der Gewerkschaftsfrage muß als Ziel betrachtet werden die Einführung obligatorischer Fachgenossenschaften bezw. gesetzlich anerkannter Gewerkschaften. — 2. Zur Erreichung ist am besten die Bildung starker interkonfessioneller, unparteiischer, einheitlicher Gewerkschaften zu empfehlen, für welche Rechtsfähigkeit anzustreben ist, die zu wirtschaftlichem Frieden geneigt, aber zu gesetzmäßigem Vorgehen behufs Erlangung befriedigender Arbeitsbedingungen fähig sind und die den Schwerpunkt ihrer Wirksamkeit in der Anbahnung langfristiger Tarifgemeinschaften und im Ausbau von Unterstützungskassen, besonders gegen Arbeitslosigkeit sehen. — 3. Die Erreichung dieses Ziels wird erschwert dadurch, daß die heutige Gewerkschaftsbewegung vielfach gespalten und mehrfach politisch nicht neutral ist. Wo interkonfessionelle Gewerkschaften christlichen Charakters bestehen, ist zu fordern, daß im Vorstand die beiden Konfessionen anerkannte Stellungen haben. — 4. Es ist im allgemeinen ausgeschlossen, daß Mitglieder der christlich-socialen Partei sich den Zahlstellen solcher Gewerkschaften anschließen, die satzungsgemäß socialdemokratisch sind, wie die Lokalorganisationen, oder fremdartiger Propaganda dienen.

Da dem Pfarrer Lic. Weber schon der christliche Bergarbeiter-Verband so unfriedlich in der Verfolgung der Arbeiter-Interessen erschien, daß er ihm den Rücken kehrte, so kann man schon daraus ungefähr die Bedeutung dieses Gewerkschaftskämpen ermessen. Der Beschluß ist im übrigen für die Gewerkschaften bedeutungslos.

Bei den Gewerbegerichts-Wahlen in Hagen herrschte eine ungemein große Beteiligung, indem ca. 2000 Berechtigte an denselben teilnahmen. Die Beisitzer der Arbeitnehmer aus den Fabrik- und Handwerksbetrieben wurden ausschließlich und glatt nach der Liste der Gewerkschaften gewählt. In der Gruppe der Handwerk-Arbeitgeber drang die Liste der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und der vereinigten Bauhandwerker durch.

Die Geschäftslage in der Textilindustrie. Nach einer Statistik, welche die in Krefeld bestehenden Textilarbeiter-Organisationen veranstaltet haben, beträgt die Zahl der Arbeitslosen in der Textilbranche in der Stadt Krefeld 1279. Eine Besserung der Konjunktur ist noch nicht abzusehen. Auf eine Eingabe an das Oberbürgermeister-Amt, in welcher gebeten wurde, vorbeugende Maßregeln zu treffen, folgte prompt die Antwort, ein Grund zu behördlichem Einschreiten liege nicht vor. Auch würde das Eingreifen der Behörde nach außen hin einen deprimierenden Eindruck machen. Die Angelegenheit würde die Verwaltung aber im Auge behalten.

Die Lithographen und Steindrucker der Firma H. Schött in Rheydt haben wegen Maßregelung organisierter Gehilfen sowie wegen der schroffen Behandlung seitens des Meisters, die Arbeit eingestellt. Am Ausstand sind 18 Lithographen und 43 Steindrucker beteiligt. Verhandlungen seitens der Organisation wurden von der Firma schroff abgewiesen, weshalb die Arbeitsniederlegung einhellig erfolgte. Zuzug ist fernzuhalten.

Die Metallschläger in Nürnberg haben wegen Nichtbewilligung der Formen- anstatt der Schlagzahlung in sämtlichen Werkstätten die Arbeit niedergelegt.

Ausland.

Der Bergarbeiterstreik in Pennsylvanien. Aus New York wird gemeldet: Eine Anzahl Ausständiger versammelte sich am Mittwoch in der Nähe eines vom Ausstand nicht berührten Kohlenbergwerks bei Oneida in Schuylkill-County, um den Verkehr der Kohlenzüge zu verhindern. Zwischen den Ausständigen und der von der Gesellschaft angestellten Schutzwache wurden einige Schüsse gewechselt; ein Mann der Schutzwache wurde getötet, ein andrer sowie einer der Ausständigen wurden ernstlich verwundet; verschiedene Arbeiter wurden durch Steinwürfe verletzt. Der Sheriff ersuchte den Gouverneur um militärische Hilfe.

Aus der Frauenbewegung.

Beschäftigung mit den Naturwissenschaften war das Thema, das Dr. Arons zum Gegenstande eines Vortrags gewählt hatte, den er am Montag am Wedding im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hielt.

Der Vortragende führte aus, daß trotz der hohen und vielseitigen Entwickelung unsrer Technik und Naturerkenntnis wir doch noch sehr weit von dem entfernt seien, was einst schon Alexander v. Humboldt als das Ideal der Volksbildung bezeichnete: naturwissenschaftliches Denken und Beobachten in allen Schichten des Volks zu finden. An diesem Mangel des Verständnisses weiterer Kreise für Naturwissenschaften trage vor allem die Schule schuld, die die Köpfe der Kinder mit leerem Formelkram belaste, statt sie zu eignem Sehen und Schließen zu erziehen — denn tote Formel bleibe für die Jugend sowohl das Griechisch und Latein unsrer Gymnasien, wie die Gesangbuch- und Bibelsprüchlein der Volksschule. Die herrschenden Klassen und voran die Kirche wüßten aber sehr wohl, weshalb sie den Einfluß naturwissenschaftlichen Denkens der Jugend ferne hielten — sie fürchteten die Aufklärung, die die notwendige Folge dieses Denkens sei. Der Redner schilderte nun den instinktiven Zug aller Menschen zur Natur, den Drang der Städter, die so ganz dem Naturleben entfremdet seien, hinaus „in's Freie" und die verschiedene Art des Eindrucks, den die Natur auf den Geist des Menschen übe. Der eigentlich wissenschaftliche Forschersinn, der das Gesetzmäßige in den Erscheinungen zu erkennen strebe, entwickle sich erst allmählich auf einer höheren Geistesstufe. Leider sei es fast unmöglich, in der Form einzelner Vorträge naturwissenschaftliche Kenntnisse zu verbreiten, da jedes Glied der Naturwissenschaft in innigem Zusammenhang mit dem andren stehe, so daß jeder einzelne Zweig sich auf allen andren aufbaue. Dagegen biete die Wissenschaft jetzt Hilfsmittel genug, auf dem Wege eignen Studiums sich zu naturwissenschaftlichem Verständnis heranzubilden. So habe eine Anzahl der bedeutendsten englischen Gelehrten, indem jeder sein specielles Fach bearbeitete, eine Reihe kurzer und billiger Büchlein verfaßt, zu dem besondren Zweck, nicht etwa die Kenntnis einiger Formeln aus der Naturwissenschaft zu verbreiten, die ja auch nur totes Wissen bleiben könnten, sondern in weiten Kreisen Sinn für Beobachtung und naturwissenschaftliches Denken zu wecken. Diese Bücher seien fast sämtlich kleine Meisterwerke ihrer Art; man könnte sich an ihrer Hand vorzüglich die Hauptbegriffe der einzelnen Wissenschaften zu eigen machen und den Gedankenkreis in hohem Maße erweitern. Der Redner erläuterte nun, dem Inhalt der einzelnen Bücher folgend, in höchst fesselnder Weise, wie die Naturerkenntnis auch in das praktische Leben jedes Menschen hineinspiele und wie eine Reihe von Thatsachen, die unser aller Existenz beeinflussen, im Lichte der Naturwissenschaft plötzlich in völlig verändertem Zusammenhang erscheinen. Grade für die Frauen sei auch die Beschäftigung mit solchen Fragen schon deshalb von großem Wert, weil sie dadurch in den Stand gesetzt werden, ihren Kindern ganz neue, geistige Anregungen zu bieten und z. B. einen Ausflug oder Spaziergang mit ihnen zu einer Quelle des höchsten Vergnügens für sich und ihre Kleinen zu machen. In den erwähnten Werkchen berücksichtigten die englischen Gelehrten auch in besonderem Maße die Belehrung der Kinder.

Die Versammlung folgte dem äußerst anregenden Vortrage mit größtem Interesse. In der Diskussion wandte sich ein Herr in längerer Rede hauptsächlich gegen die von Dr. Arons vertretene Auffassung, daß die Popularisierer der Naturwissenschaften einen Fehler begingen, wenn sie, wie dies häufig geschieht, mit der Institution der Kirche auch die Religion als solche, d. h. die rein persönliche, religiöse Ueberzeugung bekämpften. Der Diskussionsredner vertrat dagegen die Ansicht, daß religiöse Ueberzeugung irgend welcher Art im Gegensatz zu wirklich naturwissenschaftlichem Denken stehe.

Zum Schluß wurde von der Vorsitzenden noch bekannt gegeben, daß die nächste Vereinsversammlung Montag, den 22. Oktober, in den Arminhallen, Kommandantenstraße, stattfinde.

Sociales.

Eine Bankontrolle durch Personen aus dem Arbeiterstand soll bekanntlich nach den Einwänden von Unternehmern und Behörden deswegen nicht möglich sein, weil die nötige Anzahl „geeigneter" Personen sich aus der Arbeiterschaft heraus nicht beschaffen lasse. In Nürnberg hat man das Experiment trotzdem gemacht, und auf eine Ausschreibung des Magistrats hin haben sich nicht weniger als 143 Personen gemeldet, davon 140 rechtzeitig. Da nur sechs Stellen zu besetzen sind, dürfte unter dieser Anzahl von Bewerbern eine mehr als erforderliche Zahl „geeigneter" sich finden.

Die Wohnungsnot ist keine partielle Erscheinung, sondern ein Uebelstand, über den fast in allen größeren Städten geklagt wird. Ursache derselben ist wohl in der Hauptsache unsre wirtschaftliche Entwicklung, speciell der Umstand, daß Baugelder nur zu ganz horrenden Bedingungen zu haben sind. Das macht für den Privatkapitalisten das Baugeschäft unlohnend und führt so zu der Wohnungsnot. Wie schlimm dieselbe auch außerhalb Berlins ist, mag aus der Mitteilung eines Arbeiters an die „Frankfurter Volksstimme" hervorgehen. Demselben wurde für eine zweizimmerige kleine Wohnung in der Glanburgstraße, nahe am Friedhof, d. h. an der Peripherie der Stadt, ein Mietspreis von 39 Mark monatlich oder 468 Mark jährlich abgefordert. Das ist selbst für Berliner Verhältnisse ein hoher Betrag, und in der Reichshauptstadt ist man durch niedrige Mietspreise auch in normalen Zeiten nicht verwöhnt. — Diese ungeheuerliche Ausdehnung der Wohnungsnot zeigt, wie notwendig es ist, das Gebiet der Wohnungsfürsorge der Privatspekulation zu entreißen.

Apotheken und Krankenkassen. Welcher Vorteil den Apotheken durch das Krankenversicherungs-Gesetz erwachsen ist, beweisen die seriösen Apothenverkäufe. Mit 100 000—400 000 M. Preisaufschlag sind in den letzten Jahren massenhaft Apotheken nach verhältnismäßig kurzer Zeit in andren Besitz übergegangen. Das ist erklärlich aus der Monopolstellung (Konzessionspflicht) der Apotheken und den Riesenumschlag infolge starker Inanspruchnahme durch Kassenmitglieder. Welche Summen die Apotheken einnehmen, mögen die Angaben von zwei Kassen illustrieren. Die Krupp'schen Krankenkassen zahlten pro 1898 an Arzneikosten (ohne Familienarzt-Kasse) 81 181,96 M., 1899 dagegen 94 843,33 M. Bei der Knappschaftskasse (Allgemeiner Knappschaftsverein zu Bochum) betrug die Ausgabe für Arzneien pro 1897 572 183 M., pro 1899 613 189,25 M. und pro 1899 777 335,38 M.

Wie im Jahresbericht des Kassenvorstands hervorgehoben wird, ist die Steigerung der Arzneikosten vorwiegend durch die seit dem 1. Januar 1899 in Kraft getretene Arzneitaxe sowie durch die Herabsetzung des den Kassen gewährten Rabatts auf den einheitlichen Satz von 10 Proz. zurückzuführen. Die Preissteigerung hatte folgende Wirkung. Die Kosten einer Verordnung stellten sich durchschnittlich auf 0,93 M. im Jahre 1897, auf 0,97 M. in 1898 und stiegen auf 1,13 M. in 1899.

Diese wenigen Zahlen lassen erkennen, in welcher Weise die Kassen durch das Vorgehen der Apotheken belastet werden. Der Widerstand, den einzelne Kassen dieser Ausraubung entgegensetzen, ist daher vollauf berechtigt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Vom Cäsarenfeste.

Homburg v. d. Höhe, 11. Oktober. In den Grundstein des Museums der Saalburg wurde eine Urkunde eingelegt, die nach dem Wolffschen Telegraphen-Bureau folgendermaßen schließt:

Das Bauwerk wird auf Kosten des Königreichs Preußen genau an der Stelle des römischen Prätoriums mit sorgfältigster Beobachtung der Maße der auf **Uns** gekommenen Ueberreste errichtet. Möge das Limes-Museum ein vollständiges Bild römischen Lebens und römischer Kultur am Grenzwall geben und damit zugleich einen lehrreichen Einblick in die ältere deutsche Geschichte gewähren! Möge die Römerveste auf der Höhe des Taunus so getreulich wie möglich in römischer Bauweise errichtet werden als ein Denkmal vergangener Herrschermächte und folgenreicher Kulturentwicklung in den Beschauern das Verständnis vom Wesen früherer Zeiten beleben, den historischen Sinn wachhalten und zu weiterem Forschen anregen. Das walte Gott! Gegeben auf dem Römerkastell Saalburg im 13. Jahre Meiner Regierung, am 11. Oktober des Jahrs 1900 nach Christi Geburt. Wilhelm I. R."

China.

New York, 11. Oktober. (Telegramm des „Reuterschen Bureaus".) Eine Depesche aus Tientsin vom 9. Oktober besagt: Generalfeldmarschall Graf v. Waldersee hat angeordnet, daß die Expedition nach Paotingfu am 11. Oktober abzumarschieren hat. Fünftausend Deutsche, Franzosen, Engländer und Italiener verlassen Tientsin unter dem Befehl des Generals Bailloud und vereinigen sich in der Nähe von Paotingfu mit einer gleich starken Kolonne, welche unter dem Kommando des Generals Gaselee von Peking aufgebrochen ist. Vier französische Bataillone, welche am 4. Oktober unabhängig von dieser großen Expedition von Jangstun aufgebrochen waren, sind angehalten worden, sie warten auf die Haupttruppe. Amerikaner, Russen und Japaner nehmen an der Expedition nicht teil. Trotz aller Versicherungen der Chinesen vom Gegenteil rechnen die Befehlshaber der Verbündeten mit Widerstand.

Die Wahlen in England.

London, 11. Oktober. (W. T. B.) Bisher sind 370 Ministerielle und 143 Liberale (unter diesen Sir Ch. Dilke) und 79 irische Nationalisten gewählt. Der Gewinn der Ministeriellen beträgt 29 und der der Opposition ebenfalls 29 Sitze.

Pest erloschen.

Glasgow, 11. Oktober. (W. T. B.) Nach dem heutigen amtlichen Bericht ist der Pest nunmehr wirksam Einhalt gethan. Die letzten noch unter Beobachtung stehenden sechs Personen sind heute entlassen worden. Die Isolierhäuser werden geschlossen werden. Den noch im Hospital befindlichen zwanzig Patienten geht es gut. Seit dem letzten zur amtlichen Kenntnis gelangten Pestfall sind drei Wochen verstrichen.

Wien, 11. Oktober. (W. H.) Hier ist ein vollständiger Wettersturz eingetreten. Ein orkanartiger, eiskalter Sturm richtete im Stadtgebiet vielfachen Schaden an. Durch Einsturz von Gerüst- und Kanalbauten sind mehrere Arbeiter schwer verletzt. In den Straßen wurden mehrere Wagen umgestürzt, deren Insassen schwer verwundet wurden. Der Sturm dauert fort.

Baden b. Wien, 11. Oktober. (W. H.) Seit Mittag stehen die großen Waldungen des Gipfelbergs in Flammen. Da heftiger Sturm weht, sind die Waldungen im Kehrtthal bedroht.

London, 11. Oktober. (W. T. B.) Ein Telegramm des Feldmarschalls Roberts aus Pretoria besagt: General Barton war am Dienstag im Norden von Krügersdorp mit den Boeren in einen Kampf verwickelt. Die Boeren ließen mehrere Tote zurück, drei Boeren wurden gefangen genommen. Auf britischer Seite wurde ein Offizier getötet, drei Offiziere und elf Mann verwundet.

New York, 11. Oktober. (W. T. B.) In der Versammlung der ausständigen Kohlenarbeiter, welche gestern in Scranton stattfand, erklärte der Führer derselben, Mitchell, daß der Vorschlag, eine zehnprozentige Lohnerhöhung zu gewähren, den Forderungen der Arbeiter nicht genüge. Diese Erklärung wurde mit laut wiederhallendem Beifall aufgenommen.

Verantwortl. Redacteur: Heinrich Wetzker in Groß-Lichterfelde. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Versammlungen.

Ueber die Lohnbewegung der Buchbinder wurde in einer gut besuchten Versammlung am Dienstag im „Gewerkschaftshaus" verhandelt. Bytomski schilderte zunächst in kurzen Umrissen den Verlauf der Bewegung, bei der zwar nicht alles, aber immerhin eine Lohnerhöhung von 3 M. für männliche, 1 M. für weibliche Arbeiter als Mindestlohn erreicht sei. Einzelne Branchen- bezw. Teilarbeiten seien ganz erheblich aufgebessert worden. Allgemeiner Unwille herrsche über das Verhalten der Leipziger Kollegen deshalb, weil durch deren Taktik vieles verschuldet sei, was Anlaß zu baldigen neuen Lohnstreitigkeiten geben wird. Mit dem Verbandsvorsitzenden Dietrich werde man wahrscheinlich später noch abrechnen. Bis auf etwa 50 Ausständige seien alle Streikenden wieder in Thätigkeit. Auch die Streikbrecher seien bis auf wenige wieder aus den Werkstätten verschwunden. Nur in denen von Schoß u. Mübben, wie auch bei Kämmerer (über dessen Ulas wir bereits berichteten) seien noch Differenzen vorhanden. Alle Vorgänge dieser Art werden aber nur dazu beitragen, die allgemeine Aufmerksamkeit für die Bewegung rege zu halten und allen Arbeiterinnen und Arbeitern einen neuen Ansporn zu geben, an der Organisation festzuhalten und auf dem Posten zu sein. Wie bereits die Albumarbeiter werde man voraussichtlich in nächster Zeit auch die große Zahl der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Luxuspapierbranche wie auch in der Kartonfabrikation wieder zur Organisation herauholen. Eine Abrechnung über die Geldmittel könne erst in einer späteren Versammlung gegeben werden. Wenn auch, faßt Redner seine Ausführungen zusammen, nicht alle Wünsche erfüllt sind, muß auch für die Zukunft der allgemeine Mahnruf lauten: Vorwärts trotz alledem! In der Organisation durch Kampf zum Sieg! Im Verlauf der allgemeinen Besprechung, welche dem mit Beifall aufgenommenen Bericht folgte, wurden von einzelnen Rednern Vorwürfe gegen den Verbandsvorstand wie auch gegen einige Mitglieder der Berliner Lohnkommission erhoben. Ein Redner, welcher das Verhalten Dietrichs verteidigen will, wird durch andauernde Unruhe und Schlußrufe am Weitersprechen verhindert. Krause verteidigt die Lohnkommission, und schilderte gleichzeitig die Ergebnisse der Verhandlungen in Leipzig innerhalb der Tarifkommission. Da der Tarif bis zum 15. Oktober fertig gestellt sein muß, seien viele Schwierigkeiten entstanden, namentlich dadurch, daß für ganz Deutschland ein Einheitstarif zu schaffen ist, auf Grund der Leipziger und Stuttgarter Abmachungen. Diese seien aber für alle anderen Städte, insbesondere für Berlin gar nicht zutreffend, und daher auch unannehmbar. (Sehr richtig!) Er, wie Bytomski in seinem Schlußwort, verweisen noch auf den Widerstandsfonds, für den auch fernerhin eifrig gesammelt werden müsse. Bemerkt wurde noch, daß bis jetzt über 30 Strafmandate a 30 M. oder 3 Tage Haft, wegen Streikpostenstehens, auf Grund der §§ 132, 133 der allgemeinen Straßenordnung vom Dezember 1899, erfolgt sind, wogegen natürlich richterliche Entscheidung beantragt ist. Ein Kollege wurde 14 Tage in Untersuchungshaft behalten. Der Verhaftete erhielt alsdann 3 Tage Haft, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurden! — Als Revisoren für die Abrechnung wurden Brückner, Schade und Gerhardt gewählt.

Gegen die Warenhäuser hielten die Herrn Böckel und Mosch am Mittwochabend in einer gutbesuchten Versammlung gewaltige Anklagereden. Die antisemitischen Tiraden fanden in der Versammlung lebhaften Anklang. Dr. Böckel war so principienfest, daß er nur die Vernichtung der jüdischen Warenhäuser empfahl. Ob es dem Mittelstand angenehmer ist, nur vom Arier dem Ruin überantwortet zu werden?

Die Angestellten der Expedition unsres Blatts ersuchen uns um Aufnahme folgender Zuschrift: Nach dem Bericht in Nr. 237 über die Versammlung des zweiten Wahlkreises hat Genosse Ewald gelegentlich der Berichterstattung über die Thätigkeit der Preßkommission behauptet, daß in diesem Jahre eine Regelung bezw. Gleichstellung der Gehälter der Expeditionsbeamten mit denen der Buchhandlungs-Angestellten stattgefunden habe.

Wir haben demgegenüber zu bemerken, daß irgend welche Veränderungen in den Gehaltsverhältnissen der Expeditions-Angestellten im Berichtsjahr nicht eingetreten sind.

Die Groß-Lichterfelder und Lankwitzer Arbeiterschaft hat am verflossenen Mittwoch in einer imposanten Versammlung gegen die Aufnahme der Streikklausel seitens der beiden Gemeinden Protest erhoben. Der Referent Genosse Fritsche entrollte in mehr als einstündigem vortrefflichen Vortrag ein klares Bild von den arbeiterbedrückenden Bestrebungen der Scharfmacher im Baugewerbe unter besonderer Berücksichtigung der Streikklausel, und forderte am Schluß die Anwesenden in kernigen Worten auf, bei kommenden Wahlen zu den kommunalen Körperschaften alle Kräfte für den Sieg des Arbeiterkandidaten einzusetzen. Der Vorsitzende, Genosse Hopf, machte bekannt, daß die Gemeindevertretungen von Lichterfelde und Lankwitz eingeladen wurden, daß aber kein einziger Gemeindevertreter erschienen sei. In der Diskussion führte Genosse Wenzel aus, daß die Einladung an die Gemeindevertretung zu Händen des Herrn Vorsitzenden Schulz gerichtet gewesen sei. Vor Beginn der Montags-Sitzung habe eine geheime Besprechung stattgefunden zu dem Zweck, Mittel und Wege zu finden, der unangenehmen Einladung aus dem Wege gehen zu können. Es wurde dem Herrn Geheimrat Räke die Aufgabe zugewiesen, in der öffentlichen Sitzung die Herren aus der Klemme zu befreien. Dies habe der Herr Räke folgenderweise auszuführen gesucht: Die Einladung sei an die Gemeindevertretung gerichtet, die sich bis jetzt mit der Streikklausel noch nicht beschäftigt habe; sie habe also keine Veranlassung, der Einladung Folge zu leisten. Der Gemeindevorstand, der bezüglich der genannten Klausel nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt habe, könne ebenfalls nicht der Einladung folgen, weil er nicht eingeladen sei. An der Hand der gesetzlichen und ortsstatutarischen Bestimmungen über den Begriff „Gemeindevertretung" zerpflückte Genosse Wenzel mit beißendem Spott die Ablehnungs„gründe" der Herren vom Rathaus. Redner wies zum Schluß die Versammlung auf die örtlichen Grundbesitzervereine hin, die ihre reaktionären Pläne durch ihre Vertreter auf dem Rathause in die Wirklichkeit umzusetzen suchen. So habe der Lichterfelder Verein beschlossen, die Gemeindevertretung zu ersuchen, von der durch das neue Kommunal-Wahlrecht den Gemeinden eingeräumten Befugnis, das Wahlrecht zu Ungunsten der Arbeiter zu verschlechtern, Gebrauch zu machen. (Vielfaches Pfui!) Demgegenüber gebe es nur eines für die Arbeiter am Orte: eine kräftige socialdemokratische Organisation und weiter, bei der kommenden Wahl im Frühjahr Mann für Mann für den socialdemokratischen Kandidaten zu stimmen. — Genosse Labjuhn beleuchtet die Lankwitzer Verhältnisse und konstatiert, daß der dortige Gemeindevertreter Luchterhand für die Streikklausel stimmte, obwohl er die Bedeutung derselben gar nicht kannte. — Genosse Borheimer machte darauf aufmerksam, daß man die Aufnahme der Lohnklausel in die Verträge der Gemeinde verlangen möge. Nachdem noch Genosse Behrens mit der Gemeindevertretung und dem Scharfmachertum eine kräftige Abrechnung gehalten, fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die am 10. Oktober in Pagels Etablissement zahlreich versammelten Arbeiter von Groß-Lichterfelde-Lankwitz sprechen ihre Entrüstung aus über die Aufnahme der Streikklausel in den Verträgen mit den Unternehmern seitens der genannten Gemeinden. Die Versammlung erblickt in dieser arbeiterfeindlichen Maßregel eine einseitige Bevorzugung des an sich schon wirtschaftlich stärkeren Unternehmertums zum Nachteil der Arbeiter sowohl als auch der Gemeinden selbst. Die Versammlung ist von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Vertretung der Arbeiterklasse von Lichterfelde und Lankwitz in den betreffenden Gemeindekörperschaften eine unabweisbare Notwendigkeit ist und macht es allen Arbeitern zur Pflicht, bei künftigen Kommunalwahlen mit aller Kraft für die Wahl der socialdemokratischen Kandidaten einzutreten."

Schöneberg. Am Montag, den 8. Oktober, hielt der Socialdemokratische Verein im „Stubbaus" seine Generalversammlung ab. Der Kassierer gab zunächst die Abrechnung vom letzten Quartal; nach derselben betragen die Einnahmen 523,04 M., die Ausgaben 171,55 M., es bleibt somit ein Bestand von 351,49 M. — Nach dem vom Vorsitzenden gegebenen Jahresbericht beträgt die Mitgliederzahl 402 (im Vorjahre: 357). Die gesamte Jahreseinnahme beträgt 1457,80 M., die Ausgabe 1106,40 M. Versammlungen wurden 21 abgehalten, in denselben referierten elfmal Vereinsmitglieder und fünfmal andre Referenten. Sodann kam folgende vom Vorstande aufgenommene Statistik zur Verlesung. Nach den Berufen eingeteilt, zählt der Verein: Maurer 144, Arbeiter 54, Zimmerer 47, Tischler 35, Metallarbeiter 23, Buchdrucker 20, Restaurateure 18, Maler 13, Stuccateure 10, Steinarbeiter 9, Klempner 6, Töpfer 5, Sattler 4, Barbiere, Buchbinder, Cigarrenhändler, Mechaniker, Schneider je 3, Brauer, Bierfahrer, Droschkenkutscher, Fliesenleger, Hausdiener, Packer, Seiler je 2, Büchsenmacher, Cigarrenmacher, Dr. chem., Drahtweber, Drechsler, Gärtner, Goldarbeiter, Graveure, Grünkramhändler, Handlungsreisender, Heilgehilfe, Jalousiearbeiter, Kohlenhändler, Lackierer, Lithograph, Redacteur, Schornsteinfeger, Schriftgießer, Schriftsteller, Stellmacher, Uhrmacher, Vergolder, Xylograph je 1. — Das Alter der Mitglieder: bei 187 Mitgliedern 20—30 Jahre, 211: 31—40, 51: 41—50, 11: 51—60 und 3 über 60 Jahre. — Nachdem dann noch einige Vereinsangelegenheiten erledigt wurden, wurde die Versammlung geschlossen. Die nächste findet statt am 22. Oktober.

Weißensee. Dienstag, den 9. Oktober, fand im Hählingschen Lokal eine Volksversammlung statt. Genosse Gerstenberger erstattete den Bericht vom Mainzer Parteitag. Der Genosse Taubmann als Vertrauensmann gab seinen Jahresbericht. Er hatte eine Einnahme mit Bestand von 156 gleich 873,50 M., Ausgabe 728,02 M., Bestand 145,48 M. An den Kreis wurden 345 M. abgeführt. Auf Antrag der Revisoren wird dem Vertrauensmann Decharge erteilt. Genosse Reske von der Lokalkommission erstattete ebenfalls Bericht, und brachte in Erinnerung, daß die Konkordia, Vereinshaus Charlottenburgerstraße, gesperrt ist und die Genossen dieses Lokal zu meiden haben. Auf Antrag werden die Neuwahlen von Vertrauensmann, Revisoren und Lokalkommission nicht mehr in einer Volksversammlung erfolgen, sondern in der am 23. Oktober bei Sengbeil, König-Chaussee, stattfindenden Vereinsversammlung vorgenommen. Zu Delegierten zur Kreiskonferenz wurden die Genossen Pendert, Stahlberg und Huhn gewählt. Der Vertrauensmann giebt bekannt, daß unsre vier Gemeindevertreter beim Gemeindevorsteher um Einberufung einer außerordentlichen Gemeindevertreter-Sitzung wegen der Wohnungsfrage eingekommen sind, doch bis dato keinen Bescheid erhalten haben. Am 16. Oktober findet eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung im „Prälaten" statt mit der Tagesordnung: „Freie und christliche Gewerkschaften".

Friedrichshagen. Am Sonnabend, den 13. d. M. fand im Conradschen Lokal hierselbst eine Parteiversammlung statt, in welcher Genosse Gebauer über den Mainzer Parteitag Bericht erstattete. Nach kurzer Diskussion, in welcher die Uebereinstimmung der Versammlung mit dem Delegierten in Bezug auf seine Stellungnahme zu den einzelnen Verhandlungsgegenständen konstatiert wurde, legte Genosse Grau Rechenschaft ab über seine Thätigkeit als Vertrauensmann. Leider, so führte derselbe u. a. aus, habe die Parteibewegung am hiesigen Ort während des letzten Jahrs nicht die Fortschritte gemacht, die man zu erwarten berechtigt war. Der Besuch der Versammlungen sei ein sehr schwacher, die Arbeitslust und der Opfermut der Parteigenossen gering gewesen. Demgemäß sei auch der pekuniäre Erfolg nicht der gewünschte. Die Einnahme im Berichtsjahre betrug 393,60 M., die Ausgabe 338,30 M., es verbleibt somit ein Bestand von 55,30 M. Genosse Grau lehnt eine Wiederwahl ab, da er das Amt bereits drei Jahre ausgeübt habe, und spricht die Hoffnung aus, daß es dem neu zu wählenden Vertrauensmann gelingen möge, wieder bessere Verhältnisse zu schaffen und die Parteigenossen zur Erfüllung ihrer Pflicht der Partei gegenüber heranzuziehen. Der darauf folgende Bericht der Lokalkommission lautet günstiger. Im ganzen Bezirk Friedrichshagen seien nur drei oder vier Lokale gesperrt, alle übrigen sind frei. — Die hierauf vorgenommenen Wahlen ergaben folgendes Resultat: Vertrauensmann: Sonnenburg; Revisoren: Holzhütter, Barth, Kramm; Lokalkommission: Mertens, Jäckel, Hübner. Zur Kreiskonferenz wurden delegiert: Grau, Stephan, Kramm. Ein von Heyfelder gestellter Antrag, eine Kommission zu wählen, welche die Frage der Einrichtung einer Parteispedition für den hiesigen Ort zu prüfen hat, wurde nach längerer Debatte angenommen und in diese Kommission die Genossen Paatz, Heyfelder, Kramm, Giersch und Krüger gewählt.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser altes Mitglied, der Restaurateur

Hermann Krawczack

Müllerstraße 159, nach kurzer, aber schwerer Krankheit am 10. Oktober verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. Oktober, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofs in Friedrichsfelde aus statt.

Wir verlieren in ihm einen tüchtigen und thätigen Parteigenossen und erwarten zahlreiche Beteiligung.

248.14 **Der Vorstand.**

Verein socialdemokrat. Gast- und Schankwirte Berlins und Umgegend.

Am 10. d. M. verschied unser Mitglied, Kollege 69/17

Herm. Krawczack.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. d. M., von der Leichenhalle d. Central-Friedhofs in Friedrichsfelde aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.
J. A.: **E. Köpnick.**

Danksagung. [4538

Für die mir zu teil gewordene Teilnahme und großen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unsrer guten Mutter

Klara Lucke geb. **Giendt**

sagen wir allen Kollegen nebst Frauen sowie Freunden und Bekannten unsren innigsten und tiefgefühltesten Dank; war es doch ein Trost in unsrem Schmerz. Achtungsvoll

Fritz Lucke nebst Kindern.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Dachdecker Deutschl.
„Einigkeit" (Filiale Berlin).
Sonntag, den 14. Oktober,
vormittags 11 Uhr,
bei **Feind,** Weinstraße Nr. 11:

Versammlung.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1900.
2. Wahl des Ortsvorstands.
3. Verschiedenes u. Kassenangelegenheiten. 54/12

Der Vorstand.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 19.

Soeben ist erschienen:

Mainzer Parteitags-Protokoll

Mit einem Anhang:

Bericht über die Mainzer Frauenkonferenz.

264 Seiten. — Preis **50** Pfg., geb. **75** Pfg. — Porto **20** Pfg.

Neben den Berichten und Debatten über die Thätigkeit des Partei-Vorstandes und der Reichstagsfraktion geben dem Mainzer Protokoll die Berathung der neuen Parteiorganisation, der Landtagswahlfrage, der Stellung der Partei zur Handels- und Verkehrspolitik und zur brennenden Frage der Weltpolitik eine besondere Bedeutung. Das Protokoll der Frauenkonferenz ist eine werthvolle Bereicherung; ein ausführliches Sachregister und eine genaue Zusammenstellung über das Schicksal jedes einzelnen Antrages zum Parteitag ermöglichen sofortiges Auffinden jedes einzelnen Punktes der zahlreichen Verhandlungsgegenstände.

Soeben beginnt der 19. Jahrgang der

Neuen Zeit

Revue des geistigen und öffentlichen Lebens

Unter ständiger Mitarbeiterschaft
von
A. Bebel, P. Lafargue, Fr. Mehring, F. A. Sorge
redigirt von

Karl Kautsky

Die angesehene Stellung, welche sich die „Neue Zeit" bei Anhängern und Gegnern der Sozialdemokratie erworben hat, verdankt die Zeitschrift ihrer Eigenschaft als Organ des wissenschaftlichen Sozialismus, nicht minder aber auch der einer politischen Revue ersten Ranges. Die Ereignisse des Tages, die von weiter reichender Bedeutung sind, werden, namentlich soweit sie auf die Arbeiterbewegung und den Sozialismus Bezug haben, eingehender besprochen, als es in der Tagespresse möglich ist, während gleichzeitig die wichtigsten Erscheinungen auf dem Gebiete der Literatur und Kunst, der Naturwissenschaften und der Technik angemessene Berücksichtigung finden.

Die „Neue Zeit" darf als unentbehrliche Zeitschrift für alle diejenigen bezeichnet werden, welche ein mehr als flüchtiges Interesse für die große Tagesfrage der sozialen Entwicklung haben.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteure zum Preise von M. 3.25 pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennige.

Hochachtungsvoll

J. H. W. Dietz Nachf., Stuttgart.

Würzburger Hühneraugenmittel

von **Dr. H. Unger.** — Gegen **30 Pfennig** auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die **bequemste u. wirksamste Hilfe.** Der Schmerz ist in **5 Min.** fort. Das Hühnerauge selbst in **3 Tagen.** (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt.) **Dr. H. Unger** in **Würzburg.**

Hauptdepôt in **Berlin** (20 Pf.) **Salomon-Apotheke,** Charlottenstraße. **München:** Schützen-Apotheke. **Stuttgart:** Hirsch-Apotheke. **Breslau:** Victoria-Apotheke. [5430

Achtung! Achtung!

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis
(OSTEN.)

Am Sonntag, den 14. Oktober 1900, in Louis Kellers Festsälen
Koppen-Strasse No. 29:

4. Stiftungs-Fest

bestehend in

Vokal- und Instrumental-Konzert,

Auftreten der Gesellschaft „Strzelewicz"
und Mitgliedern des Arbeiter-Turnvereins „Fichte".

Anfang 4 Uhr. Von 6 Uhr an TANZ.

Bilder vom Socialistenkongress

in Paris

bringt die neuste, soeben erschienene Nummer d. **„Berliner Illustrierten Zeitung".** Einzelnummern sind in allen Buchhandlungen, Trinkhallen und der Haupt-Expedition, Charlottenstr. 9, für **10 Pf.** käuflich.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin".

Sonntag 6 Uhr:
Schlesische Brücke nach
Storkow.
Mittags 1 Uhr daselbst:
Karolinenhof.

Donnerstag, 18.: **Versammlung** Kolbergerstr. 23. Gäste willkommen.

Konkursmassen-Verkauf.

Die zur **Pianofortefabrikant Wilh. Schönlein**schen Konkursmasse gehörigen **Waren, Materialien, Utensilien u. Werkzeuge** sollen bei annehmbarem Gebote im ganzen gegen Barzahlung verkauft werden. Die Besichtigung kann am **Montag u. Dienstag, den 15. und 16. Oktober cr., je vorm. 9—12 Uhr, Prinzenstr. 34,** woselbst Verzeichnis und Verkaufsbedingungen ausliegen, erfolgen. Schriftliche Kaufgebote sind in geschlossenen Couverts nebst den baren Bietungskautionen von je 500 M. bis **Mittwoch, den 17. Oktober, nachm. 5 Uhr,** in meinem Bureau, **Linienstr. 131,** abzugeben.

Berlin, den 11. Oktober 1900.

Wilhelm Rosenbach, Verwalter der Masse.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 12. Oktober.

Opernhaus. Carmen. Anf. 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Der wilde Reutlingen. Anfang 7½ Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Die Fledermaus. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Faust. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Morituri. (Teja. Fritzchen. Das Ewig-Männliche.) Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Der Pfarrer von Kirchfeld. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Die Dame von Maxim. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Die Butterseite. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Hoffmanns Erzählungen. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Die goldne Eva. Anfang 8 Uhr.
Secessionsbühne. Der Bildschnitzer. Daheim. Der Bär. Anfang 7½ Uhr.
Central. Der griechische Sklave. Anfang 7½ Uhr.
Thalia. Der Liebesschlüssel. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Die guten Freunde. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Tugendring. Anfang 7½ Uhr.
Carl Weiß. Müller und Schulze auf der Pariser Weltausstellung. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Der Prozeßhansl. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Specialitätenvorstellung. Der Mandarin von Tsing-ling-ting. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Venus auf Erden. Anfang 7½ Uhr.
Palast. Specialitäten-Vorstellung. Der olle Muckebold. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Eine Wanderung durch die Weltausstellung in Paris. Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstr. 48/49. Abends 8 Uhr (im Theatersaal): Auf den Wogen des Oceans.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Die goldne Eva.
Lustspiel in 3 Akten von Franz von Schönthan und Franz Koppel-Ellfeld.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Wilhelm Tell.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Ehre.

Central-Theater
Heute und täglich. Anf. 7½ Uhr:
Der griechische Sklave.
(A Greek Slave.)
Ausstattungs-Operette in 3 Akten von Sidney Jones.
Mitwirkende: Mia Werber, Gerda Walde.
Morgen und folgende Tage: **Der griechische Sklave.**
Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, zu halben Preisen: Kinder-Vorstellung. **Die Puppe.** Alesia: Mia Werber.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr, zu halben Preisen: **Die Geisha.**

Thalia-Theater
Heute und folgende Tage:
Der Liebesschlüssel.
Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz.
Im 1. Akt: **Musikalisch-automatisches Potpourri** (glänzend. Finale).
Hauptdarsteller: Thomas, Thielscher, Helmerding, Junkermann, Paulmüller und die Damen Milton, Schäffer, Wanovius, Junker-Schatz.
Anfang 7½ Uhr.

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Seit **Charleys Tante** hat in Berlin kein Stück solche Lachsalven hervorgerufen, wie
Müller und Schulze auf der Pariser Weltausstellung.
Ausstattungsposse m. Ges. in 5 Bildern.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonnabend, nachm. 4 Uhr: Kleine Preise. **Hänsel und Gretel.** Ein neues Kindermärchen mit Gesang in 5 Akten von W. Lang.

Metropol-Theater.
Des 9 Uhr-Ladenschlusses wegen Beginn der Operette 9,15 Uhr.
Der größte Operetten-Erfolg dieser Saison.
Eduard Steinberger a. G.
Der Mandarin von Tsing-ling-ting
sowie das neue phänomenale
Oktober-Special.-Progr.
Jane Pierny.
Bonhair-Truppe.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

URANIA
Taubenstr. 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
Auf den Wogen des Oceans.
Invalidenstr. 57/62.
Eine Wanderung durch die Weltausstellung in Paris.
Tägl. **Sternwarte.**
Nachmittags 5—10 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM
Die neuen **lebenden Photographien.**
Graf Waldersee.
Kampf mit chinesischen Boxern.
Konzert
der russischen National-kapelle aus Kiew,
Kapellmeister Semaschko.
Illusionen — Kasperl-Theater — Irrgarten — Schreckenskammer.

Passage-Panopticum.
Letzte Woche:
Marokkaner-Truppe.
Vorstellung **stündlich.**
Passage-Theater:
Vorstellung von 7—10½ Uhr.

Apollo-Theater.
Letzte Woche!
Venus auf Erden.
Adele Moraw
und die
vorzüglichen Oktober-Specialitäten.
Voranzeige! Montag, 15. Okt.:
Fräulein Loreley.
Operette von Bolten-Bäckers. Musik von Paul Lincke.

W. Noacks Theater.
Brunnenstraße 16.
Heute, Freitag, den 12. Oktober:
Der Bureaukrat.
Schwank in 4 Akten von G. v. Moser.
Morgen Sonnabend:
Keine Vorstellung.

Cirkus Alb. Schumann.
Heute, Freitag, den 12. Oktober, abends präc. 7½ Uhr:
Große außerordentl. Vorstellung.
7. Gastspiel der königl. Liliputanischen Hofkünstlertruppe
Les Colibris.
Ein Blick in die Märchenwelt. Die 9 kleinsten Menschen der Welt mit ihren prachtvollen Gala-Equipagen und 6 Liliput-Pferden.
Zum Schluß: Zum 21. Male:
Der Schlager der Saison.
CHINA.
Großes Wasserschaustück.
Die Unsren in Kiautschou.
Der Aufstand der Boxer-Krieg.
Die Verbündeten vor Taku-Peking.
Vorführung der neuesten Ereignisse in China durch den Kinematographen.
Sonntag 2 gr. Vorstellungen, nachmittags 3½ Uhr und abends 7½ Uhr. In beiden Vorstellungen: **Les 9 Colibris.** Nachm. 1 Kind frei.

Cirkus Busch.
Freitag, den 12. Oktober cr., abends 7½ Uhr:
Humoristischer Gala-Abend.
Anfang der Pantomime 10 Uhr.
Berliner Landpartien
Ulk über Ulk. Tolle Streiche zu Wasser und zu Lande in 2 Akten. Besonders hervorzuheben: **Das Kentern eines mit Musikanten besetzten Boots.** Gebr. Beldeman als: „Komponist Rubinstein". Adolpho und Dandi mit ihrer komischen Bulldogge. Gr. Charivari von 100 Klowns, männliche und weibliche. Außerdem:
Sensationell! — Noch nie dagewesen!
Frères Frédiani,
Akrobaten zu Pferde.
Herr **Oskar Renz,** Schulreiter.

Sanssouci
Kottbuserstrasse.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Nordd. Sänger.
Anfang Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pf. Von 5—7: **Unterhaltungs-Musik.**
Wochentags 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach jeder Soiree:
Tanzkränzchen.
Wochentags Tanz frei. Vereins- und Vorzugsbillets wochentags gültig. Säle zu Festlicht. u. Versammlungen.

Die Kunst dem Volke!

Neue freie Volksbühne.
Sonntag, den 14. Oktober, nachmittags 2½ Uhr,
im **Thalia-Theater,** Dresdenerstr. 72:
Ordentliche Vereins-Vorstellung.
Zur Aufführung gelangt:
Uriel Acosta
Trauerspiel in 5 Akten von Gutzkow.

Sonntag, den 21. Oktober, in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29:
Jubiläums-Feier
aus Anlass des [150/19
zehnjährigen Bestehens der Volksbühnenbewegung
unter Mitwirkung des
Streich-Quartetts vom Berliner Sinfonie-Orchester. — Frl. **Helene Herrmann** (Gesang). — Organist **Paul Schmidt** (Mustel-Harmonium; ein neues orchesterartig wirkend., bedeutsam. Instrument). — **Aug. Ludwig** (Klavier). — Schriftsteller **Wolfg. Kirchbach** u. Dir. **Max Martersteig** (Recitatoren).
Anfang 6 Uhr. Anfang 6 Uhr.
Programme sind an der Kasse unentgeltlich zu haben.
Nach dem Konzert: **TANZ.**
— (Tanz-Musik: Berliner Sinfonie-Orchester. —
Karten für Mitglieder a 30 Pf., für Gäste a 50 Pf. sind in nachstehenden Zahlstellen zu haben:
NORDEN: Fritz Schrader, Stralsunderstr. 63. E. Dieke, Ackerstr. 123. Krech, Chausseestr. 64. Knapp, Grüntalerstr. 5. Schmidt, Treskowstrasse 22. Löhr, Ackerstr. 38 II. NORD-OST: Schrelle, Landwehrstrasse 3. Neft, Georgenkirchstr. 47. NORD-WEST: Becker, Gotzkowskystr. 9. Pflaumbaum, Rostockerstr. 28. SÜD-WEST: Werling, Bärwaldstr. 44. Landgraf, Neuenburgerstr. 15. Pech, Möckernstr. 120. SÜDEN: H. Bohsien, Kommandantenstr. 62. Pötsch, Dresdenerstr. 77. SÜD-OST: Stampehl, Mariannenstr. 26. Köhn, Naunynstr. 83. Kaufhold, Wrangelstr. 52. Hammer, Mariannen-Ufer 2. OSTEN: Tabert, Markusstr. 14. Gens, Rüdersdorferstr. 18. Hirsch, Tilsiterstr. 79, Quergeb. CENTRUM: Rieger, Gontardstr. 1. JOHANNISTHAL: Krause, Parkstr. 3. STEGLITZ: Dureck, Schlossstr. 73. SCHÖNEBERG: Arendt, Cheruskerstrasse 2. CHARLOTTENBURG: Euler, Schlüterstr. 71a. FRIEDENAU: Danz, Kirchstr. 15, Stfl. III.

Dienstag, 30. Oktober, abds. 8½ Uhr, im Engl. Garten, Alexanderstr. 27c:
Ordentl. General-Versammlung.
Wir bitten die Mitglieder, zu dieser Versammlung vollzählig zu erscheinen.

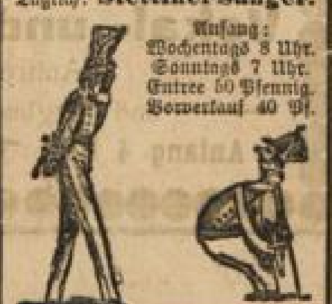
Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Sonntags 5 Uhr. Nur erstklassige **Specialitäten.** Direktion: **J. M. Hütt.**
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Palast-Theater
früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Das Sensations-Oktober-Progr.
8½ Uhr. Neu! 8½ Uhr.
Der olle Muckebold.
Schwank in 1 Akt von G. v. Moser.
Emanuel Muck, Rentier:
Direktor **Richard Winkler.**
Im Reiche des Satans. Große Original-Pant. der Balcanos-Truppe.
Duo Mercédas, Excentriks-Duett, einzig dastehend.
Außerdem: **15 Attraktions-Nummern.**
Anfang: Wochent. 7½, Sonnt. 7 Uhr.
Entree: 50 Pf.

Bilanz.
Eingezahlte Anteile . . 240,00 Mk.
Entstandene Unkosten . 59,21 „
38/18] Bestand 180,79 Mk.
Deutsche Möbelfabrik Berlin
(E. G. m. b. H.) ist in Liqu. getreten. Etwaige Gläubiger wollen sich melden.

Billiger Kartoffel-Verkauf.
Werte Genossen!
Wegen großer Abschlüsse bin in der Lage, Ihnen Kartoffeln für 2,20 M. zu verkaufen. Verkaufe nur ¼ und ½ Centner. Bei Bestellung von 1 Centner liefere ich frei Haus Centner 2,30 M. 5709B*
Massante, Quitzowstr. 69/71.

Reichshallen.
Täglich: **Stettiner Sänger.**
Anfang:
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pfennig.
Vorverkauf 40 Pf.



Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke.
Täglich
4 ausländische Kapellen 4
Gr. Theater-Vorstellung.

Ein guter Gedanke.
Cognac, Rum, Branntweine und sämmtliche Liqueure von [illegible] lichem Aroma und herrlichem Geschmack von Jedermann höchst einfach und leicht selbst zu bereiten. Allein echte **Combinirte Original-Reichel-Essenzen** (ges. gesch.), garantirt reine Naturproducte, absolut nicht trübend, vollkommen gebrauchsfertig zur sofortigen Herstellung von 60 Sorten, wie: **Ingber, Boonekamp, Stonsdorfer, Rosen, Vanille, Cacao, Chartreuse, Pfeffermünz, Benedictiner, Halb und Halb, Cherry-Brandy, Curaçao** u. u.

Mißlingen unmöglich. Jeder Versuch ein Meisterstück. Von feinsten Fabrikaten nicht übertroffen. Ganz enorme Ersparniß. Reell und billig.

Recept nach der Methode der Charente: 1 Originalfl. Reichels Echte Cognac-Essenz fine Champ. (Fleurs de Cognac) für 75 Pf., 1¾ Ltr. Weingeist u. 1¼ Ltr. Wasser vermischt giebt 2¾ Ltr. Cognac.

Man macht sich vorher keinen Begriff!!! — Man prüfe selbst! — Der Erfolg entscheidet. In Tausenden Familien ständig im Gebrauch.

Jede Originalfl. 40, 50, 60, 75 Pf. ic. mit Gebrauchsvorschr. giebt bis 2¾ Liter Liqueur! **Elite-Collection:** 7 Originalflaschen sortirt **franco Deutschland Mk. 4,50.** — **Versand** gegen Voreinsendung oder Nachnahme. — Jede einzelne Sorte. — Tausende ehrenvolle Anerkennungen. Prospect mit werthvollen Recepten kostenfrei Zusendung auch einzelner Flaschen **frei Haus** durch **meine Gespanne.**
Einzig echt und nur allein: **Otto Reichel, Berlin, Eisenbahnstr. 4.**
Grösste Fabrik Deutschlands im Verkehr mit Consumenten.
Warnung vor nicht echten Fabrikaten unter **täuschend** ähnlichen **Namen!**

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Heute, Freitag, abends 8½ Uhr, im „**Gewerkschaftshaus**", Engel-Ufer 15:
Sitzung der Orts-Verwaltung mit den Bezirks-Leitungen und Agitations-Kommissionen.

Sonntag, den 14. Oktober, vorm. 10 Uhr:
Große Versammlung der Schleifer
im „Gewerkschaftshaus", Engel-Ufer 15, 1 Tr.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Metzner** über: „**Die Weltpolitik und ihre Bedeutung für die Arbeiter**".
2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Montag, den 15. Oktober, abends 8½ Uhr:
Versammlung für den Norden
im Lokal des Herrn Hensel, Invalidenstr. 1a:
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **E. Warnst** über: „**Die socialpolitische Gesetzgebung**".
2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
118/14] **Die Ortsverwaltung.**

Oeffentliche Versammlung aller im Handelsgewerbe Angestellten
am Freitag, den 12. d. M., abends 8½ Uhr, in den „Arminhallen", Kommandantenstrasse 20.
Tagesordnung: 1. Die Konkurrenzklausel und die Warenhäuser. Vortrag des Rechtsanwalts Victor Fränkl. 2. Freie Aussprache.
Alle Handelsangestellten sind zu dieser Versammlung eingeladen.
Der Einberufer: W. Friedländer.

Tischler-Verein zu Berlin.
Sonnabend, den 13. Oktober, abends 8½ Uhr, Melchiorstr. 15:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht vom dritten Vierteljahr 1900. 2. Vereinsangelegenheiten. 199/9
Ausgabe der Billets zum Stiftungsfest sowie zum Besuch der Urania am 4. November, mittags 1 Uhr.
Die **nächste Versammlung** findet am **3. November** statt. Zur Generalversammlung ohne Mitgliedsbuch kein Einlaß.
Regen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Achtung! Achtung!
Droschkenkutscher.
Freitag, den 12. Oktober, abends 9 Uhr
Oeffentliche Versammlung
im „Klubhaus" zu Schöneberg, Hauptstr. 5/6.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Das Innungswesen". Referent Genosse **Sassenbach.**
2. Diskussion. 446b
Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Besonders sind die Kollegen aus der Gegend des Kreuzbergs zu derselben eingeladen. **Das Agitationskomitee.**

Stuhlarbeiter, Weber, Tuchmacher, Raschmacher etc.
Allgemeine Versammlung
Sonnabend, den 13. Oktober 1900, abends 8 Uhr,
bei **Langhans,** Lichtenbergerstr. 21.
Tages-Ordnung:
Berichterstattung über die am 8. d. M. gepflogene Verhandlung mit den Fabrikanten vor dem Berliner Gewerbegericht über unsre Lohnforderung.
197/18 **Die Kommission.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute, Freitag, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15: [107b
Sitzung der Ortsverwaltung u. d. Werkstattkontrollkommission.
Bezirk Moabit:
Sonntag, den 14. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn Schüssler, Stromstr. 28
Bezirks-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Klingner. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 108/11
Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Samariter-Kursus
für Arbeiter und Arbeiterinnen.
Winter-Kursus 1900—1901.
Wir machen hiermit darauf aufmerksam, daß der Kursus in der Centrale, Dresdenerstr. 45, heute abend beginnt. Vortrag über den „**Zweck und die Ziele des Kursus und über Anatomie** (Bau des menschlichen Körpers).
Der Vortrag beginnt pünktlich 9 Uhr. Das Einschreibegeld beträgt 25 Pf., der monatliche Beitrag ebenfalls 25 Pf. In der Filiale beginnt der Kursus am Montag, den 15. Oktober. Dieselbe befindet sich Brunnenstr. 150.
Voranzeige: Am **Sonntag, den 28. Oktober,** findet im „**Gewerkschaftshaus**", Saal I, abends 8 Uhr, ein Vortrag über: „**Pocken und Impfung**" statt. 155/11
Nachher gemütliches Beisammensein und Tanz.
E. Stein, Vorsitzender, Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 40.
G. Hellmuth, Kassierer, Berlin O., Langestr. 22.

Verein z. Wahrung d. Interessen d. Maurer
Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 14. Oktober, vorm. 10 Uhr, in Quargs Grand Hotel, Alexanderplatz 46/48:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Stadtv. Genossen Dr. **Curt Freudenberg** über: „**Die bevorstehende Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes**".
2. Diskussion. 3. Abrechnung des Kassierers vom 3. Quartal 1900.
4. Wahl einer Statutenberatungs-Kommission.
5. Wichtige Vereinsangelegenheiten.
Kollegen! Erscheint alle Mann für Mann, da wir wichtige Angelegenheiten zu regeln haben. [129/20
Der Vorstand. J. A.: **Julius Gehl.**

THIÉRY & SIGRAND

179 FRIEDRICHSTRASSE BERLIN TAUBENSTRASSE 37

HERREN- UND KNABEN-GARDEROBE

ERÖFFNUNG

HEUTE 6 UHR ABENDS

UM BESICHTIGUNG WIRD GEBETEN * DER VERKAUF BEGINNT SONNABEND

Ziehung bestimmt 20. bis 26. Oktober.

Grosse Meissner Geld-Lotterie

Lose a 3 Mark (Porto u. Liste 30 Pf. extra)
bei Neubauer & Co., Berlin W.,
Friedrichstr. 198-199, Ecke Krausenstrasse
bei Alex. Hessel, General-Debiteur,
Dresden, Weissegasse 1,
oder in allen durch Plakate kenntlichen Loshandlungen.

Hauptgewinn im glücklichsten Fall **100,000 Mark**

1 Prämie 60000, Haupt-Gewinne 40000, 20000, 10000. 2 à 5000, 10 à 3000 Mark etc.

13160 Geld-Gewinne u. 1 Prämie, zus. **375,000 Mark baar Geld.**

Prima harte [5615L*
Schlackwurst a Pfd. 110 Pf.
Speck, mager, hiesige Schlachtung bei 5 Pfd. a Pfd. 65 Pf.
Speck, fett, bei 5 Pfd. a Pfd. 60 „
Landschinken, echt ostpr. in ganz. u. halb. a Pfd. 90 Pf.
J. Striepling, Köpnickerstraße 163.
2. Geschäft: Invalidenstr. 147.

Zahn-Klinik Vr. beliebige Teilzhlg.
Frau Olga Jacobson, Dent.
85/14*] Invalidenstr. 145.

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie
Theilzahlung wöchentl. 1 Mk.
Vollkommen schmerzloses **Zahnziehen 1 Mk.**
Sprechstunden von 9–7 Uhr.
Plomben 1.50 Mk.
Reparaturen in 2 Stunden.
Umarbeitung schlecht sitz. Gebisse
Zahnarzt Wolf. Leipziger Str. 130.

Vereine!
Saal, 150 Personen fassend, einige Sonnabende sowie Sonntage frei. Kegelbahn für Klubs einige Tage zu vergeben. 5717L*
Adolf Neumann,
Volksgarten, Brunnenstr. 150.

Hirschfleisch 25, 40 Pf. Blatt 50.
Hasen, große Kaninchen 75.
Oderbr. Gänse 50, 55 auch ausgeschlachtet.
Gänseklein, Hühner, Enten, Tauben.
A. Ritschl, Dresdenerstr. 61.

Margarine!
Wahnschaffe & Co.
Filiale: 5488L*
Berlin C., Neue Friedrichstr. 50.
Marke: **Meierei,**
das Beste, was existiert.
Zu beziehen durch die Geschäfte.

Musikwerke,
selbstspielend, mit auswechselbaren Platten, schönste Familienunterhaltung, werden bei mir geringer Teilzahlung vergeben. 5580L*
J. Kurzberg, NO.
Landsbergerstr. 13 parterre, kein Laden.

Charlottenburg.
H. Schmerberg [5653L*
Wilmersdorfer-Strasse 127,
Uhrmacher und Goldarbeiter.
Großes Lager von **Uhren und Goldwaren** zu äußerst billigen Preisen.
Optische Artikel. Ohrlöcher werden schmerzlos gestochen

Ständiger Vorrat: 40 000 Schuhe und Stiefel!

Achtung! Jetzlaff & Cie. Achtung!

Schuhwaren-Häuser ersten Ranges.

Verkaufshäuser Jetzlaffscher Fabrikate in

Berlin C.	Berlin N.	Spandau	Elbing	Elbing
Landsbergerstrasse 66-67.	Badstrasse 57.	Breitestrasse 37.	Fischerstrasse 14 und 15.	Alter Markt 18.

Hauptniederlage:

Am Alexander-Platz. Berlin C., Landsbergerstr. 66–67, Kurzestrassen-Ecke.

Specialität:

Dauerhafte Jetzlaffsche Handarbeit-Schuhwaren und elegante Goodyear-Welt-Fabrikate.

Unsre **grosse Kundschaft** verdanken wir der anerkannt **guten Haltbarkeit** unsrer Schuhwaren und unsrer **Billigkeit!** 5706L*

Von unserm **enorm grossen Lager** offerieren wir u. A.:

Herren-Zugstiefel	pr. Paar 3,90 Mk.	Herren-Lederhausschuhe mit warmem Futter	pr. Paar 2,75 Mk.	Damen-Schnürstiefel	pr. Paar 5,90 Mk.
„ „	„ „ 4,50 Mk.	Herren-Filzhausschuhe	„ „ 0,95 Mk.	„ Knopfstiefel	„ „ 5,90 Mk.
„ „	„ „ 5,50 Mk.	Herren-Winter-Pantoffeln	„ „ 0,45 Mk.	„ Ballschuhe	„ „ 2,50 Mk.
„ Schnürstiefel	„ „ 4,50 Mk.	Damen-Zugstiefeln	„ „ 2,90 Mk.	„ Lederhausschuhe mit warmem Futter	„ „ 2,20 Mk.
„ „	„ „ 6,50 Mk.				

Damen-Filzhausschuhe	85 Pf.
„ Pantoffeln	pr. Paar 40 u. 50 Pf.
Mädchen-Pantoffeln	35 Pf.
Kinder- „	30 Pf.
Kinder-Winterschuhe	von 50 Pf. an.

Wir bitten unsre 3 grossen Schaufenster in der Landsberger- und Kurze-Strasse zu beachten.

Nur reelle und haltbare Ware!

Warenhaus A. Wertheim.

Vor der Eröffnung unsrer Neubauten Leipziger-, Voss- u. Oranienstrasse

Extra-Verkauf

zu ausserordentlich herabgesetzten Preisen **in sämtlichen Abteilungen** unsres Geschäfts.

Die Extra-Preise

sind neben den bisherigen auf den Preiszetteln bemerkt.

Alle Waren sind im Preise ermässigt.

Ausgenommen sind nur vereinzelte Artikel, deren allgemeine Preislage eine Herabsetzung nicht zulässt.

Tapisserie-Artikel, vorgezeichnet.

Tischdecken weiss, mit Hohlsaum **35** u. **45** Pf.
Nachttischdecken weiss, mit Hohlsaum **22** Pf.
Tischläufer weiss, mit Hohlsaum **80** Pf.
Tischläufer, Reinleinen, mit Hohlsaum, ca. 150 cm lang **1,75** M.
Küchenhandtuch grau, mit Hohlsaum **1,10** M.
Wäschebeutel weiss, Satin **85** Pf. u. **1,05** M.
Nachttasche mit Einsatz und Spitze **70** Pf.

Taschentuchbehälter mit Spitze **35** Pf.
Wandschoner weiss, mit Stickerei **1,15** M.
Ruhekissen mit Volant **90** Pf.
Rollkorbdecke mit Satin besetzt **75** Pf.
Markttasche, extra gross **80** Pf.
Brotbeutel, eingefasst **45** Pf.
Frühstücksbeutel, eingefasst **23** Pf.

Schürzen, Kongressstoff **35** Pf.
Messertasche für 12 Paar, mit Flanellfutter **1,35** M.
Ledertuch, vorgez. **1,60,** fertig gestickt **1,90** M.
Blumenvasen, behäkelt **60** Pf.
Nadelkissen, bestickt **13** Pf., Seide, reich garniert **1,25** M.
Angefangene Kaffeedecken mit Material, Grösse ca. × 170 cm, bisher. Preis bis 20 M., jedes Stück **8,50** M.

Strümpfe.

Damenstrümpfe reine Wolle, schwarz, gestrickt **85** Pf., gewebt, engl. lang **1,10** M.
Herrensocken gestrickt **48, 65, 95** Pf.
Herrensocken gewebt, schwarz, lederfarbig oder normalfarbig **1** M.
Kinderstrümpfe schwarz 1 × 1 gestrickt

für das Alter von ca.	1–2	2–3	3–4	4–5	5–6	6–7	7–9	9–10	10–12	12–15 Jahr.
Wolle plattiert	30	35	40	45	50	55	60	65	70	75 Pf.
Reine Wolle	55	65	75	85	95	1,05	1,15	1,25	1,35	1,45 M.

Handschuhe.

Tricot-Handschuhe für Damen, mit gemusterter Hand, halbschwere Qualität **35** Pf.
Glacé-Handschuhe für Damen, farbig, mit Druckknöpfen, **90** Pf.
Glacé-Handschuhe für Damen, mit Patentverschluss und Aufnaht **1,20** M
Ziegenleder-Handschuhe für Damen, mit drei Knöpfen, **2,20** M
Herren-Glacé-Handschuhe mit Druckknopf-Verschluss, farbig **1,30** M.

Herren-Normalhemden Vigogne, drei Grössen **1,45, 1,60, 1,75** M.
Herren-Beinkleider Vigogne, drei Grössen **1,25, 1,40, 1,55** M.
Wollene Zuavenjacken für Damen **1,45** und **2,10** M.
Ball-Echarpes Seidenstoff mit Chenille-Fransen **1,95** M.
Bunte Kaffeedecken mit geknüpften Fransen **1,10** M.

Schlafmöbel-Bazar „Baby"
I. Invalidenstr. 160, an der Brunnenstr.
II. Gr. Frankfurterstr. 115, Ecke Andreasstr.
III. Oranienstr. 31, Ecke Adalbertstr.
IV. Chausseestr. 8, Ecke Schlegelstr.

Betten Theilzahlung gestattet.
mit Matratze, Oberbett, Unterbett und 2 Kissen 22, 28, 33–80,00.
Holz od. Eisen, mit Matratze und einem complettenStand *neuer Federbetten* 25, 30, 35–150,00.
Stand v. 10–100.00

Bettfedern und Daunen
0,45–7,00 p. Pfd.
V. Friedrichstr. 15, Markthalle.
VI. Reinickendorferstr. 24, am Weddingplatz.
VII. Brunnenstr. 92, Humboldthain.
VIII. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 55.
IX. Spandau, Potsdamerstr. 29.
Theilzahlung gestattet. Bei grösseren Raten Cassapreise.
von 8,00–100,00 Lieferant des Post-Spar- und Vorschuss-Vereins.
Neu von 6,50–21,00.

Zähne 2 M. Reparaturen in 2 Stunden. **Plombieren** von 1 M. an. Schmerzloses Zahnziehen. Sprechz. 8–8, Sonntag 8–4. **R. Lange, Blumenstraße 25.** Ecke Markusstraße.

Kragen
Manschetten
Serviteurs
Oberhemden
Krawatten
Hosenträger
sehr billig.

· HERREN-HUT ·
Preiswerther Filz in mehreren Farben
mit Atlasfutter
MARKE „BLITZ"
· 1 Mk 90 ·
Baer Sohn Herren und Knaben Ausstattungen. Chausseestr. 24a/25 Brückenstr. 11.

Haarfilzhüte
Cylinderhüte
Chapeau claques
Handschuhe
Schirme
Tricotagen
sehr billig

Ehe Sie Trauringe Uhren, Goldwaren kaufen, beachten Sie bitte unsre **ermäßigten, billigsten Preise.** Welcher Betriebsheit sich die von uns gelieferten Trauringe erfreuen, beweist am besten die fortwährend steigende Produktion.
E. Wolff & Stiller,
Berlin W., Friedrichstrasse 68, Hof (im Laden). [5459]*

Große Betten 12 M. (Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) mit gereinigten neuen Federn bei **Gustav Lustig, Berlin S.,** Prinzenstraße **46.** Preisliste kostenfrei. **Viele Anerkennungsschreiben.**

Tischler-Hobelbänke (ca. 2 Meter lang), gut erhaltene, kauft **R. Saalfeld,** Friedrichstr. 16.

Niederschöneweide, Grünauerstraße 5.
Restaurant Joh. Franz (früher **Strecker**). [5662]*
Empfehle mein Weiß- und Bayrisch-Bier-Lokal.

Filzhüte für Herren
neueste Form, **1,50** und **2,00,** fehlerfrei, hochfeine Qualität 2.50 und 3.00, extra feine 3.50–4.50 im **Hut-Engros-Lager,** Prenzlauerstrasse 20, 2 Tr. Cylinderhüte, Chapeaux claque und Knabenhüte in großer Auswahl. [*

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Baustelle im Vorort, mit Hochwald, 10 Minuten vom Bahnhof, herrliche Lage, verkauft für 1200 Mark bei halber Anzahlung Joers, Zeyernd bei Bernau. 940b*

Destillation, gutgehende, billig verkäuflich Pücklerstr. 33. †9

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 287b

Gardinen Specialgeschäft, Blumenstraße 8. Anerkannt vorzügliche Einkaufsquelle für Gardinen, Stores, Rouleaux, Tüllbett- und Schwankdecken. 317R*

Betten, Steppdecken, spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6.

Remontoiruhren, goldene, Regulatoren, spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6. 38/13*

Teppiche mit Farbenfehlern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 288b

Möbelsuchende. Muschelkleiderspind 28, Trümeau, geschliffenes Glas 45, Bettstelle mit Matratze 15, Plüschgarnituren, Panel-Stoffsofa 23, Vollständige Einrichtungen besonders preiswert. Eigne Werkstätte. Hirschowitz, Mariannenstr. 7a. [358R*

Teppiche. Gardinen, spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6.

Nußbaummöbel, ganze Wirtschaft, auch einzeln, billig Gartenstraße 148, vorn 1 links. †141*

Möbelverkauf zu soliden Preisen. Auch Teilzahlung. Römer, Sebastianstraße 81. 332b

Nußbaummöbel, ganze Wirtschaft, wie neu, spottbillig verkäuflich Jessnerstraße 38, I rechts. 287R*

Möbelverkauf. Kleiderspinden, Vertikos, Tische, Spiegel, Bettstellen, Sofas, Küchenmöbel billigst Sebastianstraße 70, I. 308R*

Möbel auf Teilzahlung. Prinzenstraße 62, Teichmann. [217b

Nähmaschinen sämtlicher Systeme, auch vor- und rückwärtsnähend, ohne Anzahlung, wöchentlich eine Mark, Postkarte. Louis Landsberger, Landsbergerstraße 35, kein Laden. 941b*

Eiserne Oefen aller Systeme, Kronen, Lyren, Doppelarme, sowie sämtliche Beleuchtungs-Gegenstände, Karl Kaufmann, Müllenhoffstraße 19, am Urban. 38/6*

Steppdecken am billigsten Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre.

Winterpaletots. Joppen mit Mustaschen, Beinkleider, vorjährige, nach Maß bestellte, nicht abgehalte, verkaufe Hälfte Kostenpreis. Engel, Münzstraße 26, parterre. 85/15

Piano, bestes Fabrikat, umständehalber sehr billig, auch Teilzahlung! Buchholzerstraße 10, I links. 143b

Allerweltsfreund, magenstärkender, kräftiger Specialliqueur, große Champagnerflasche inklusive 1,25 M.; alleiniger Fabrikant Ignatz Sello, Beste, billigste Bezugsquelle für Weine und Spirituosen; alter Nordhäuser Liter 50 Pfennig 2c. Brunnenstraße 110 (neben Straßenbahndepot). Filiale: Kastanienallee 27. [348R*

Vermischte Anzeigen.

Arbeiter Gesang-Verein (neu gegründet) sucht stimmbegabte Herren als Mitglieder. Meldungen Sonnabend abends Restaurant Wigand, Bellermann-Straße 87. †91

Vivisektion! Wer sich über diese ruchloseste Grausamkeit unsrer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Bestbunds gegen Vivisektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Tierschutzverein Berlin, Königgrätzerstraße 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. [1616

Patentanwalt Dammann, Moritzplatz 57. 343R*

Rechtsbureau Fabisch, Andreasstraße 63 (Concordia). Gewissenhafter Rechtsbeistand. 935b*

Elektrotechnik. Jackson, Alte Jakobstraße 24. Neuer Abendkursus zur Ausbildung zum Elektromonteur beginnt 16. Oktober. Vorkenntnisse nicht erforderlich. Anmeldung persönlich. Den Unterricht in diesem Kursus übernimmt der Direktor der Anstalt, Herr Ingenieur Gisler persönlich. [*

Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Bülowstraße 56, 2. Hof parterre. 238Zb

Fahrräder repariert Zimmer, Andreasstraße 70. 282Zb

Vereinszimmer frei. Ladewig, Kommandantenstraße 65. 283R*

Vereinszimmer empfiehlt Lier Alte Jakobstraße 119. [288K*

Saal und Vereinzimmer empfiehlt Jannaschk, Inselstraße 10. [206R*

Großes Vereinszimmer zu vergeben. Sander, Köpnickerstraße 158. *

Vermietungen.

Zimmer.

Möbliertes freundliches Vorderzimmer, zweifenstrig, an einen Herrn als Mitbewohner sofort zu vermieten. Witwe Jacoby, Kolbergerstraße 26, vorn III.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden gut geflochten, dieselben werden abgeholt und zurückgeliefert. Gläser, Mulackstraße 27. *

Schildermaler wünscht sich sofort oder später zu verändern, eventuell Jahresstelle, selbständiger Arbeiter. Offerten „Maler", Postamt 68. [933b

Stellenangebote.

Schuhmacher auf Leder-Reise-Schuhe sucht Pinner, An der Stadtbahn 41. 368R*

Presser für Goldleisten-Belegerei verlangt Erich Probst, Köpnickerstraße 37. 424b

Tüchtigen Rahmenmacher verlangt Goldleistenfabrik, Alexandrinenstr. 25.

Ein Polsterer verlangt. Spangenberg, Neanderstraße 3. 452b

Friseurlehrling verlangt Baake, Waldemarstraße 22. †9*

Rahmenmacher auf gekröpfte Bilderrahmen. Madaistraße 15.

Rahmenkröpfer verlangt A. B. Schulze, Oranienstraße 185. †9*

Rahmenmacher verlangt Lazarus, Alexandrinenstraße 22, zweiter Hof, 2 Treppen. 450b

Bambusarbeiter verlangt Prinzenstraße 17. A. Neumann. [447b

Einpacker verlangt Max Leonhard, Goldleisten-Fabrik, Schlesischestraße 31.

Tüchtige Farbigmacher verlangt E. Joers, Skalitzerstraße 28. †9*

Kartonarbeiterinnen. geübte, verlangt Schwandt, Neue Jakobstraße 8. 449b

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Achtung! Achtung!
Bautischler! Rixdorf!
In der Tischlerei von **Projahn, Ziethenstr. 27,** haben die Kollegen wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist streng fernzuhalten. 108/10 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Achtung!
Weißensee. Holzarbeiter.
In der Möbeltischlerei von **Hausch,** vormals Witwe Heinrich, Heinersdorfer Weg 2, haben die Kollegen wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist streng fernzuhalten. 108/8 **Die Ortsverwaltung.**

Verantwortlicher Redacteur: **Heinrich Wehler** in Groß-Lichterfelde. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Samariter-Kursus für Arbeiter und Arbeiterinnen. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß in der Centrale, Dresdenerstraße 45, heute abend ein neuer Kursus beginnt. Der Vortrag beginnt Punkt 9 Uhr. Siehe heutiges Inserat.

Steglitz. Als Kandidat für die am nächsten Dienstag stattfindende Ersatzwahl zur 3. Klasse der Gemeindevertretung ist gestern vom Arbeiter-Bildungsverein der Genosse Tischler Knöfel einstimmig proklamiert worden.

Ober-Schöneweide. Sonnabend findet bei Töpfer die Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins statt. Tagesordnung: Bericht des Vorstands und Neuwahl.

Grünau. Sonnabend findet die General-Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins statt.

Lokales.

Die Existenz des Berliner Gewerbegerichts ist für die handwerksmäßigen Betriebe und die in diesen beschäftigten Arbeiter so gut wie aufgehoben. Diesen Beweis erbrachte aufs neue die am 21. September d. J. vollzogene Ersatzwahl der Beisitzer zum Gewerbegericht. Es wurden bei dieser Wahl gewählt:

a) von den Arbeitgebern: 1 Bildhauer, 1 Buchbindermeister, 2 Buchdruckereibesitzer, 1 Bürstenfabrikant, 1 Brauereibesitzer, 1 Brauereidirektor, 1 Dachdeckermeister, 1 Eisenwarenhändler, 5 Fabrikanten, 1 Fraiseredbesitzer, 2 Friseure, 1 Fleischwarenhändler, 5 Gast- und Schankwirte, 1 Goldleistenfabrikant, 1 Großdestillateur, 1 Goldarbeiter, 1 Gürtlermeister, 1 Handschuhfabrikant, 1 Hutfabrikant, 1 Hutmachermeister, 1 Ingenieur, 1 Instrumentenmacher, 1 Juwelier, 12 Kaufleute, 1 Klempnermeister, 1 Kohlenhändler, 2 Konfektionäre, 1 Konfektionsmeister, 1 Lederwarenfabrikant, 1 Lederzurichter, 2 Malermeister, 1 Maschinenfabrikant, 1 Metallgießereibesitzer, 1 Optiker und Mechaniker, 1 Schirmfabrikant, 1 Spediteur, 1 Strumpfwarenfabrikant, 1 Tapetenfabrikant, 1 Tuchmachermeister, 1 Uhrmacher, 2 Verlags-Buchhändler, 1 Wäschefabrikant, 1 Zeitungs-Spediteur und 3 Cigarrenfabrikanten.

b) von den Arbeitern: 1 Bäcker, 1 Bauanschläger, 2 Bauarbeiter, 1 Barbier, 1 Böttcher, 1 Brauerei-Hilfsarbeiter, 1 Buchbinder, 1 Buchdrucker, 1 Bügler, 2 Drechsler, 1 Droschkenkutscher, 1 Former, 1 Gürtler, 1 Hausdiener, 1 Hutmacher, 5 Kellner, 1 Kistenmacher, 1 Kohlenarbeiter, 1 Konditor, 1 Kutscher, 1 Lohgerber, 1 Mechaniker, 1 Metalldrücker, 1 Porzellandreher, 1 Putzer, 2 Rohrleger, 1 Rollkutscher, 1 Schlächter, 1 Schlosser, 7 Schneider, 1 Schriftgießer, 1 Schriftsetzer, 1 Stellmacher, 2 Stuckateure, 2 Tischler, 1 Transportarbeiter, 1 Vergolder, 2 Wäschearbeiter, 3 Weber, 1 Xylograph, 5 Cigarrenarbeiter, 2 Zimmerer und 4 Zuschneider.

Wie man sieht, ist unter den gelernten Handwerkern, besonders von den Arbeitgebern, tüchtig aufgeräumt worden. Aber auch die von den Arbeitern gewählten Handwerker sind fast sämtlich in Fabrikbetrieben beschäftigt. Die Ursachen dieser Verdrängung der Handwerker aus den Gewerbegerichten liegen in den zahlreich errichteten Zwangsinnungen und die von diesen auf Grund des § 81 b, Ziffer 4 der Gewerbe-Ordnung eingeführten Innungs-Schiedsgerichte, ferner in der Bestimmung des § 13 des Gewerbegerichts-Gesetzes, wonach Mitglieder einer Innung, für welche ein Schiedsgericht errichtet ist, sowie die bei diesen beschäftigten Arbeiter bei der Wahl der Beisitzer zum Gewerbegericht weder wählbar noch wahlberechtigt sind.

Diese, die Handwerker von den Gewerbegerichten ausschließenden Bestimmungen, und die den Innungen durch die Errichtung der von den Arbeitern mit Recht als minderwertig betrachteten Innungs-Schiedsgerichte gewährten Vorrechte sind von den socialdemokratischen Vertretern im Reichstage stets bekämpft worden, und auch in der bevorstehenden Session werden aufs neue entsprechende Anträge von unsren Abgeordneten gestellt werden.

Die Umwandlung des Sechsklassen-Systems der Berliner Gemeindeschulen in ein Siebenklassen-System hat in den Kreisen der beteiligten Eltern doch mehr Mißverständnis und Beunruhigung hervorgerufen, als nach der eingehenden und wiederholten Besprechung, die die Sache in der Presse erfahren hat, erwartet werden durfte. In den ersten Tagen nach dem Wiederbeginn des Schulunterrichts haben sich zahlreiche Eltern mit der Bitte um Auskunft und Aufklärung über die „Zurückversetzung" ihrer Kinder an die Lehrer gewendet. Sie sind dann noch einmal auch von dieser Seite darüber belehrt worden, daß es sich bei der vermeintlichen Zurückversetzung lediglich um eine Ummumerierung handelt, die darauf zurückzuführen ist, daß der früheren 1. Klasse noch eine neue Klasse mit einem etwas weitergehenden Bildungsziel angefügt worden ist, die nunmehr als „1. Klasse" gilt. Wir haben schon bei Besprechung des neuen Lehrplans, der dem Siebenklassen-System zu Grunde gelegt wird, darauf hingewiesen, daß bei der Geringfügigkeit der Aenderungen, die wenigstens in den unteren Klassen der Lehrplan aufweist, die Neuerung von den meisten Eltern überhaupt nicht bemerkt werden würde, wenn sie nicht durch die Ummumerierung stutzig gemacht würden. Würde in Berlin, wie vielfach anderwärts, nicht die oberste Klasse, sondern die unterste „die erste" genannt — was durchaus sinngemäß ist, da ja die unterste den Anfang und die Grundlage bildet — so wäre keine Ummumerierung nötig gewesen, sondern es wäre der obersten Klasse, die nach dieser Zählung „die sechste" wäre, einfach als alleroberste eine „siebente" angefügt worden. Dabei wäre auch ein andrer Uebelstand vermieden worden, der sich erst vom nächsten Ostern ab für die die Schulpflicht vollendenden Kinder bei ihrem Abgange von der Gemeindeschule bemerkbar machen wird. Zu Michaelis ist auf den Abgangszeugnissen noch die alte Klassennummer angegeben worden; von Ostern ab wird aber die neue Klassennummer angegeben werden. Es ist leider zu befürchten, daß sich dann bei manchem der Lehrherren, die auf das Abgangszeugnis ihrer künftigen Lehrlinge einigen Wert legen, dasselbe Mißverständnis wiederholt, das jetzt vielen Eltern passiert ist. Um dem vorzubeugen, dürfte es sich empfehlen, in die Abgangszeugnisse künftig eine Bemerkung einzutragen, die über die Verschiebung der Klassennummern Aufschluß giebt.

Konitz in Berlin. Der Termin gegen die „Staatsbürger-Zeitung" in betreff der Konitzer Mordangelegenheit der zum 16. d. M. anberaumt war, ist wieder aufgehoben worden, da eine Anzahl auswärtiger Zeugen vernommen werden soll. Die Verhandlung wird voraussichtlich einen großen Umfang annehmen; es sollen über hundert Zeugen geladen sein. Fast sämtliche sich beleidigt fühlende Personen treten als Nebenkläger auf und lassen sich durch hiesige Anwälte vertreten.

Am Amtsgericht I ist ein Ermittelungsverfahren gegen „Unbekannt" wegen Beamtenbestechung und Hehlerei eingeleitet worden. Vor dem Amtsgerichtsrat Schreiner finden täglich Vernehmungen solcher Personen statt, die in Konitz als Berichterstatter für Berliner und auswärtige Zeitungen thätig waren und Auskunft geben sollen, auf welche Weise und durch wen die Veröffentlichung von Abschriften aus den „Konitzer Mordakten" erfolgte, oder wer die indiskreten Gerichtsbeamten waren, die den Reportern das Material lieferten.

Behörde und Wohlthätigkeit. Das polizeiliche Verbot einer Hauskollekte gelangte in der gestrigen Versammlung des freisinnigen Bezirksvereins Alt-Berlin zur Erörterung. Der Verein pflegt seit vielen Jahren im Herbste eine Hauskollekte zu Gunsten der Weihnachtsbescherung armer Kinder zu veranstalten. So wurden im Vorjahre 2000 M. aufgebracht und zur Bescherung für etwa 250 Kinder verwendet. Die erforderliche behördliche Genehmigung zur Kollekte war bis jetzt immer anstandslos erteilt worden. Diesmal aber erklärte der Polizeipräsident die Kollekte, mit Rücksicht auf die zu Gunsten der Errichtung einer neuen Kirche im Bezirk stattfindende Sammlung, nicht vor Anfang Dezember gestatten zu können. Man will sich höheren Orts beschweren.

Die freisinnigen Herren, deren gute Absichten wir wahrlich nicht herabsetzen wollen, sollten sich übrigens erinnern, daß die Behörde gegen Socialdemokraten in Wohlthätigkeitsangelegenheiten noch ganz anders verfährt. Hat man doch in Sachsen z. B. arme Arbeiter wegen „verbotenen Kollektierens" empfindlich bestraft, weil sie im geschlossenen Raum unter guten Freunden für die Familien der Opfer des Löbtauer Zuchthausurteils ein paar Nickel zusammengesammelt hatten.

Aus den Laubenkolonien. Eine Organisation eigner Art, ein Verband der Laubenkolonisten Berlins und der Umgegend soll nach einer Lokalkorrespondenz demnächst ins Leben treten. Die Interessenten der in den verschiedenen Stadtgegenden gelegenen Laubenstädte wollen Versammlungen abhalten und Sondergruppen gründen, die als Filialen des Gesamtverbands gelten sollen. Der Verband bezweckt, die Rechte der Laubenkolonisten gegenüber den Kommunen und sonstigen Besitzern der in Frage kommenden Terrains zu vertreten, unlautere Elemente von den Laubenkolonien fernzuhalten, für größere Sicherheit in den Laubenstädten zu sorgen und einen Fonds zur Förderung gemeinsamer Interessen zu schaffen. Gleichzeitig soll auch eine besondere Zeitung als Specialorgan der Laubenkolonisten unter dem Titel „Der Ackerbürger" erscheinen.

Von den neuen Gemeindeschulhäusern, die am Dienstag — dem Tage des Schulanfangs — noch nicht fertig waren, sind inzwischen zwei in Benutzung genommen worden. In der Dunckerstraße hat der Unterricht Mittwoch begonnen, obwohl die Handwerker das Haus noch immer nicht völlig verlassen hatten. Das neue Schulhaus in der Grenzstraße war auch Mittwoch noch nicht benutzbar, noch weniger die gemieteten Räume in der Scheringstraße. In der Grenzstraße mußten die zu 8 Uhr hinbestellten Kinder wiederum nach Hause geschickt werden. Erst am Donnerstag hat hier endlich der Unterricht beginnen können. Selbstverständlich riecht es in den Räumen, in denen noch am Mittwoch die Maler waren, vorläufig noch etwas sehr „frisch". Selbst am Donnerstag früh, als der Unterricht seinen Anfang nehmen sollte, sah man noch Maler im Schulhause beschäftigt. Die neue Schule, der die Räume in der Scheringstraße zugedacht sind, ist bis auf weiteres in einer benachbarten älteren Schule mit untergebracht worden.

Mißlungene Börsengeschäfte haben den 48 Jahre alten Kaufmann Louis Daniel aus der Belleallancestr. 107 in den Tod getrieben. Daniel, der aus Arnswalde stammt, wohnte seit anderthalb Jahren bei dem Damenkonfektionär Steinmüller als Junggeselle in einem möblierten Zimmer. Er galt als ein reicher Mann, verlor jedoch in der vergangenen Woche durch eine verfehlte Spekulation mit einem Schlage 150 000 (??) Mark. Vorgestern schrieb er an einen Schwager und zwei Vettern Briefe, in denen er sie dringend um einen Besuch bat, da er ihnen etwas Wichtiges zu sagen habe. Als gestern Morgen um 9½ Uhr der Schwager erschien, fand er Daniel in dem unverschlossenen Zimmer hinter der Gardine als Leiche an einem Haken hängen. Wiederbelebungsversuche hatten keinen Erfolg.

Der übertünchte Reklamegiebel. Am Potsdamer Platz hatte vor ungefähr acht Tagen ein kürzlich eröffnetes großes Berliner Warenhaus den sehr breiten Giebel eines Hinterhauses der Linkstraße, das mit der Rückseite an der nach dem Wannsee-Bahnhof führenden eisenbahnfiskalischen Straße liegt, mit einer Riesen-Reklameschrift bemalen lassen. Die sehr begehrte Fläche, die einzige, die in der Umgebung des Potsdamer Bahnhofs bis dahin noch nicht zu Reklamezwecken Verwendung gefunden hatte, war indessen schon vorher an einen andern Geschäftsmann vermietet worden, der sie dann dem Besitzer des Warenhauses auf seinen Wunsch überlassen hatte, ohne daß dem Hauseigentümer davon Mitteilung gemacht worden war. Dieser verlangte nun die sofortige Entfernung der Inschrift, die denn auch gestern, nachdem sie einige Tage vollständig fertig an der Giebelwand gestanden hatte, mit grauer Farbe übertüncht wurde, während der schön gemalte Rand, mit dem die Inschrift umgeben worden war, geblieben ist. In diesem Zustande macht die Giebelwand einen ganz seltsamen Eindruck und erregt die Verwunderung der zahlreichen Passanten.

Ein Schreckenswagen der Großen Berliner Straßenbahn für die Passagiere ist der Accumulatorenwaggon 1314 auf der Linie Marheinekeplatz—Gesundbrunnen. Dieser Wagen hat nämlich die unangenehme Eigenschaft, fortwährend zu knallen. Sobald der Wagenführer Strom giebt, um mit erhöhter zulässiger Geschwindigkeit zu fahren, ertönt plötzlich ein heftiger Knall, ein greller Lichtschein wird sichtbar und Straßenpassanten werden auf das ärgste erschreckt. Der an der Decke der Plattform befindliche Ausschalter springt um und der Wagen ist stromlos. Dies wiederholt sich mitunter so häufig, daß es den Passagieren oft unheimlich wird und sie es vorziehen, den Wagen zu verlassen. Wie die Schaffner mitteilen, ist der genannte Waggon als „Knallwagen" bei dem Betriebspersonal schon längst bekannt. Die „Große" darf es sich aber trotzdem gestatten, ihn in Dienst zu behalten.

Ein seltsamer Beitrag zur postalischen „Findigkeit" wird von einem Zeitungsberichterstatter mitgeteilt: Der hiesige Lehrer S., Grünthalerstraße wohnhaft, der Vorstandsmitglied eines Vereins ist, hatte eine Anzahl Einladungsschreiben zu einer Sitzung, ein solches auch zur Kontrolle an sich selbst gesandt. Wiewohl Herr S. seit 13 Jahren dieselbe Wohnung in seinem eigenen Hause inne hat, das Amt eines Schiedsrichters bekleidet und auch im Stadtteil eine sehr bekannte Persönlichkeit ist, ging der Brief mit dem Vermerk „Adressat Grünthalerstraße . . nicht zu ermitteln", an das Postamt zurück. Da der Adressat trotz der genau angegebenen Adresse nicht zu ermitteln war, sollte nun der Brief dem Absender zugestellt werden. Die Behörde, der es nicht möglich gewesen war, den Adressaten zu ermitteln, konnte jetzt mit Leichtigkeit dem Absender, der ja mit dem Adressaten identisch war, den Brief zustellen.

Zur Wohnungsnot. Ein mitleiderregender Vorgang spielte sich Donnerstagnachmittag kurz vor 2 Uhr am Humboldthain ab, als eine hagere, abgehärmte Frau, die einen Säugling auf dem Arme trug und ein etwa zweijähriges Kind an der Hand führte, erschöpft auf eine Bank niedersank. Die Aermste hat seit dem ersten Oktober keine Wohnung und war mit ihren Kindern seitdem ohne Obdach gewesen. Ihr Wirt hatte sie aus der Wohnung gewiesen, weil sie, arbeitslos, keine Miete zahlen konnte. Passanten veranstalteten eine kleine Sammlung, deren Ergebnis der Frau eingehändigt wurde.

Brillantenschwindler haben gestern ein großes Diamantengeschäft in der Friedrichstraße heimgesucht. Zwei fein gekleidete Herren, die durch ihr ganzes Auftreten Vertrauen erweckten, ließen sich vorgestern zur Auswahl Brillanten verschiedenen Werts vorlegen, konnten sich aber noch nicht schlüssig machen. Gestern kamen sie noch einmal und machten nun schließlich auch eine Bestellung. Als man nach ihrem Weggange die Brillanten wieder sortierte, um sie in eiserne Behälter einzuschließen, entdeckte man, daß es den beiden Kunden trotz der strengen Aufsicht, die in dem Geschäft geübt wird, gelungen war, einige Stücke geringeren Werts verschwinden zu lassen. Die Geschädigten, die ihren Verlust auf 2000 M. schätzen, machten der Kriminalpolizei sofort Anzeige, doch ist es noch nicht gelungen, der Schwindler, die bei der Bestellung natürlich falsche Namen angegeben haben und wahrscheinlich zu einer internationalen Bande gehören, habhaft zu werden. Die Gauner sprechen deutsch mit fremdem Klang.

Auf dem Bau schwer verunglückt ist Donnerstagnachmittag um 3 Uhr der 24 Jahre alte Arbeiter Karl Kords aus der Drontheimerstraße 8. Mit mehreren andren auf einem Neubau an der Ecke der Drontheimer- und Christianiastraße beim Aufwinden von Balken beschäftigt, stürzte er infolge eines Fehltritts aus dem dritten Stock herab. Der Balken, den er mit sich herabzog, durchschlug den Bauzaun und fiel mit diesem auf ihn. Schwerverletzt wurde er besinnungslos aus den Trümmern herausgeholt und mit einem Koppschen Rettungswagen nach der Charité gebracht, wo er hoffnungslos daniederliegt. Der Verunglückte erlitt einen Schädel- und Rückgratbruch und starke Quetschungen an beiden Händen und am Gesicht.

Ein Mann in Frauenkleidung wurde in der vergangenen Nacht um 3 Uhr vor dem Hause Luisenstr. 14 sinnlos betrunken aufgefunden. Die vermeintliche Frauensperson, die schönes, langes, blondes Haar hatte und einen großen Federhut trug, wurde von einem Schutzmann und einem Wächter in die benachbarte Charité gebracht. Als man sie hier betten wollte, stellte sich heraus, daß man es mit einem Manne zu thun hatte. Der Betrunkene wurde nun durch das Revier nach dem Gewahrsam des Polizeipräsidiums gebracht.

Mit 600 M. durchgebrannt ist der Kassenbote Ludwig Criwitz vom Metropol-Theater, der in der Karlstr. 14 wohnte. Criwitz, ein verheirateter Mann von 40 Jahren und Vater von zwei Kindern im Alter von 12 und 10 Jahren, wurde am Dienstag voriger Woche mit 600 M. weggeschickt, um eine Rechnung zu bezahlen. Diesen Auftrag führte er nicht aus, verschwand vielmehr mit dem Gelde. Man vermutet, daß er mit weiblicher Gesellschaft Berlin verlassen habe. Die Nachforschungen nach seinem Verbleib hatten noch keinen Erfolg.

Deutsche Gesellschaft für volkstümliche Naturkunde. Freitagabend 8 Uhr wird im Bürgersaal des Rathauses Herr Prof. G. Amberg in einem Experimentalvortrag „Die Lehre vom Schall und von den musikalischen Tönen" behandeln.

An den städtischen Fortbildungsschulen für Mädchen beginnt das Wintersemester am Mittwoch, den 10. Oktober. In sämtlichen 9 Schulen werden Kurse im Deutschen, Rechnen, Zeichnen, Buchführung, Handarbeiten, Maschinennähen, Schneidern, Wäschezuschneiden, Plätten und Gesang, im Englischen und Französischen, in der Stenographie und im Maschinenschreiben und Putzmachen gehalten. Turnunterricht wird an den Fortbildungsschulen I und III bis IX; Unterricht in der Handelsgeographie wird an den Fortbildungsschulen II und V; in kaufmännischer Korrespondenz an den Fortbildungsschulen IV bis VIII; in der Geschichte an der Fortbildungsschule VIII und im Maschinensticken, Schriftzeichnen und Kochen an der Fortbildungsschule V erteilt. Die Schulen befinden sich: I. Georgenkirchstr. 2; II. Hochstr. 4; III. Langestr. 76; IV. Turmstr. 75; V. Gubenerstraße 51—52; VI. Culmstr. 15; VII. Raumynstr. 63; VIII. Danzigerstr. 23; IX. Elisabethkirchstr. 19.

Theater. Im Schiller-Theater wird heute mit der Ausgabe der neuen festen, d. h. an den Tag gebundenen Abonnements für das II. Quartal dieses Spieljahrs begonnen. Die Abonnementshefte für das II. Quartal enthalten sechs Eintrittskarten, gültig für einen zu wählenden Wochentag in vierzehntägigem Turnus. Jeder Abonnent hat Anspruch auf sechs verschiedene Vorstellungen. Die Abonnementspreise sind an den Anschlagsäulen ersichtlich. Die Ausgabe dieser festen Abonnements erfolgt in der Billettabteilung des Theaters und in der Trautweinschen Buchhandlung (Leipzigerstraße). — An dem Friedrich Hebbel-Abend, den das Schiller-Theater Sonntag, den 14. Oktober, im Bürgersaale des Rathauses veranstaltet, hat Hjalmar Ariberg den gesanglichen Teil übernommen. Es kommen zum Vortrag Hebbelsche Lieder in Kompositionen von Peter Cornelius, Johannes Brahms und Hugo Brückler.

Feuerbericht. Donnerstag gegen Abend war Heinersdorferstraße 13 ein kleiner Wohnungsbrand abzulöschen. Aus gleichem Anlaß erfolgte vormittags ein Alarm nach Charlottenstr. 17. In der vorhergehenden Nacht wurde eine Kücheneinrichtung einer Bäckerei in der Zionskirchstr. 18 durch Feuer zerstört. Mittwochabend brannte Friedrichstr. 46 in einer Schlosserei die Balkenlage. Kurz darauf war Kaiser Wilhelmstr. 18c in einem Lagerraum Feuer ausgebrochen, das noch im Keim erstickt werden konnte. Zu gleicher Zeit wurden Rostockerstr. 50 und Steinstr. 4 Möbel durch Feuer beschädigt.

Aus den Nachbarorten.

Die gestrigen Stadtverordnetenwahlen in Rixdorf hatten, wie vorauszusehen war, das Resultat, daß unser Parteigenosse C. Hennig, der in allen sieben Bezirken kandidierte, überall mit erdrückender Majorität gewählt wurde. Das Stimmenverhältnis stellte sich in den einzelnen Bezirken wie folgt:

Bezirk	1:	C. Hennig	121	Gegner	42
„	2:	„	222	„	4
„	6:	„	159	„	2
„	9:	„	164	„	3
„	13:	„	223	„	8
„	14:	„	191	„	1
„	15:	„	212	„	9

An Hennig ist es nunmehr, sich für einen dieser Bezirke zu entscheiden. Hoffentlich gelingt es unsren wackeren Parteigenossen in Rixdorf inzwischen trotz Ober-Verwaltungsgericht und alledem der Bevölkerung die gebührende socialdemokratische Vertretung im Stadtparlament zu sichern.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung genehmigte am Mittwoch die Vorlage betreffend anderweitige Einteilung der Stadtbezirke sowie eine Reihe von Vorlagen, die die Verstärkung verschiedener Etatspositionen betrafen. — Als stellvertretender Vorsitzender für das Gewerbegericht wurde Stadtrat Horn durch Zuruf wiedergewählt. — Eine lebhafte Debatte rief der Antrag des Magistrats hervor, der Großen Berliner Straßenbahn die Benutzung der Huttenstraße zwischen Wiebestraße und Bensselstraße, ferner der Bensselstraße zwischen Huttenstraße, Turmstraße und Kaiserin Augusta-Allee bis zum 30. September 1937 zu gestatten, soweit diese Strecken dem Charlottenburger Gemeindegebiet angehören. Stadtv. Buka fragte bei dieser Gelegenheit den Magistrat an, ob er bereits die früher angekündigten Schritte gethan habe, um sich mit den Gemeindeverwaltungen Berlins und der in Betracht kommenden Vororte bezüglich der Schaffung eines im Interesse der Kommunen auszubauenden bezw. zu betreibenden Straßenbahnnetzes in Verbindung zu setzen. Redner bezeichnete es als wünschenswert, für Charlottenburg eine ständige gemischte Deputation einzusetzen, die sich mit den Fragen des Straßenbahn-Verkehrs zu beschäftigen habe, und warnte unter Hinweis auf die Einführungsrede des Berliner Bürgermeisters Brinkmann davor, sich von einer einzigen großen Privatgesellschaft abhängig zu machen. Oberbürgermeister Schustehrus erwiderte, daß der Magistrat sich mit den vom Vorredner angeregten Fragen bereits vor längerer Zeit befaßt habe und sich auch über die Art und Weise des Vorgehens schlüssig geworden sei. Man müsse aber erst abwarten, welche Stellung die Berliner Stadtverordneten-Versammlung einnehmen wird. Die Einsetzung einer besonderen Verkehrsdeputation halte er nicht für nötig, da die jetzt bestehende Deputation keineswegs überlastet sei. Nach weiteren Bemerkungen der Stadtvv. Ströhler und Fränken wurde die Vorlage angenommen. — Schließlich überwies die Versammlung noch die wichtige Vorlage betreffend Abänderung des Bebauungsplans einem Ausschuß von neun Mitgliedern, dem von unsrer Seite Genosse Hirsch angehört.

Charlottenburg. Der Magistrat ist, wie er der Stadtverordneten-Versammlung in einer Vorlage mitteilt, in eine Revision des gesamten Bebauungsplans eingetreten. Er verfolgt dabei u. a. das Ziel, allzu große Baugelände durch Aufnahme neuer Straßen für eine dereinstige zweckmäßige Bebauung geeignet zu machen. Zunächst handelt es sich um eine Aufteilung des zwischen dem Salzufer und der Spree einerseits, sowie zwischen der Englischen Straße und der Franklinstraße andrerseits belegenen Gebiets. Die von der Englischen Straße abzweigende Gutenbergstraße bildet eine Sackgasse. Die Verlängerung der Straße nach

Westen zu und deren Anschluß an das übrige Straßennetz ist im Verkehrsinteresse um so mehr erwünscht, als auch die Englische Straße am Schafgraben ihr Ende erreicht. Die Zweckmäßigkeit einer Verlängerung der Gutenbergstraße wird auch nicht in Zweifel gezogen werden können. Der vorgesehene Fluchtlinienplan nimmt, abgesehen von zwei Grundstücken, zu Straßen nur Gelände in Anspruch, welches unbebaut oder mit untergeordneten Baulichkeiten besetzt ist. — Das in Betracht kommende Gebiet bildet bei einer Längenausdehnung von circa 500 Meter und einer mittleren Breite von circa 240 Meter den größten Baublock innerhalb des bestehenden Bebauungsplans von Charlottenburg. Nur auf einer kurzen Strecke liegt innerhalb desselben, von der Englischenstraße ausgehend, die Gutenbergstraße, die jedoch schon etwa 120 Meter nordwestlich von der Englischenstraße als Sackgasse endigt. Die Aufschließung des Gebiets ist teils in Anbetracht der bedeutenden Ausdehnung, teils zur Fortführung der Gutenbergstraße notwendig. Bei der vorgeschrittenen Bebauung der Gegend ließ sich nicht umgehen, daß durch die neuen Fluchtlinien eine Reihe von Baulichkeiten betroffen werden. Dieser Umstand konnte jedoch mit Rücksicht auf die Notwendigkeit der Aufteilung nicht bestimmend sein, die Projektierung zu unterlassen, weil die letztere infolge der stetig zunehmenden Bebauung mit jedem Jahre schwieriger wird und schließlich eine Aufteilung überhaupt unmöglich werden könnte. Die betroffenen Gebäude sind im übrigen ausnahmslos Fabrik- bezw. gewerblichen Zwecken dienende Gebäude von verhältnismäßig geringer Höhe.

Der Magistrat ersucht um thunlichst beschleunigte Erledigung der Vorlage. Wir können uns diesem Verlangen nur anschließen, wenn wir auch nicht hoffen, daß dadurch die Wohnungsnot in nennenswerter Weise gehoben wird.

Das getreue Potsdam in Aufregung. Das „Neue Palais" brennt! Diese Alarmnachricht rief am Donnerstagmittag gegen 1 Uhr in Potsdam eine ungeheure Aufregung hervor. Von der Wache im Stadtschloß, sowie von den verschiedenen Kasernen wurden Hornisten, Tambour und Trompeter abgesandt, welche durch ihre Feuersignale die ganze Stadt rebellisch machten. Es herrschte in Potsdam am Donnerstag so wie so auf den Straßen viel Leben, da gerade Jahrmarkt war und viele Rekruten aus der Umgegend dort zusammengezogen wurden, und nun lockten die Feuersignale auch noch in der Mittagsstunde alle Handwerker und Arbeiter heraus. Die Spritzen der Berufsfeuerwehr und der freiwilligen Feuerwehr fuhren, einschließlich der Dampfspritze, gleich darauf im scharfen Trab über den Jahrmarkt, wo die Leute ängstlich zur Seite sprangen und beinahe einige Buden umgerissen wurden. Bei der scharfen Fahrt nach dem Neuen Palais ging an einem gefüllten Wasserwagen der Feuerwehr ein Rad los, so daß der Wagen sich zur Seite legte und seinen Inhalt teilweise auf den Damm der Viktoriastraße ergoß. Auf dem Neuen Palais angekommen, erfuhren alsdann die Mannschaften der Feuerwehr und die zahlreich herbeigeeilten Polizeibeamten, daß es sich um blinden Lärm handelte. Der Kommandeur des Lehr-Infanterie-Bataillons, der mit seinen Mannschaften eine Feuerdienstübung abhielt, hatte die Feuerwehren mit der Meldung: „Groß Feuer auf dem Neuen Palais!" alarmieren lassen und dadurch ganz Potsdam in Bewegung und Aufregung versetzt.

Aus Rixdorf. Die Nachbargemeinde Britz will unsre Stadt zu den Schul-Unterhaltungskosten von Britz heranziehen, weil angeblich zahlreiche Britzer Einwohner in Rixdorfer Betrieben beschäftigt sind. Für 1900 ist der Beitrag auf 7500 M. festgesetzt worden. Die hiesige Gemeinde will jedoch nicht eher auf die Angelegenheit näher eingehen, bis der gleiche Anspruch Rixdorfs gegen die Stadtgemeinde Berlin, der noch im Verwaltungsstreitverfahren schwebt, entschieden ist.

Eine starke Versandung des Flußbettes der Havel in Spandau, unweit der Spreemündung, war in letzter Zeit wahrgenommen worden; man hat dies auf die unzweckmäßige mit Faschinenpackwerk hergestellte Uferbefestigung zurückgeführt, von der die Strömung jederzeit Erde hinwegspülte. Jetzt läßt die königliche Wasserbauverwaltung auf der Strecke von Charlottenburg bis Spandau die Spreeufer mit Spundwänden und einer Packung Kalksteine befestigen, wodurch man eine weitere Versandung zu verhindern hofft.

Die Gasexplosion in der Hagenstr. 2 zu Lichtenberg hat für das Schulzesche Ehepaar schwerere Folgen gehabt, als es anfangs schien. Der Zustand der Verunglückten verschlimmerte sich gestern nachmittag so, daß sie mit zwei Lückschen Wagen nach dem Krankenhaus am Urban gebracht werden mußten. Frau Schulz, die am ganzen Körper verletzt, am Gesicht aber bis zur Unkenntlichkeit verbrannt ist, kann nicht mehr sprechen. Schulz hat schwere Brandwunden am Gesicht, an der Kopfhaut, an beiden Armen und am Rücken.

Gerichts-Zeitung.

Ein Muster-Ehemann stand gestern in der Person des Kutschers Wilhelm Weiland vor der 129. Abteilung des Schöffengerichts. Er sollte seine Ehefrau in der empörendsten Weise behandelt haben. Dieselbe war so eingeschüchtert und hatte solche Angst vor dem Angeklagten, daß der Vorsitzende es für geboten erachtete, ihn während der Vernehmung der Ehefrau aus dem Gerichtssaal zu entfernen. Aber auch nun machte die heftig Weinende von dem ihr zustehenden Recht der Zeugnisverweigerung Gebrauch und der Angeklagte hätte mangels Beweises freigesprochen werden müssen, wenn nicht eine Flurnachbarin als Belastungszeugin aufgetreten wäre. Diese bekundete haarsträubende Dinge. Einmal habe der Angeklagte seine Ehefrau des Abends nach 10 Uhr zur Wohnung hinausgeworfen. Nur mit Hemd und einem Strumpf gekleidet, habe sie die ganze Nacht auf der Treppe zubringen müssen, bis mitleidige Nachbarn die halb Erstarrte des morgens gegen 5 Uhr bei sich aufnahmen. Ein andres Mal hatte der Angeklagte seine Ehefrau, die sich des besten Rufes erfreute, in der härtesten Weise geschlagen und so lange gewürgt, bis sie das Bewußtsein verlor. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten, der Gerichtshof ging aber über den Antrag hinaus und erkannte auf eine Gefängnisstrafe von drei Monaten und drei Wochen.

Zustände in einem Krankenhause. Welche Fährnisse die Behörden unter Umständen solchen Personen bereiten, die die dankenswerte Aufgabe übernehmen, öffentliche Mißstände aufzudecken, das zeigte sich von neuem in einer Gerichtsverhandlung, welche am 6. Oktober in Posen stattfand. Die Strafkammer zu Schneidemühl hatte am 4. Mai d. J. die Verkäuferin Hedwig R. und deren Vetter Vincent R. je zu 100 und 75 M. Geldstrafe verurteilt. Diese harte Strafe war nach den „Posener Neuesten Nachrichten" ausgesprochen worden, weil die R. als Patientin des Kreis-Krankenhauses zu Wirsitz das Material zu einer an die Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt gerichteten Beschwerde über die Mißstände im Krankenhaus herbeigeschafft und ihr Vetter die Beschwerde abgefaßt und dadurch die Krankenhausverwaltung angeblich beleidigt hatte. Das Reichsgericht hat das verurteilende Erkenntnis aufgehoben und die Angelegenheit an die Strafkammer Posen verwiesen.

Hier kamen folgende grauenhafte Zustände ans Licht:

Am 20. August v. J., eines Sonntags, kam die Angeklagte zu einer Bekannten und brachte ein Stück gebratenes Schweinefleisch in Papier eingewickelt, welches schon non weitem nach verdorbenem Fleisch roch und einen ekelerregenden Anblick zeigte, mit dem Bemerken, daß sie dieses eben zu Mittag vorgesetzt bekommen hätte. Außerdem beklagte sich die Angeklagte, daß sie, nachdem sie vormittags aus der Kirche kam, zum Frühstück eine Tasse kalten Kakao und ein kaltes, hart gekochtes Ei, als Magenleidende, empfangen hatte. Zufällig war der Cousin der Patientin anwesend. Dieser hatte schon früher ähnliche Klagen gehört und war der Meinung, daß man sich wegen Abhilfe der Mißstände höheren Orts einmal beschweren müsse; er veranlaßte die Patientin, dies Stück Fleisch dem Kreisphysikus vorzulegen. Kreisphysikus Dr. Litterski in Wirsitz, welcher das Fleisch gesehen hatte, stellte ein Attest darüber aus, daß das Fleisch ekelerregend aussehe, einen schlechten Geruch verbreite und gesundheitsschädlich sei. Nun verfaßte der Bekannte Vinzent R., welcher Theologie und Jura studiert hat, eine Beschwerdeschrift an die Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt, worin er die üblen Zustände im Kreiskrankenhause in Wirsitz unter Benutzung etwas schroffer Ausdrücke schilderte. Er hatte u. a. geschrieben, daß die Behandlung sehr schlecht, das Essen miserabel und die Pflege unter aller Kritik sei; der Arzt kümmere sich soviel wie garnicht um die Kranken, überhaupt herrschten dort himmelschreiende Zustände.

Die Richtigkeit dieser Mitteilungen wurde durch die Vernehmung der Vorsteher und Leiter des Krankenhauses vollauf bestätigt. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt gegen den Verfasser der Beschwerde abermals 75 M. Geldstrafe. Das Gericht mußte die Angeklagten jedoch freisprechen.

Wer sich der Aufgabe unterzieht, die leidende Menschheit von Ungehörigkeiten, wie den im Krankenhause zu Wirsitz vorgekommenen, zu befreien, verdient ebenso gut eine öffentliche Belobigung, wie jemand, der ein Menschenleben aus Feuersgefahr rettet.

Statt dessen bedrängt man solche Leute mit weitläufigem Prozessieren, wobei die mutigen Streiter es oft nur besonders günstigen Umständen zu danken haben, wenn sie, wie im vorliegenden Fall, mit einem blauen Auge davon kommen.

Wegen Vergehens gegen § 2 des Vereinsgesetzes waren die Tabakarbeiter Kron und Ostertag angeklagt worden, weil sie als Bevollmächtigte zweier Zahlstellen des Deutschen Tabakarbeiter-Verbands, nämlich der Zahlstellen Altona und Ottensen, sich geweigert hatten, der Polizei vollständige Verzeichnisse der Mitglieder dieser Zahlstellen einzureichen. Die Beschuldigten hielten sich dazu nicht verpflichtet; sie erachteten es für ausreichend, daß nach der Gründung der Zahlstellen der Polizei schon einmal Mitgliederverzeichnisse eingereicht worden sind. Das Landgericht als Berufungsgericht verurteilte sie jedoch zu Geldstrafen. Ihre Revision wurde vom Kammergericht verworfen. Der Präsident führte begründend aus, daß die Ansicht des Vorderrichters nur gebilligt werden könne, wonach die Aufforderung des Altonaer Polizeiamts zur Einreichung von Mitgliederverzeichnissen als eine Aufforderung zur Auskunftserteilung im Sinne des § 2 des Vereinsgesetzes anzusehen sei. Diese Auffassung des Landgerichts entspräche der neuen Judikatur des Kammergerichts, und die sei maßgebend.

In dem vielfach in der Presse besprochenen Prozeß des Fräulein Elly Goltz, der früheren Geliebten des verstorbenen Oberfaktors der Reichsdruckerei Grünenthal, gegen die Reichsbank stand dieser Tage Termin vor dem Kammergericht an. Fräulein Goltz wurde durch den Rechtsanwalt Dr. Heinemann, die Reichsbank durch den Rechtsanwalt Laue vertreten. Nach der im Jahre 1898 wegen Münzfälschung erfolgten Verhaftung des Grünenthal wurde seitens der Kriminalpolizei eine große Anzahl von Wertpapieren bei Grünenthal und der Goltz beschlagnahmt. Fräulein Goltz nahm einen Teil dieser Wertpapiere als ihr Eigentum, nämlich als ihr von Grünenthal geschenkt in Anspruch und klagte gegen die Reichsbank auf Freigabe dieser Papiere. Das Kammergericht entschied zu Gunsten der Klägerin, indem es als durch die Beweisaufnahme für wahrscheinlich gemacht erachtete, daß ihre Behauptungen wahr und die Papiere ihr thatsächlich von Grünenthal geschenkt seien. Es wurde auf einen Eid für Fräulein Goltz nach dieser Richtung hin erkannt. Für den Fall, daß sie diesen Eid leistet, wurde die Reichsbank zur Freigabe der Papiere verurteilt.

Vermischtes.

Zur Heidelberger Eisenbahn-Katastrophe wird uns aus Baden geschrieben: Wie bei dem schweren Unfall, der vor kaum 6 Wochen die badischen Staatseisenbahnen durch Entgleisen eines Schnellzugs bei der Bodenseestation Hegne betroffen hat, so ist auch die letzte Ursache der schrecklichen Heidelberger Katastrophe vom letzten Sonntag, die bisher neben etwa 35 Schwerverwundeten **acht Todesopfer** gefordert hat, in dem unheilvollen Sparsystem unsrer Eisenbahn-Verwaltungen zu suchen.

Man bedenke: Den Stationsdienst auf der Unglückshaltestelle Heidelberg-Karlsthor, auf der selbst im Winterkurs täglich nicht weniger als 62 Personen- und etwa 20 Güterzüge verkehren, also durchschnittlich etwa alle 18 Minuten ein Zug, hatte man einem 21jährigen Assistenten anvertraut, der an dem ominiösen Sonntag mit seinem riesig gesteigerten Personenverkehr zudem erst acht Tage auf diesem Posten thätig war. Es ist ja richtig, was der amtliche Bericht über das Unglück sagt, daß das Auffahren des von Heilbronn-Neckargemünd kommenden Kurszugs 162a auf den vor der Station Karlsthor haltenden, in derselben Richtung nur acht Minuten früher fälligen Lokalzug durch sein „grobes Versehen", des genannten jugendlichen Beamten verschuldet wurde. Aber — so lautet die entscheidende Frage — was war die Veranlassung dazu, daß man den verunglückten Lokalzug vor der Station draußen auf offener Strecke aufhielt, anstatt ihn so rasch wie möglich passieren zu lassen und dadurch die Strecken für den dicht nachfolgenden Kurszug freizumachen?

Man höre und staune! Das Bedienungspersonal des Lokalzugs hatte bei dem Riesenandrang von heimkehrenden Ausflüglern nicht genügend Zeit, mit dem Fahrkarten-Verkauf, der in dieser Gattung von Kleinzügen jeweils in den Wagen selbst von den Schaffnern besorgt werden muß, rechtzeitig fertig zu werden, da zur Besorgung dieses Geschäfts in dem mit vielleicht vier- bis fünfhundert Personen besetzten Zuge ganze **zwei Schaffner** vorhanden waren, von denen zudem einer die Funktionen des Zugmeisters zu versehen hatte. Um nun zu verhindern, daß von den Passagieren einige auf Station Karlsthor den Zug verließen, ohne vorher eine Fahrkarte gelöst zu haben, ließ man den Zug — und zwar einzig und allein aus diesem Grunde! — vor der Haltestelle einfach so lange auf offener Strecke halten, bis der Fahrkartenverkauf beendigt war. Daß eine derartige Notmaßregel, die an dem Unglückstage übrigens nicht zum erstenmal in Anwendung kam, nur auf eine generelle Anweisung der höheren Betriebsbehörde hin ergriffen werden konnte, liegt auf der Hand, und zwar geschah dies im vorliegenden Falle, obwohl den verantwortlichen Stellen bekannt sein mußte, daß der auf den Lokalzug folgende Kurszug fahrplanmäßig nur acht Minuten später auf Station Karlsthor fällig war. Eine starke Kurve von nur dreihundert Meter Radius, die um die steilen Abhänge des Heidelberger Schloßbergs herumführt, behindert zudem den freien Ausblick über die Strecke, und so fuhr der Kurszug, dem man irrtümlicherweise freie Bahn gemeldet hatte, in der hereinbrechenden Dunkelheit mit voller Gewalt auf den bis auf Plattformen und Trittbrettern vollgestopften Lokalzug von hinten auf. Das übliche Fehlen des sogenannten Pufferwagens am Schluß solcher Kleinzüge erhöhte noch die vernichtende Wucht des Anpralls und führte so zu der schrecklichen Katastrophe, deren fürchterliche Einzelheiten den Lesern bereits bekannt sind.

Es ist leider im deutschen Eisenbahnwesen eine längst bekannte Erfahrungsthatsache, daß es immer erst alarmierender Katastrophen bedarf, ehe an dem verfehlten System etwas geändert wird. Angesichts der zahlreichen Todesopfer, der massenhaften schweren Verletzungen, der unsäglichen Trauer in so vielen Familien, welche das Heidelberger Unglück im Gefolge hatte, muß von neuem mit nachdrücklichster Entschiedenheit die Forderung erhoben werden, daß unsre Eisenbahnverwaltungen endlich einmal mit dem System der fiskalischen Sparpolitik brechen und für die Zukunft in erster Linie die Rücksicht auf die Sicherheit des reisenden Publikums maßgebend sein lassen.

Was hier von den badischen Bahnen gesagt ist, das trifft — teilweise in noch schlimmerem Maße — auch für die übrigen Bahnen des Reichs zu, und die Schreckensscenen, die der letzte Sonntagabend im schönen Heidelberg sah, können sich ebenso gut auf jedem andren Punkte des deutschen Bahnnetzes wiederholen.

Sollte die unheilvolle Katastrophe den Erfolg gezeitigt haben, daß in nächster Zeit im deutschen Eisenbahnwesen eine Besserung in dem genannten Sinne eintritt, dann wären die Opfer, so schwer sie auch sind, wenigstens nicht ganz umsonst gebracht worden.

Die Sportelgans. Daß das Reich der Nachfolger Christi gar sehr von dieser Welt ist, beweist eine Mahnung, die einem armen Arbeiter in Mansfeld am 2. Oktober zugegangen ist. Der auf offener Postkarte geschriebene Inhalt dieser Mahnung lautet nach der „Märk. Volksstimme": Ihr Sohn Hermann ist am vergangenen Palmsonntag in Schletz von mir eingesegnet worden. Für seine Einsegnung ist jetzt eine Gans an die Mansfelder Pfarrkasse zu entrichten. Da der Dienstherr Ihres Sohnes behauptet, daß Sie die Einsegnung zu bezahlen hätten, so werden Sie hierdurch ersucht, mir im Laufe einer Woche die Gans zu bringen oder mit 3,50 M. zu bezahlen. Wehmer, Pastor, Rendant der Pfarrkasse.

Aus Gera wird folgendes Vorkommnis berichtet: Ein Schulknabe aus einem benachbarten Orte war wegen Diebstahls zu einer achttägigen Gefängnisstrafe verurteilt worden, die vom Landesherrn im Gnadenwege in sechs Hiebe umgewandelt wurde. Da sich der Lehrer des Knaben weigerte, die Strafe auf Anordnung des Schulvorstands an dem Knaben zu vollziehen, desgleichen auch der Gemeindediener, so suchte man nach einer andren Person, die gewillt war, die allerhöchst bewilligten sechs Hiebe auszuteilen. Diese Person fand sich endlich auch: ein Zimmermann vollzog die Prügelarbeit. Der Schulvorstand des Orts war aber nicht wenig erstaunt, als bei ihm kürzlich die Rechnung des Zimmermanns in Höhe von 3 M. einlief für verabreichte sechs Hiebe — a 50 Pf.!

Das neue Galveston. Amerikanische Städte stürzen zusammen und werden fast mit derselben Schnelligkeit wieder erbaut. Wie ehemals Chicago nach dem großen Brand im Umsehen wiedererstand, so wird jetzt das durch den Cyklon von Texas in einen Trümmerhaufen verwandelte Galveston in der unglaublich kurzen Zeit, wie es eben nur in Amerika möglich ist, wiederhergestellt. Unter Mitwirkung der Eisenbahn- und Schiffahrts-Gesellschaften entsteht bereits aus den Ruinen ein neuer Hafen und eine neue Stadt, und der Baumwollhandel mit englischen Häfen hat rasch seine frühere Blüte erreicht.

Der größte Schuft im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant. Gegen das Denunziantentum hat die Polizei in Bad Nauheim folgende Bekanntmachung veröffentlicht: „Im Auftrage unsrer vorgesetzten Behörde machen wir darauf aufmerksam, daß anonyme Anzeigen — was immer auch deren Inhalt sei — unter keinen Umständen Berücksichtigung finden können. Wer zu feig ist, seine Sache persönlich zu vertreten, kann eine Berücksichtigung um so weniger erwarten, als jedermann sowohl bei uns als auch bei den uns vorgesetzten Behörden für seine Anliegen ein offenes Gehör findet und er gegebenenfalls auch auf Wahrung seiner Anonymität rechnen kann. Großh. Polizei-Amt Bad Nauheim. v. Bechtold."

Nicht überall wird der anonyme Denunziant so gering eingeschätzt wie in Bad Nauheim.

Marktpreise von Berlin am 10. Oktober 1900

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

Weizen, gut	D.-Ctr.	—,—	—,—	Kartoffeln, neue,	D.-Ctr.	6,—	4,—
„ mittel	„	—,—	—,—	Rindfleisch, Keule	1 kg	1,60	1,20
„ gering	„	—,—	—,—	do. Bauch	„	1,30	1,—
*Roggen, gut	„	14,20	—,—	Schweinefleisch	„	1,60	1,20
„ mittel	„	—,—	—,—	Kalbfleisch	„	1,80	1,—
„ gering	„	—,—	—,—	Hammelfleisch	„	1,60	1,20
†) Gerste, gut	„	15,60	14,90	Butter	„	2,80	2,—
„ mittel	„	14,80	14,10	Eier	60 Stück	4,80	2,80
„ gering	„	14,—	13,30	Karpfen	1 kg	2,—	1,20
†) Hafer, gut	„	15,80	14,90	Aale	„	2,50	1,20
„ mittel	„	14,80	13,90	Zander	„	2,60	1,20
„ gering	„	13,80	12,90	Hechte	„	2,—	1,—
Richtstroh	„	7,00	6,50	Barsche	„	1,80	0,80
Heu	„	7,20	5,10	Schleie	„	3,—	1,20
Erbsen	„	40,—	25,—	Bleie	„	1,40	0,80
Speisebohnen	„	45,—	25,—	Krebse	per Schock	12,—	2,50
Linsen	„	70,—	30,—				

*) ab Bahn.
†) frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 11. Oktober. Der heutige Getreidemarkt bekundete festere Tendenz unter dem Einfluß der eingetretenen kälteren Witterung. Das Geschäft bewegte sich indes in sehr engen Grenzen. Vom hiesigen Lager wurden einige Posten Weizen nach dem Ausland gehandelt. Lieferungspreise für Weizen und Roggen stellten sich um 0,50 M. höher. An Angebot für Weizen und Roggen aus dem Inland war heute Mangel, auch fehlten russische Offerten. Hafer blieb behauptet. Rüböl stellte sich auf Paris um 0,30 M. niedriger.

Spiritus. 70er Locospiritus gab um 20 Pf. auf 50,20 M. nach.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7–9 Uhr abends statt.

E. S. 37. Das Zellengefängnis in Moabit ist 1842 bis 1849 erbaut worden.

R. S. 1000. 1., 2. und 4. beantwortet jedes Konversations-Lexikon. Lesen Sie die betreffenden Artikel z. B. in der Lesehalle, Alexandrinenstraße, nach. Die Frage 3 sollten Sie lieber verallgemeinern: Wie groß waren die „großen" Männer der Weltgeschichte, in Millimetern ausgedrückt, von Adam bis zur Neuzeit? Die Redaktion hat ja Besseres nicht zu thun, als so brennende Fragen zu beantworten.

F. S. 100. Nur der Führer der Straßenbahn ist haftbar zu machen, weil das Haftpflichtgesetz, das die Bahn selbst haftpflichtig macht, sich nur auf Verletzungen von Personen bezieht. — **P. S. 102.** Die Witwe erbt 1/4, die Kinder, beziehentlich die Kinder der vorverstorbenen Kinder, erben zusammen den Rest des Nachlasses. Die Teilung des Nachlasses kann jeder Erbe beanspruchen. — **G. D. 79.** 1. Ja. 2. Ihre Gegenwart genügt. 3. Nein. — **F. 80.** Das Urteil ist sofort vollstreckbar, wiewohl innerhalb eines Monats gegen das amtsgerichtliche Urteil Berufung eingelegt werden kann. — **P. S. 21.** Die Firma ist leider im Recht, es sei denn, daß Sie noch nicht 21 Jahre alt beim Abschluß des Kaufs waren. Wir können nur immer wieder den Rat wiederholen: sich nichts aufschwatzen zu lassen.

C. D., Rixdorf. Graf Waldersee bekommt ein ordentliches Stellengehalt von 30 000 M. jährlich. Für seine Chinafahrt bekommt er dazu noch per Monat 2000 M. Extragehalt und ferner per Monat 10 000 M. Repräsentationsgelder. Er erhält also während seines Aufenthalts in China per Monat 14 500 M.

A. Z. Den vorehelichen, von Ihnen nicht erzeugten Kinde Ihrer Ehefrau können Sie Ihren Namen beilegen. Zu diesem Behufe würden Sie etwa folgendes Schriftstück ausstellen: „Meine Ehefrau hat vor der Ehe ein nicht von mir erzeugtes Kind, Namens rc., geboren. Ich erteile hierdurch dem Kinde meiner Ehefrau meinen Namen, so daß es fortan (Namen rc.) heißen solle." Dies Schriftstück datieren Sie und lassen Ihre Unterschrift notariell oder gerichtlich beglaubigen. Darunter setzen Sie: „Mit der Erteilung des Namens (Ihr Name) an mein Kind beziehentlich mein Mündel bin ich einverstanden." Folgt Ort und Datum. Dies lassen Sie von Ihrer Ehefrau und dem Vormund des Kindes unterschreiben und auch deren Unterschriften notariell oder gerichtlich beglaubigen. Sodann überreichen Sie diese Urkunde dem Standesbeamten, in dessen Standesregister die Geburt des Kindes eingetragen ist und beantragen: auf Grund dieser Einwilligungs-Urkunde den Namen ... auf der Geburtsurkunde in ... (Ihr Name) umzuwandeln.

Witterungsübersicht vom 11. Oktober 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	759	NW	4	Regen	9	Haparanda	756	S	2	bedeckt	2
Hamburg	763	WNW	2	bedeckt	9	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	761	WNW	4	heiter	9	Cork	—	—	—	—	—
Frankf./M.	766	W	2	heiter	10	Aberdeen	760	SSW	4	wolkig	8
München	767	W	4	bedeckt	7	Paris	769	Still	—	wolkenl.	4
Wien	760	Still	—	wolkenl.	9						

Wetter-Prognose für Freitag, den 12. Oktober 1900.

Nachts sehr kühl, ziemlich heiter bei mäßigen südwestlichen Winden, keine oder unerhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Verantwortlicher Redacteur: **Heinrich Wetzker** in Groß-Lichterfelde. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.